



Landtag
Burgenland

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL

der
13. Sitzung

der
XXII. Gesetzgebungsperiode

Freitag, 04. Dezember 2020

09.02 Uhr - 14.21 Uhr

Tagesordnung

1. Fragestunde;
2. Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Roland Fürst, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Stopp der Pensionskürzungen und der Arbeitszeitverschlechterungen im Zuge der Covid-19-Krise (Zahl 22 – 286) (Beilage 396);
3. Dringlichkeitsantrag des Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend "Keine neuen Asylzentren im Burgenland" (Zahl 22 - 300) (Beilage 410);

Inhalt

Fragestunde:

Hauptfrage Nr. 1 der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler

Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler (S. 1215)

Zusatzfragen: Mag.a Regina Petrik (S. 1216 u. S. 1216)

Hauptfrage Nr. 2 des Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz an Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler

Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler (S. 1217)

Zusatzfragen: Johann Tschürtz (S. 1218 u. S. 1219), MMag. Alexander Petschnig (S. 1219), Mag.a Regina Petrik (S. 1220), Gerald Handig (S. 1221)

Hauptfrage Nr. 3 des Landtagsabgeordneten Walter Temmel an Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler

Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler (S. 1222)

Zusatzfragen: Walter Temmel (S. 1222 u. 1223)

Hauptfrage Nr. 4 der Landtagsabgeordneten Rita Stenger, BEd an Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler

Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler (S. 1224)

Zusatzfragen: Rita Stenger, BEd (S. 1225 u. S. 1226), Gerald Handig (S. 1226)

Hauptfrage Nr. 5 der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler

Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler (S. 1227)

Zusatzfragen: Mag.a Regina Petrik (S. 1228 u. S. 1229)

Hauptfrage Nr. 6 des Landtagsabgeordneten MMag. Alexander Petschnig an Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler

Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler (S. 1230)

Zusatzfragen: MMag. Alexander Petschnig (S. 1231 u. S. 1232)

Verhandlungen

Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Roland Fürst, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Stopp der Pensionskürzungen und der Arbeitszeitverschlechterungen im Zuge der Covid-19-Krise (Zahl 22 - 286) (Beilage 396);

Begründung der Dringlichkeit: Robert Hergovich (S. 1234)

Redner: MMag. Alexander Petschnig (S. 1239), Patrik Fazekas, BA (S. 1242), Roland Fürst (S. 1244), Mag.a Regina Petrik (S. 1247), Robert Hergovich (S. 1251), Mag.a Regina Petrik (S. 1253), Landesrat Dr. Leonhard Schneemann (S. 1254)

Dringlichkeitsantrag des Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend "Keine neuen Asylzentren im Burgenland" (Zahl 22 - 300) (Beilage 410);

Begründung der Dringlichkeit: Johann Tschürtz (S. 1257)

Redner: Mag.a Regina Petrik (S. 1260), Walter Temmel (S. 1261), Ewald Schneckner (S. 1263), Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler (S. 1266)

Beginn der Sitzung: 09 Uhr 02 Minuten

Präsidentin Verena Dunst: Einen schönen guten Morgen, meine Damen und Herren Abgeordneten, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, werte Regierungsmitglieder, ich darf Sie recht herzlich begrüßen! (*Abg. Patrik Fazekas, BA: Zur Geschäftsordnung.*) Wir kommen dann gleich dazu.

Ich sehe eine Meldung zur Geschäftsordnung, möchte aber die Sitzung zuerst einleiten.

Ich darf Sie herzlich begrüßen, meine Damen und Herren, zu dieser Sondersitzung heute. Ich darf mich, wie immer, im Namen von uns, seitens des Landtages, bei den Menschen, die gerne hier im Landtagssitzungssaal wären und uns begleiten, entschuldigen. Aber auf Grund der Situation ist es nur möglich, weiterhin öffentlich nur via Livestream das uns die Menschen begleiten.

Umso herzlicher darf ich im Namen von Ihnen allen, meine Damen und Herren Abgeordneten, die Besucherinnen und Besucher, die uns heute via Livestream begleiten, begrüßen und wir freuen uns, dass sie Interesse an der burgenländischen Landtags- und Landespolitik haben.

Ich bin froh, dass uns heute, sie kommen mit ein paar Minuten Verspätung, wieder die beiden Gebärdensprachdolmetscherinnen, begleiten werden. Damit auch die Menschen mit Beeinträchtigungen mit dabei sein können.

Ich darf mich auch bedanken, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Referates für Interne Dienstleistungen, die, wie bei den letzten Sitzungen, die Rednerpulte desinfizieren werden, vielen herzlichen Dank an Sie und die Kollegen.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten sich für eine Trauerkundgebung von den Plätzen zu erheben. (*Alle Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen*)

Hoher Landtag, wir gedenken heute dem ehemaligen Abgeordneten und dritten Präsidenten des Burgenländischen Landtages, Ferdinand Grandits, der vor kurzem im Alter von 89 Jahren von uns gegangen ist.

Ferdinand Grandits wurde am 12. Feber 1932 in Stinatz geboren. Er absolvierte dort die Volksschule und war in der Folge als Bauarbeiter tätig. 1958 wurde er Partieführer beim Bezirksbauamt Oberwart.

Seine politische Laufbahn begann Ferdinand Grandits als Ortsparteivorsitzender der SPÖ Stinatz im Jahr 1960. 1967 wurde er Vizebürgermeister und ab 1970 Bürgermeister der Marktgemeinde Stinatz. 1979 wurde Ferdinand Grandits Bezirksvorsitzender der SPÖ im Bezirk Güssing. Ab 1977 war Ferdinand Grandits Abgeordneter des Burgenländischen Landtages und ab 1982 bis zu seinem Ausscheiden 1991 dritter Landtagspräsident.

In allen seinen Funktionen hat er sich stets bemüht, für die Menschen etwas zum Guten zu verbessern. Ob es seine Heimatgemeinde Stinatz war, die ihm sehr am Herzen lag, das Land Burgenland und insgesamt besonders das Südburgenland. Und er hat sich mit viel Herz und mit viel Engagement sehr verdient gemacht, um die Menschen des Landes.

Am 13. November ist Ferdinand Grandits nach kurzer schwerer Krankheit aus dem Leben geschieden. Seine Frau, sein Sohn, zwei Söhne, sind leider ums Leben gekommen schon in früheren Zeiten. Zahlreichen Enkelkindern und Urenkelkindern gebührt heute

unser Dank und die Anerkennung um seine politische Arbeit und wir kondulieren natürlich seiner großen Familie.

Mit ihm haben wir einen Politiker verloren, der einen ganz großen Einsatz zur positiven Entwicklung des Burgenlandes und ganz besonders des Südburgenlandes geleistet hat.

Ich ersuche Sie um eine Minute des Trauerns.

Ich danke Ihnen für die Trauerkundgebung. *(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)*

Präsidentin Verena Dunst: Beginnen, Hoher Landtag, wird die heutige Sitzung mit der Fragestunde, in der sich die Frau Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler den Fragen von Ihnen stellen wird. Im weiteren Ablauf wird die Präsidialkonferenz sein und danach die Ausschusssitzungen stattfinden.

Zum heutigen Landtag, es gibt zwei Dringlichkeitsanträge, die Debatten werden dazu, natürlich wie immer, frühestens drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung, jedoch spätestens um 15.00 Uhr stattfinden.

Hoher Landtag, damit darf ich die 13. Sitzung des Burgenländischen Landtages e r ö f f n e n.

Diese Sitzung habe ich auf Grund eines der Landtagsabgeordneten Gerhard Bachmann, Elisabeth Böhm, Kilian Brandstätter, Mag. Christian Dax, Verena Dunst, Dr. Roland Fürst, Robert Hergovich, Gerhard Hutter, Roman Kainrath, Mag. Kurt Maczek, Dieter Posch, Erwin Preiner, Doris Prohaska, Wolfgang Sodl, Claudia Schlager, Ing. Thomas Schmid, Ewald Schneckner, Rita Stenger, BEd und Elisabeth Trummer gemäß § 54 Absatz 2 GeOLT gestellten Verlangens fristgerecht einberufen.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die amtliche Verhandlungsschrift der 12. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegt. Sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Ihr Fernbleiben von der heutigen Sitzung hat der Herr Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil sowie die Landtagsabgeordneten Elisabeth Böhm, Mag. Christian Dax, Gerhard Hutter, Roman Kainrath, Mag. Kurt Maczek, Dieter Posch, Erwin Preiner, Doris Prohaska, Ing. Thomas Schmid, Ilse Benkö, Géza Molnár, Melanie Eckhardt, MSc, Johannes Mezgolits, Dipl.-Päd. DI Karina Laschober-Luif, Markus Ulram, Mag. Christoph Wolf, MA und Wolfgang Spitzmüller entschuldigt.

Wie ich vorher schon hingewiesen habe, ist auf Grund der aktuellen Covid-Situation die heutige Sitzung nicht öffentlich, kann aber via Livestream verfolgt werden.

Auch wurde den anwesenden Abgeordneten auf aktuellen Anlass und zur Wahrung des Sicherheitsabstandes weit auseinanderliegende Sitzplätze beziehungsweise eben durch die Trennwände die Teilnahme ermöglicht.

Ich darf zum Einlauf kommen, meine Damen und Herren, Hoher Landtag, alle Einläufe beziehungsweise die Zuweisung wurden Ihnen gemäß § 56 Absatz 3a der GeOLT mittels digitalen Versand und als Aushang zur Kenntnis gebracht.

Ebenso ist eine Veröffentlichung auf der Homepage des Burgenländischen Landtages erfolgt. Ich darf Sie an dieser Stelle bezüglich der eingelangten Verhandlungsgegenstände und deren Zuweisungen auf diese verteilte Mitteilung verweisen.

Ich darf auch darauf hinweisen, dass, wie vorher von mir schon eingebracht, die zwei Dringlichkeitsanträge für die heutige Sitzung zu behandeln sind. Und zwar ist das der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Roland Fürst, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Stopp der Pensionskürzungen und der Arbeitszeitverschlechterungen im Zuge der Covid-19-Krise der gemäß § 24 Absatz 5 GeOLT frühestens drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung spätestens jedoch eben um 15.00 Uhr behandelt wird.

Ebenso ist ein Dringlichkeitsantrag des Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend „Keine neuen Asylzentren im Burgenland“ eingelangt, welche gemäß § 24 Absatz 5 GeOLT nach dem ersten Dringlichkeitsantrag behandelt wird.

Der selbstständige Antrag des Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, Kollegin und Kollegen, auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Einführung eines Mobbingverbots im öffentlichen Dienst, mit der Zahl 22 - 288, Beilage 298, wurde am 03.12.2020 von den Antragstellern zurückgezogen.

Meine Damen und Herren, die Tagesordnung für die heutige Sitzung wurde fristgerecht verändert, wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall.

Sie, Herr stellvertretender Klubobmann Fazekas, haben sich vorher schon gemeldet, mit einem Punkt zur Geschäftsordnung und ich darf Sie um Ihren Redebeitrag bitten.

Abgeordneter Patrik Fazekas, BA (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn dieser heutigen Sitzung darf ich mich gemäß § 66 in Verbindung mit § 12 der GeOLT zu Wort melden.

Zu Beginn der letzten Sitzung, meine sehr geschätzten Damen und Herren, hat sich der Klubobmann der SPÖ, Robert Hergovich, auch zur Geschäftsordnung zu Wort gemeldet und ich darf erinnern, was er gesagt hat. Ich zitiere:

Die Burgenländerinnen und Burgenländer sind wahrscheinlich in ganz Österreich bekannt für zwei Grundeigenschaften, das ist, dass sie fleißig sind und dass sie ehrlich sind, dass sie ehrlich miteinander umgehen. Und die Burgenländer legen schon in der Kindererziehung enormen Wert darauf, dass wir unsere Kinder ausstatten mit einer Kindererziehung, die Respekt und die Ehrlichkeit voraussetzt. Das ist das Wesen der Burgenländerinnen und Burgenländer.

Herr Kollege Hergovich, ich frage Sie, gilt dieser Maßstab nur für Abgeordnete der ÖVP? Nur für Abgeordnete der FPÖ? Nur für Abgeordnete der GRÜNEN oder gilt dieser Maßstab auch für die Abgeordneten Ihres SPÖ Klubs?

Wenn ja, Herr Kollege Hergovich, dann frage ich mich, wie gehen Sie mit Ihrem Bürgermeister und Abgeordneten Bachmann um?

Der Herr Abgeordnete hat am 19. November eine Videokonferenz der ÖVP-Fraktionssitzung des Burgenländischen Müllverbandes bewusst abgehört. Er wurde aus der Videokonferenz sogar entfernt. (*Heiterkeit beim Abgeordneten Robert Hergovich.*)

Er hat sich nicht nur einmal, nein, auch nicht zweimal, sondern dreimal in eine Videokonferenz der ÖVP-Fraktionssitzung eingeloggt und diese Sitzung, meine sehr geschätzten Damen und Herren, belauscht. (*Abg. Mag. Dr. Roland Fürst: Ui, da sind wir betroffen.*)

Wie sehen Sie das? Wie sehen Sie das, Herr Kollege Hergovich? Was sagen Sie dazu? *(Abg. Robert Hergovich: Ich sage Ihnen gleich was.)* Wie halten Sie es mit Anstand und Moral?

(Unruhe bei der SPÖ) Ich sage Ihnen, Kollegen bei der SPÖ, wie ich das sehe, mich erinnert das sehr an die Watergate-Affäre. Wissen Sie was das war im Jahr 1972?

Da befand sich im Watergate-Hotel das Hauptquartier der Demokratischen Partei für die bevorstehende Präsidentschaftswahl. Und dieses Hauptquartier wurde damals abgehört. Geendet, meine geschätzten Damen und Herren, hat es damit, dass der damalige Präsident Richard Nixon zurücktreten musste. *(Abg. Johann Tschürtz: Bist du deppert. - Heiterkeit bei der SPÖ)*

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, meine sehr geschätzten Damen und Herren, kommen wir nun zu Ihrem SPÖ-Bundesrat Günter Kovacs. Günter Kovacs befürwortete und bestärkte sogar eine zutiefst herabwürdigende, sexistische, widerliche Beleidigung gegen Sigrid Mauer, die GRÜNE Klubchefin im Parlament.

Damit, meine geschätzten Damen und Herren, hat die SPÖ Burgenland mehr bewiesen, dass ihr jedes Mittel, jedes Mittel recht ist, anders Denkende mundtot zu machen.

Günter Kovacs, meine sehr geschätzten Damen und Herren, bestärkt einen Kommentar auf seiner Facebook-Seite, wo Sigrid Maurer das Leben abgesprochen wird.

Kovacs, und das muss man sich vorstellen, Kovacs hat das so stehen gelassen, obwohl *(Abg. Johann Tschürtz: Geh bitte das gehört ja nicht daher, was ist das für ein Unsinn.)* er von anderen darauf hingewiesen wurde. *(Abg. Johann Tschürtz: Das ist ja ein kompletter Unsinn.)*

Und das, meine geschätzten Damen und Herren, ist nicht das erste Mal, wo Kovacs tiefe Attacken auf den politischen Mitbewerber zulässt. *(Abg. Johann Tschürtz: Und das ist die Geschäftsordnung? - Abg. Mag. Thomas Steiner: Was hat der Hergovich gemacht? - Zwiegespräche der Abg. Mag. Thomas Steiner und Abg. Johann Tschürtz.)*

Meine geschätzten Damen und Herren, zu guter Letzt, *(Abg. Johann Tschürtz: Das ist die Geschäftsordnung? Das ist die Geschäftsordnung? Ihr seid ja wirklich - geh bitte.)* meine geschätzten Damen und Herren, kommen wir noch zum Geschäftsführer der SPÖ, Fürst. Bei dem weiß ich ehrlich gesagt *(Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen.)* nicht, wo ich anfangen soll. *(Abg. Johann Tschürtz: Unglaublich.)*

Präsidentin Verena Dunst: Sehr geehrter Herr stellvertretender Klubobmann, ich glaube, Sie sind nicht überrascht, wenn jetzt aus den Reihen der Abgeordneten immer wieder die Frage aufscheint - Was hat das mit einer Geschäftsordnung zu tun?

Ich kann diese Wortmeldung zur Geschäftsordnung, kann ich akzeptieren, wenn Sie einen Zusammenhang zur Geschäftsordnung und zum Landtag herstellen. Dann bitte nehmen Sie Bezug auf Abgeordnete, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Hat er gemacht.)* aber bitte nicht auf Irgendetwas. Darf ich Sie bitten, dass Sie das beherzigen? *(Abg. Johann Tschürtz: Er soll das in einer Rede machen.)*

Bitte, Ihre Zeit läuft, machen Sie weiter.

Abgeordneter Patrik Fazekas, BA (ÖVP) (fortsetzend): Ich habe Bezug genommen auf den Abgeordneten Bachmann, auf den Abgeordneten Kovacs. Es geht um die Würde des Landestages, die wir als Abgeordnete auch verkörpern.

Und der Kollege Fürst war es, der zum ÖVP-Generalsekretär „Sau“ gesagt hat, ein noch tieferes Niveau, meine geschätzten Damen und Herren. Untergriffigkeiten gegenüber Politikern, Gemeinderäten, Bürgermeister, das hat aus meiner Sicht in der Politik nichts verloren. Aber offenbar ist dieses Niveau, meine geschätzten Damen und Herren, in der SPÖ gang und gäbe.

Geschätzter Herr Kollege Hergovich, ich gebe Ihnen einen guten Rat, lassen Sie die Abgeordneten der anderen Klubs bitte in Ruhe und sorgen Sie in Ihren eigenen Reihen für Ordnung und kehren Sie vor Ihrer eigenen Tür, denn da haben Sie, aus meiner Sicht, mehr als genug zu tun. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Präsidentin Verena Dunst: Ja der Herr Klubobmann Hergovich hat sich auch zur Geschäftsordnung gemeldet.

Ich darf noch einmal wiederholen. *(Abg. Johann Tschürtz: Das ist völliger Unsinn, das sage ich Euch.)* Sie haben den Zusammenhang zur Landtagsarbeit nicht in allen Punkten fixiert. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber der Hergovich schon das, das letzte Mal? Ich meine, das kann ja nur ein Scherz sein.)*

Aber Sie haben, Sie haben das Recht auf fünf Minuten sich hier zu melden. Das haben Sie genützt.

Der Herr Klubobmann Hergovich ist am Wort.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Vielen Dank Frau Präsidentin. Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen, geschätzte Kollegen! Ich wurde gerade gefragt, ob die Maßstäbe der Ehrlichkeit und der Aufrichtigkeit für die Parteien hier im Landtag gelten.

Und ich darf sagen, ja, die Maßstäbe gelten für die Abgeordneten der Freiheitlichen, und diese Maßstäbe die gelten auch für die Abgeordneten der Sozialdemokratie. *(Heiterkeit bei der ÖVP)*

Diese Maßstäbe gelten leider nicht, gelten leider nicht für die Abgeordneten der GRÜNEN und sie gelten leider nicht für Abgeordnete der ÖVP, weil *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das heißt Ihr dürft bespitzeln, beschimpfen.)* sie in den letzten Wochen mehrmals, leider *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sexistisch äußern.)* Gottes, der Lüge überführt wurden von der Polizei, per Videobeweis, wie auch immer.

Da gelten diese Maßstäbe der Ehrlichkeit leider nicht. Hier wird gelogen, dass sich die Balken biegen. Leider nur bei der ÖVP und bei den GRÜNEN.

Ich darf für die Freiheitlichen und *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Frau Präsidentin, wie wäre es mit einem Ordnungsruf?)* für die Sozialdemokratischen Abgeordneten in Anspruch nehmen, dass die mit der Wahrheit sehr sorgsam umgehen *(Abg. Patrik Fazekas, BA: Wie ist das jetzt mit dem Ordnungsruf, Frau Präsidentin?)* und das ordentlich nehmen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Haben Sie irgendetwas auf den Ohren?)*

Dann wurde behauptet, der Kollege Bachmann hätte irgendwo bespitzelt oder sonst irgendetwas. Ich darf *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das hat er gemacht, ich war dabei.)* das tatsächlich berichtigen.

Kollege Bachmann hat einen Code zur Verfügung gestellt bekommen, mit diesem Code hat er sich dann eingewählt. *(Abg. Patrik Fazekas, BA: Er hat sich dreimal eingeloggt, dreimal. – Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen.)* Als dann *(Abg. Patrik Fazekas, BA: Dreimal, Herr Kollege.)* herauskommt, dass das die ÖVP... *(Abg. Patrik Fazekas, BA: Dreimal.)*

Sie werden ihm doch nicht vorwerfen, dass (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Spitzelpolitik.*) er einen Code erhalten hat. (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Er hat bespitzelt.*) Er hat das ja nicht gelinkt, sondern er hat einen Code bekommen. Also das grenzt an Lächerlichkeit der Sonderklasse. (*Abg. Patrik Fazekas, BA: Dreimal ist er entfernt worden.*)

Übrigens, ich weiß schon, Sie reden nicht mehr viel mit. Ich weiß schon, Sie sind schon ziemlich abgekapselt in der ÖVP. Ich weiß das schon. Aber ich darf Sie informieren, es hat dann ein Gespräch gegeben zwischen den Fraktionsführer des Verbandes und dem Kollegen Bachmann. Das ist erledigt gewesen, sie haben sich ausgesprochen. Informieren Sie sich bei Ihren eigenen Kollegen, (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja, ja.*) dann wird sich das alles in Schall und Rauch auflösen. (*Abg. Johann Tschürtz: So schauts aus.*)

Dann wurde der Herr Kovacs angesprochen. Das war eine liebe Geschichte vom Herrn Fazekas. Kollege Kovacs hat ein Posting gemacht, er hat dort nicht alle Beiträge gelesen, (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Natürlich hat er es gelesen.*) sondern hat dort auf eine Klubobfrau geantwortet.

Als sich dann herausstellte, was da für Vorpostings formuliert wurden, (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Hat er es verteidigt. - Abg. Patrik Fazekas, BA: Hat er es verteidigt.*) hat der Kollege (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Verteidigt hat er es.*) Kovacs sofort, sofort, sofort dieses Posting gelöscht. (*Abg. Patrik Fazekas, BA: Er hat es verteidigt. - Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist eine Lüge, Herr Kollege. - Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen.*)

Und wissen Sie was, (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist eine Lüge.*) wissen Sie, wissen Sie was er gemacht hat? Er hat sich entschuldigt. (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist eine Lüge.*) Er hat sich entschuldigt. Er hat mit der GRÜNEN Klubobfrau im Nationalrat auch ein Gespräch geführt. Er hat sich entschuldigt und das ist bereinigt. (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist eine Lüge.*)

Aber wissen Sie, was Sie verschweigen? Dass es Männer gibt, Politiker gibt, die das einsehen und sagen, ich habe einen Fehler gemacht.

Ich erinnere daran, dass es andere ÖVP-Politiker gibt, die mit Fehlern gar nicht so umgehen können. Ich darf beispielsweise den ÖVP-Bürgermeister von Oslip nennen, der übrigens ein Mitarbeiter von Ihnen ist, Herr Kollege Fazekas. (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Auch eine Lüge.*)

Was haben Sie mit ihm gemacht, wie er hergegangen ist und die Menschen beschimpft hat, sie als "Sau" bezeichnet hat beispielsweise, sie bedroht hat. Was haben Sie gemacht als Dienstgeber? Was tun Sie mit dem? (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Was tun Sie? - Abg. Walter Temmel: Was tun Sie mit der „Sau“?*) Na also.

Präsidentin Verena Dunst: Herr Abgeordneter, bitte den Bezug zum Landtag.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ) (fortsetzend): Jetzt die tatsächliche Berichtigung. Kollege Fazekas hat behauptet, Kollege Fürst hätte jemanden als "Sau" bezeichnet, diese Behauptung ist unwahr, hat der Kollege Fürst nie gemacht. (*Heiterkeit bei der ÖVP*)

Ich weiß schon, dass ist Ihnen unangenehm. Ich weiß schon, (*Unruhe bei der ÖVP*) offensichtlich werden Sie nervös, weil Ihnen diese Landtagssitzung so unangenehm ist. (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Eine Nazidiktation hat er verwendet.*)

Weil Ihnen diese Landtagssitzung so unangenehm ist, weil es sichtbar wird, dass Sie die Menschen ihrer Pension berauben. Aber wir haben ja Gelegenheit im Anschluss daran darüber dann im Detail noch dazu zu reden. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsidentin Verena Dunst: Sehr geehrte Damen und Herren! *(Zwiegespräch der Abg. Dr. Roland Fürst und Abg. Mag. Thomas Steiner: Was redest Du für einen Blödsinn daher? – Allgemeine Unruhe. – Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen.)* Sehr geehrte Damen und Herren! *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Man merkt das schlechte Gewissen, so ein Blödsinn.)* Hoher Landtag! *(Abg. Walter Temmel: Das ist eine Frechheit. - Abg. Mag. Thomas Steiner: Nur weil Du Nazidiktion verwendest.)*

Ich darf, meine Damen und Herren, *(Abg. Johann Tschürtz: Bist du deppert – das gibt es ja gar nicht.)* ich bin am Wort und ich kann gerne die Sitzung unterbrechen, *(Abg. Johann Tschürtz: Das ist ja alles ein Theater. – Abg. Mag. Thomas Steiner: Da hast Du recht.)* bis sie wieder auf dem Level sind.

Ich darf nur erinnern, wir sind hier im Hohen Haus und ich kann Sie nur daran erinnern, dass uns Menschen heute via Livestream begleiten. Die erwarten von uns Lösungen für ihr tägliches Leben und das hat mit Würde und Anstand im Hohen Haus zu tun.

Wir gehen in die Tagesordnung ein und ich komme zum 1. Punkt der Tagesordnung, das ist die Fragestunde.

Meine Damen und Herren, bevor wir mit der Fragestunde beginnen, möchte ich noch einmal kurz auf die Bestimmungen hinweisen. Jeder Abgeordneter, welcher auf Grund der Plexiglastrennwände an seinem Platz kein Mikrofon zur Verfügung hat, bitte ich höflich, an den beiden Rednerpulten die Frage zu stellen, damit das nicht nur sie, sondern auch die Menschen, die uns begleiten, via Livestream hören.

Sehr geehrte Damen und Herren, bei der 11. Landtagssitzung endete die Fragestunde mit einer Hauptfrage der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska. Aus diesem Grund beginnt heute der Landtagsklub der GRÜNEN mit der Fragestellung der ersten Hauptfrage.

Ich beginne jetzt um 09:24 Uhr mit dem Aufruf der ersten Frage.

1. Punkt: Fragestunde

Ich darf Sie, Frau Klubobfrau, ersuchen, die erste Hauptfrage an die Frau Landesrätin, Mag.a (FH) Daniela Winkler zu stellen. Bitte.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön Frau Präsidentin. Guten Morgen Kolleginnen und Kollegen! Ich spreche Sie jetzt an in Ihrer Zuständigkeit für die Kindergärten.

In den Lockdown-Wochen im Frühjahr gab es unter vielen Eltern im Burgenland Verunsicherung bezüglich des Besuchs ihres Kindes im Kindergarten. Ein Vater erzählte mir, dass in seinem Ort von Eltern, die im Homeoffice arbeiteten, auch wenn schon zwei zu Hause arbeiteten erwartet wurde, ihr Kind zu Hause zu betreuen. In einem anderen Ort erlebte eine alleinerziehende Mutter immensen Druck, ihr Kind keineswegs in den Kindergarten zu bringen. Auch nicht für ein paar Stunden in der Woche.

Nun liegen die Kindergärten in der Landeskompetenz. Darum sind Sie, als zuständige Landesrätin, für die Kommunikation und, soweit es keine Vorgaben vom Bund gibt, für die einzuhaltenden Regeln zuständig.

Welche Linie haben Sie seitens der Landesregierung den Einrichtungen, die unter das Burgenländische Kinder (*Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler (SPÖ): Bitte?*)

Noch einmal? Okay, meine Frage: Welche Linie haben Sie seitens der Landesregierung den Einrichtungen, die unter das Burgenländische Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz fallen, zur Umsetzung vorgegeben, im Lockdown im Frühjahr?

Präsidentin Verena Dunst: Ich darf nur darauf hinweisen, dass Aufgrund des Lockdowns und vieler anderer Dinge auch hier der Bund einiges vorgegeben hat. Aber ich nehme an, dass die Frau Landesrätin Winkler auch aus der Landessicht einiges dazu beitragen kann.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler (SPÖ): Ja genau. Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Regierungskollegin und -kollegen! Werte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Frau Klubobfrau! Vielen Dank für diese wirklich sehr wichtige Frage. Wir haben das beim ersten Lockdown auch so vernommen, dass es hier zu einigen Diskrepanzen gekommen ist.

Ich möchte aber vorweg erwähnen, dass diese Vorschriften gerade im ersten Lockdown, was auch den Kindergarten betroffen hat, seitens des Bundes, nämlich seitens des Gesundheitsministeriums gekommen sind und wir, da seitens des Landes Erlässe, Verordnungen erhalten haben, die wir natürlich auch umgesetzt haben.

Uns war es aber, und mir persönlich, Sie wissen es wahrscheinlich, war es immer ein ganz großes Anliegen, dass wir die Kinderbetreuung auch dementsprechend gewährleisten, vor allem für jene, die es natürlich für die beruflichen Tätigkeiten benötigen, aber nicht nur für diese Personen. Wir wissen genau, manche Familien benötigen Unterstützung in der Kinderbetreuung.

Der Kindergarten ist für mich aber auch eine ganz, ganz wichtige erste Bildungseinrichtung, das habe ich immer wieder erwähnt. Für Kinder ist es auch notwendig, den sozialen Kontakt zu anderen Kindern herzustellen. Wir brauchen den Kindergarten für sprachliche Förderungen, für die Grobmotorik, für die Feinmotorik.

Das heißt, natürlich waren im ersten Lockdown die Einschränkungen seitens des Gesundheitsministeriums gegeben. Das heißt, wir hatten Dinge zu berücksichtigen, nämlich, dass nur für systemrelevante Berufe der Kindergarten offen war, jedoch hat es dann immer weitere Öffnungen seitens des Landes gegeben.

Wie natürlich auch der Bund geöffnet hat und wie Sie jetzt wissen, in dem zweiten harten Lockdown hat es auch von uns keine Einschränkungen gegeben, die den Kindergartenbesuch betreffen. Das einzige, sage ich einmal, man hat das letzte verpflichtende Kindergartenjahr ausgesetzt, für diejenigen Eltern, die die Kinder aufgrund der Covid-Situation nicht in den Kindergarten geben möchten. Das waren und sind die einzigen Einschränkungen, die wir seitens des Landes vorgegeben haben.

Was natürlich sich jetzt in den einzelnen Gemeinden, oder wie sich das dargestellt hat, weil eines darf man nicht vergessen, die Erhalter der Kindergärten sind die Gemeinden. Die Gemeinden sind auch für die Personalangelegenheiten im Kindergarten zuständig. Das heißt, sie haben die Obhut was das betrifft.

Was dann seitens der Gemeinden vorgegeben wurde, dass weiß ich nicht im Detail bei jedem einzelnen, in jeder einzelnen Gemeinde. Aber von uns gibt es keine Einschränkungen.

Präsidentin Verena Dunst: Danke Frau Landesrätin.

Ihre erste Zusatzfrage Frau Klubobfrau, bitte.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Sehr geschätzte Frau Landesrätin! Ich denke, Sie machen es sich da sehr einfach. Jedes Mal, wenn es um Kindergarten geht sagen Sie zuerst, der Bund, der Bund. Sie haben ganz klare Kompetenzen im Land. Jetzt sagen Sie sogar, na ja die Gemeinden haben -

Meine Frage war nicht nach Ihren Einschränkungen, sondern nach der Orientierung, die Sie gegeben haben, nach der Linie, die Sie gegeben haben. Ich habe nicht nach Ihren Einschränkungen gefragt.

Es ist klar, dass der Gesundheitsminister dafür zuständig ist, die gesundheitliche Versorgung sicher zu stellen. Ich habe Sie gefragt, welche Orientierung haben Sie gegeben. Und ich nehme jetzt wahr - keine. Jeder hat einfach irgendwie getan wie er wollte und das hat Eltern in schwierige Situationen gebracht.

Es war übrigens beim zweiten Lockdown auch so. Weil die erste Reaktion war, der Bund hat mir jetzt nicht genau gesagt, was wir machen sollen, obwohl ich schon den Brief an die Landesrätin lesen konnte, den Sie sicher vor mir bekommen haben.

Was ist jetzt im November von Ihnen ganz klar als Orientierung für die Eltern gegeben worden? Weil im Frühjahr haben Sie mir selber einmal gesagt, na ja, zwei drei Wochen können die Eltern schon selber die Kinder betreuen.

Präsidentin Verena Dunst: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler (SPÖ): Also ich muss jetzt ganz ehrlich auch antworten Frau Abgeordnete. Also von mir kommt diese Aussage sicher nicht, zwei, drei Wochen können die Eltern schon auf ihre Kinder aufpassen. Ich meine, da kennen Sie mich aber wirklich sehr falsch.

Für mich ist es ein ganz ein wesentlicher Beitrag, wenn man die Kinder in den Kindergarten geben muss, geben will. Ich selbst habe zwei kleine Kinder zuhause, also eigentlich ist einer schon größer, der geht in die Schule, aber eine kleine Tochter, die in den Kindergarten geht, und mir ist das wirklich ein sehr großes Anliegen.

Nun zu dem Thema. Wir haben immer ein eigenes Hygienehandbuch erstellt, das wir auch allen Einrichtungen und Gemeinden zur Verfügung gestellt haben. Das ist sehr detailliert. Wir haben bereits im Sommer, vorab dass der Bund überhaupt Regelungen getroffen hat, haben wir im Sommer bereits ein Hygienehandbuch erstellt, genau mit den richtigen Schritten. Was ist zu tun, wenn das Kind in der Einrichtung erkrankt? Was ist zu tun, wenn das Kind zuhause erkrankt? Welche Hygienemaßnahmen werden empfohlen?

Dies alles haben wir den Gemeinden zur Verfügung gestellt und dies alles haben wir auch den Einrichtungen gegeben.

Präsidentin Verena Dunst: Frau Klubobfrau, Ihre zweite Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Ganz kurz, nur damit ich es richtig verstanden habe. Das heißt, es gab von Ihrer Seite her Vorschriften oder Leitlinien, Richtlinien, Unterlagen zur Hygiene im Kindergarten. Aber es gab jetzt keine Richtlinien oder Unterlagen oder Hilfestellungen dazu, wie geht man damit um, wann welche Kinder betreut werden können? Wie redet man mit den Eltern? Wie findet man eine gute Lösung?

Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler (SPÖ): Dies alles ist in den Hygienerichtlinien enthalten.

Präsidentin Verena Dunst: Frau Landesrätin, Verzeihung, dass ich Sie unterbreche. Ich würde Sie bitten, dass Sie mich kurz überlegen lassen, was jetzt die Frage von der Zuständigkeit her betrifft.

Das geht natürlich schon sehr in die Gesundheit, aber ich nehme an, dass Sie das trotzdem ausführlich erörtern werden.

Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler (SPÖ) (fortsetzend): Jaja. Es geht natürlich ganz stark in dem Bereich um gesundheitsrelevante Themen, ja. Aber wir haben, und das ist natürlich wichtig, die Pädagoginnen und Pädagogen vor Ort brauchen natürlich irgendeine Leitlinie und eine Richtlinie, an was sie sich halten können. Wir haben in diesem Hygieneleitfaden sogar pädagogische Richtlinien drin.

Wie geht man mit Kinder um? Wie passiert die Eingewöhnung im Kindergarten? Also wir haben da wirklich seitens der Fachabteilung, der Abteilung 7, der zuständigen Kindergarteninspektorin, sind da wirklich tolle Richtlinien gegeben oder ein toller Leitfaden gegeben, an die sich die Kindergärtnerinnen und Kindergärtner auch demnach richten können.

Dass man natürlich in so einer Situation nicht alles im Detail regeln kann, ich meine, das müssen Sie schon verstehen.

Es geht um das Thema Essen, es geht um das Thema Eingewöhnung, es geht um das Thema wie benutze ich die Eingänge, wie benutze ich die Ausgänge, damit nicht so viele Eltern zusammenkommen. Es geht um das Thema, ich muss eine fixe Personalzuteilung in den Gruppen haben. Es geht um das Thema Bewegung und Sport.

All das was natürlich im Kindergarten berücksichtigt werden muss. Es geht auch um externe Personen, wie in der Schule auch. Es geht um Ampelschaltungen, die uns seitens des Bundes vorgegeben werden. All dies wurde auch im Hygieneleitbuch oder im Hygieneleitfaden im Kindergarten angegeben.

Präsidentin Verena Dunst: Dankeschön Frau Landesrätin. Frage an die anderen Klubs. Gibt es zu dieser Hauptfrage Kindergarten, COVID und so weiter noch Zusatzfragen? Also Klubfragen? -

Das ist nicht der Fall.

Dann darf ich schon die Abgeordneten des Landtagsklubs der FPÖ um Ihre Hauptfrage bitten.

Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Die Ankündigung des Innenministers Nehammer in der bereits stillgelegten Asylunterkunft Klingenbach wieder 80 Asylwerber unterzubringen, sorgte natürlich für Aufregung. Wir haben diesbezüglich heute auch einen Dringlichkeitsantrag.

Da natürlich das auch im ursächlichen Zusammenhang mit der Grundversorgung steht, meine Frage an Sie:

Wie beurteilen Sie die Situation im Hinblick auf neue Asylzentren in Grenznähe?

Präsidentin Verena Dunst: Frau Landesrätin! Klingenbach, reine Bundessache. Aber Sie sind für Asyl zuständig und wollen sicher trotzdem darauf antworten. Bitte.

Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler (SPÖ): Ja. Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wie die Frau Präsidentin erwähnt hat, ich nehme an, Sie gehen auf das Asylzentrum in Klingenbach ein, handelt es sich hier um ein Quartier des Bundes. Es ist auch eine Liegenschaft des Bundes. Ich

möchte mich aber dennoch dazu äußern, weil ich die Kommunikationsweise des Bundes mit dem Land nicht in Ordnung finde.

Sie haben es richtig erwähnt, ich bin das zuständige Regierungsmitglied für die Grundversorgung für das Asylthema und mich hat bisher seitens des Bundes noch niemand informiert.

So quasi by the way wurde der Herr Landeshauptmann informiert. Wobei, ich muss sagen, ich habe mich da mit einer Kollegin zusammengesprochen die mir gesagt hat, dass bereits für Klingenbach eine Stelle ausgeschrieben wurde.

So haben wir im Prinzip erfahren, dass das Asylquartier in Klingenbach wieder aufgemacht werden soll. Also, das zieht sich wie ein roter Faden durch die gesamte Linie. Daher möchte ich Stellung nehmen. Die Kommunikation seitens des Bundes mit dem Land, was wirklich wesentliche Dinge betrifft, die lässt wirklich zu wünschen übrig.

Der Herr Minister hat auch vor der Landtagswahl gesagt, dass keine neuen Asylzentren eröffnet werden sollen. Ja, Wort hat er anscheinend nicht gehalten. Mir ist es da wirklich wichtig, dass wir, alles was die Grundversorgung betrifft, dass wir die Asylwerber wirklich in kleine Einheiten aufteilen. Ich glaube das ist wichtig, auch mit der Integration.

Wir haben auch Maß, wir haben auch Regelungen, also Quoten, vorgegeben, wo wir für eine bestimmte Größe an Einwohnern in einer Ortschaft auch eine Maximalgröße an Asylwerbern vorgegeben haben. Eben wichtig für die Integration.

Ja, wir von Seiten des Landes planen keine neuen Asylzentren. Uns ist es wichtig, dass wir auch in die Qualität der Asyl-NGO-Quartiere investieren und daher wollen wir auch keine privaten Quartiere, keine neuen privaten Quartiere eröffnen, sondern wenn, dann nur in NGO-Quartiere umwandeln. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsidentin Verena Dunst: Dankeschön Frau Landesrätin. Ihre erste Zusatzfrage, Herr Klubobmann. Bitte.

Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ): Frau Landesrätin! Sie haben schon angesprochen, dass es eine Prozentregelung, eine neue Prozentregelung jetzt im neuen Regierungsprogramm gibt. Wir haben damals im Regierungsprogramm festgehalten, dass es eine einprozentige Obergrenze geben soll. Das gibt es jetzt nicht mehr. Teilweise bis zu vier Prozent. Teilweise können sich auch die Ortschaften sozusagen selbst darauf einigen noch mehr zu nehmen.

Werden Sie auf Gemeinden einwirken, auch in Hinblick auf die Grundversorgung, dass man nicht überdimensional Asylquartiere im Burgenland eröffnet?

Präsidentin Verena Dunst: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler (SPÖ): Ja, ich glaube es ist wichtig, wenn man jetzt zum Beispiel den Prozess sich anschaut wie das eigentlich funktioniert, dass Quartiere eröffnet werden. Dann ist es so, dass eigentlich das Land mit den Bürgermeisterinnen vor Ort in den Gemeinden Gespräche führt. Ja. Weil, natürlich ist es wichtig, dass auch der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin dahintersteht, dass so ein Quartier in der Ortschaft besteht.

Man muss wissen, wie viele Asylwerber werden in die Ortschaft kommen. Welche, sage ich einmal, Form der Asylwerber werden kommen. Handelt es sich um alleinreisende Frauen? Alleinreisende Männer? Handelt es sich um Familien? Handelt es sich um unbegleitete minderjährige Flüchtlinge?

Ich glaube, das ist einmal der erste Schritt der wichtig ist, dass Bürgermeister mit dem Thema umgehen können. Dass das Land sich auch mit dem Thema auseinandersetzt.

Das zweite Thema ist natürlich, dass wir Grenzen festgesetzt haben. Bis 500 Einwohner sind maximal 20 Asylwerber, von 500 bis 1.500 haben wir die 30 Asylwerber-Grenze und alles was größer als 1.500 Einwohner sind, die 40 Asylwerber-Grenze.

Ich glaube, dass das auch wichtig ist, eben, ich habe das vorhin schon erwähnt, wirklich die Aufteilung der Asylwerber in kleine Einheiten, in kleine Quartiere, weil einfach die Integration im Dorfleben, in der Gemeinde, etwas Wesentliches ist. Und wenn es wirklich zu viel in einer Ortschaft ist, dann tut das meistens der Ortschaft oder der Gemeinde nicht gut. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsidentin Verena Dunst: Danke Frau Landesrätin. Ihre zweite Zusatzfrage, Herr Klubobmann.

Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ): Frau Landesrätin! Im Schatten von Corona kommen diesjährig mehr Flüchtlinge als ursprünglich geglaubt. Das heißt, es gibt regelrecht eine neue Schlepperkriminalität, mit der man nicht gerechnet hat. Es ist wahrscheinlich so, dass auch das Burgenland natürlich nachwirkend dann betroffen wird.

Können Sie uns im Vergleich zur Grundversorgung die Zahlen vergleichen zwischen 2018 und 2019? Das heißt, hat das Land 2019 mehr Geld ausgegeben für die Grundversorgung als 2018? Ist das stagnierend oder erhöht sich das oder wie ist die Situation insgesamt?

Präsidentin Verena Dunst: Frau Landesrätin. Bitte.

Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler (SPÖ): Lieber Herr Abgeordneter! Nachdem ich ganz gerne richtige Zahlen auch weitergeben möchte und auch ehrliche Antworten geben möchte, würde ich Sie bitten oder würde ich die Zahlen einfach nachreichen, dann haben Sie die richtigen konkreten Zahlen, wie sich die Entwicklung von 2018, 2019 und auch im Laufe des Jahres 2020 darstellt.

Präsidentin Verena Dunst: Weitere Fragen? Ja. Der Herr Abgeordnete MMag. Alexander Petschnig mit seiner Klubfrage. Bitte.

Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Planen Sie in diesem Zusammenhang des jetzt Besprochenen im Rahmen Ihrer Zuständigkeit noch weitere Maßnahmen im Bereich des Asyl-, Flüchtlingswesens beziehungsweise in der Grundversorgung?

Präsidentin Verena Dunst: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler (SPÖ): Ich bin immer zu schnell, wie es aussieht. Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ja. Wir haben im Regierungsprogramm im Prinzip auch festgehalten, dass wir den Schwerpunkt der Quartiere auf NGO-Quartiere verlagern wollen.

Das heißt, wir haben uns zum Ziel gesetzt, diese Quote um jährlich fünf Prozent zu steigern. Warum machen wir das? Weil wir merken, dass in NGO-Quartieren, sage ich einmal, die Betreuung sehr gut sich darstellt, dass es eine Qualitätssteigerung auch ist.

Wir merken, dass im Zusammenhang mit Übersetzungen, die wichtig sind in Asylquartieren, in der Führung. Es kommen auch die NGO-Verantwortlichen einmal in der Woche vor Ort, um die Betreuung und auch die Kommunikation mit den Asylwerbern sicherzustellen.

Aktuell, da habe ich Zahlen parat, haben wir von Jänner bis November eine Steigerung in dem Ausmaß von 12 Prozent erreicht. Das heißt, wir haben wirklich die Verlagerung oder die Qualität in diesem Bereich deutlich verbessert.

Neue Quartiere, also neue private Quartiere sollen nicht geschaffen werden, das ist uns ganz wichtig. Die Betonung liegt auch immer auf den kleinen Einheiten, und natürlich wird es notwendig sein, dass wir vielleicht manche privaten Quartiere in NGO-Quartiere umwandeln. Das heißt, diesbezüglich werden natürlich noch Gespräche geführt, und auch wie die weitere Ausgestaltung der NGO-Quartiere ist, wird es noch weitere Besprechungen und Verhandlungen in diesem Rahmen geben. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsidentin Verena Dunst: Danke Frau Landesrätin. Jetzt zu den weiteren Klubfragen. Die erste kommt von der Frau Klubobfrau Mag.a Petrik. Bitte.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dankeschön. Bezüglich Grundversorgung. Es gibt ja auch Asylwerberinnen und Asylwerber, die mit COVID-19 infiziert sind. Wie ist das dann mit einem Quarantänequartier?

Welche Maßnahmen gibt es da an Mindestanforderungen? Wie läuft das?

Präsidentin Verena Dunst: Frau Klubobfrau! Bundeszuständigkeiten und Gesundheit, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Grundversorgung ist Land!)* die Frau Landesrätin ist zwar zuständig für Asyl, aber nicht für Gesundheit, Krankheit, COVID, Quarantäne. Frau Landesrätin, diese Frage müssen Sie nicht beantworten, weil es nicht Ihre Zuständigkeit ist.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Dann stelle ich sie anders. Gibt es ein Grundversorgungsquartier im Burgenland, das als Quarantänequartier vorgesehen ist?

Präsidentin Verena Dunst: Ganz das gleiche Thema. Es tut mir leid. Für Gesundheit ist die Frau Landesrätin nicht zuständig. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Aber Grundversorgung!)* Auch wenn sie für Asyl zuständig ist. Aber Gesundheit ist ein anderes Thema, das nicht dazugehört.

Frau Landesrätin, möchten Sie trotzdem etwas sagen?

Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler (SPÖ): Hier geht es um ein gesundheitsrelevantes Thema, ja, wo eigentlich die Abwicklung von der Abteilung 6, beziehungsweise vom Einsatzstab, vom Krisenstab, durchgeführt wird.

Und die auch, ich glaube, ich bin mir nicht sicher, ich glaube zwei Quarantänequartiere haben.

Präsidentin Verena Dunst: Gut. Wie gesagt, nicht Ihre Zuständigkeit. Gibt es jetzt noch eine Klubfrage zu diesem Hauptthema Asyl und so weiter? Das ist der Fall für die ÖVP. Der Herr Abgeordnete Handig. Bitte.

Abgeordneter Gerald Handig (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Sie haben vorhin erwähnt, dass Sie seitens des Bundes über die Maßnahmen in Klingenbach nicht informiert wurden.

Meine Frage lautet: Wurde der Herr Landeshauptmann informiert? Hat der Herr Landeshauptmann Sie informiert? Hat der Herr Landeshauptmann, beziehungsweise haben Sie den Bürgermeister von Klingenbach informiert? Und wenn ja, wann war das?

Präsidentin Verena Dunst: Die Frau Landesrätin hat das vorher schon erwähnt. Aber ich würde Sie bitten, noch einmal dem Herrn Abgeordneten Handig das zu beantworten. *(Abg. Robert Hergovich: Welche Frage? - Welche von den fünf Fragen?)*

Ob der Herr Landeshauptmann informiert wurde. So habe ich das verstanden. Und wann er Sie weiter informiert hat. Das waren zwar zwei Fragen, ist aber okay im Zusammenhang.

Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler (SPÖ): Das Büro des Landeshauptmannes wurde so quasi, by the way, informiert. Ich gehe aber schon davon aus... (*Abg. Patrik Fazekas, BA: Was heißt by the way? Was ist das?*) Das war nur so ein kurzer, aber...

Präsidentin Verena Dunst (das Glockenzeichen gebend): Frau Landesrätin, Moment bitte. Wenn man Sie etwas fragt, und dann hört man Ihre Antwort nicht, dann ist das nicht gerade okay. Meine Herren Abgeordneten!

Der Herr Kollege Handig hat eine Frage gestellt. Die Frau Landesrätin wird sie beantworten, bitte!

Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler (SPÖ) (fortsetzend): Das bedeutet, wir haben keine näheren Informationen was wirklich in dem Asylzentrum in Klingenbach passieren wird.

Und ich gehe schon (*Abg. Patrik Fazekas, BA: Fragen Sie den Bürgermeister, der ist jeden Tag in Kontakt mit ihm!*) davon aus, dass ich als zuständiges - darf ich bitte kurz fertig sprechen - (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Er hat ja nur gefragt!*) ich als zuständiges Regierungsmitglied... (*Abg. Wolfgang Sodl in Richtung ÖVP-Abgeordneter: Redet Ihr nicht miteinander?*)

Präsidentin Verena Dunst: So, Frau Landesrätin, einen Moment bitte.

†Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler (SPÖ) (fortsetzend): Nachdem ich das zuständige Regierungsmitglied bin, erwarte ich mir schon, dass ich auch die dementsprechenden Informationen dazu erhalte. Und vor allem, und das ist, glaube ich, das interessante Detail am Rande, dass bereits Stellenausschreibungen in Zeitungen geschaltet wurden, bevor überhaupt der Herr Landeshauptmann oder ich diesbezüglich informiert wurden.

Präsidentin Verena Dunst: Gut! Es gibt keine weitere Klubfrage zu diesem Hauptthema. Damit darf ich zum nächsten Thema kommen, nehme ich an.

Und da ist die ÖVP der Fragesteller. Wer wird diese Frage stellen? Der Herr Abgeordnete Temmel. Bitte die Hauptfrage.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Sie haben bei der Frage der FPÖ geantwortet: Land führt mit Gemeinden Gespräche, weil dem Land das Zusammenleben der Asylwerber wichtig ist, et cetera.

Anfang November hat uns der Bürgermeister von Oberschützen informiert, dass in einem Ortsteil von Oberschützen, Aschau 7, coronapositive Asylwerber vom Land untergebracht wurden und das ohne Wissen der Gemeinde und Bevölkerung, (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Schlechte Kommunikation!*) die natürlich Angst vor der Ausbreitung des Coronavirus hatte.

Warum haben Sie in diesem Fall weder Gemeinde noch die Bevölkerung informiert?

Präsidentin Verena Dunst: Herr Abgeordneter! Ich habe es vorhin schon erklärt, hier gibt es keine Zuständigkeit der Frau Landesrätin. Das ist die Abteilung 6 - Gesundheit und Krisenstab. (*Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP-Abgeordneten*) Das hat sie

vorhin auch gesagt. Die Frau Landesrätin sagt ja, aber ich sage es noch einmal. Es gibt eine Geschäftseinteilung, aber wenn Sie etwas dazu sagen wollen, dann gerne.

Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie haben von der Frau Präsidentin schon gehört, dass alles was mit Corona zu tun hat, ein gesundheitsrelevantes Thema ist und ich dafür nicht zuständig bin. Ich bin für die Grundversorgung zuständig und nicht für die Unterbringung dann in Quarantänequartieren. Ich möchte aber eines anmerken, dass der Herr Bürgermeister es nicht für notwendig erachtet hat, dass er überhaupt ein Gespräch mit mir aufsucht. *(Abg. Patrik Fazekas, BA: Haben Sie ihn kontaktiert?)*

Er hat sich nicht bei mir gemeldet. *(Abg. Patrik Fazekas, BA: Na haben Sie ihn kontaktiert?)* Zum Glück...

Präsidentin Verena Dunst: Verzeihung Frau Landesrätin! So funktioniert das nicht. Man hört Ihre Antworten nicht. Es ist eine Frage gestellt worden, auf die Sie jetzt bitte antworten.

Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler (SPÖ) (fortsetzend): Schauen Sie, man kann nur reagieren, wenn man gewisse Informationen hat. Nachdem ich für die Gesundheit nicht zuständig bin, habe ich da überhaupt keine Möglichkeiten... *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das heißt, für Corona in den Schulen...!)* Darf ich jetzt bitte endlich einmal gescheit antworten? Wenn Sie mir dauernd inzwischen reden, dann wird das nicht funktionieren!

Präsidentin Verena Dunst: Einen Moment bitte! Gut! Sie möchten gerne die Frage des Herrn Abgeordneten Temmel beantworten.

Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler (SPÖ) (fortsetzend): Nun zu dem Thema. Mich hat dann die Vizebürgermeisterin der Gemeinde angerufen und hat mir das Thema erklärt. Ich habe mich sofort nach dem Telefonat dann an den Landespolizeidirektor an den Martin Huber gewandt und habe ihm gesagt, dass wir dort mit Asylwerbern ein Problem haben, die Corona haben, ein Ausweichquartier, ein COVID-Quarantänequartier haben, und diese Asylwerber aber draußen herumgehen.

Der Landespolizeidirektor hat sich dann natürlich sofort mit dem Bürgermeister in Verbindung gesetzt und hat die notwendigen Schritte auch eingeleitet, dass die Polizei dort auch verstärkte Quarantänekontrollen macht.

Aber, wie gesagt, für das Thema der Kontrolle der Quarantäne ist die Polizei zuständig und für das Thema Gesundheit, die Quarantänequartiere, bin ich nicht das zuständige Regierungsmitglied. Aber wie Sie sehen, habe ich alle Schritte, sobald ich es erfahren habe, in die Wege geleitet.

Der Herr Bürgermeister hat aber mit mir nicht gesprochen. Das Einzige was er gemacht hat ist, dass er an die Presse gegangen ist. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Zu Recht!)* Das finde ich sehr interessant. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Zu Recht!)* Das heißt, ich habe wieder einmal keine Information erhalten.

Präsidentin Verena Dunst: Frau Landesrätin! Ablauf der Redezeit! Ich darf um die erste Zusatzfrage bitten.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Jetzt Corona einmal beiseite. Können Sie hier und jetzt garantieren, dass diese Nacht-und-Nebel-Aktion, wo Flüchtlinge ohne Information an Gemeinde oder Bevölkerung einfach in ein Quartier gebracht werden, in Zukunft von Ihnen unterlassen wird? *(Allgemeine Heiterkeit)*

Präsidentin Verena Dunst: Frau Landesrätin! Moment bitte! Klären wir einmal die Frage ab. Herr Abgeordneter, darf ich Sie bitten die Frage noch einmal zu wiederholen?

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Können Sie uns jetzt garantieren, dass diese Nacht-und-Nebel-Aktion, so wie es in der Gemeinde Oberschützen gewesen ist, wo Flüchtlinge ohne Information an Gemeinde oder Bevölkerung einfach in ein Quartier gebracht werden, in Zukunft von Ihnen unterlassen wird?

Präsidentin Verena Dunst: Ich kann nur noch einmal wiederholen, ich kann die Frage nicht zulassen. Sie wurde trotzdem vorhin schon beantwortet und daher bitte zur nächsten Frage. Das ist die zweite Zusatzfrage. Herr Abgeordneter, ich nehme an, Sie werden die stellen.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Ja, sehr geehrte Frau Landesrätin! Auch in Wörterberg ist es vor ein paar Monaten zu einem ähnlichen Fall gekommen.

Ohne Information an die Gemeinde oder die Bevölkerung wurde ein Asylquartier reaktiviert. Sie haben dabei von einem Kommunikationsproblem im Land gesprochen. Offenbar sind diese nach wie vor, siehe Beispiel Oberschützen, nicht bereinigt. Wie wollen Sie diese Kommunikationsprobleme in Zukunft verhindern?

Präsidentin Verena Dunst: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich darf Ihnen vorweg einmal das Prozedere erklären, wie das funktioniert.

Ich habe diese Frage schon einmal beantwortet. Es ist so, wenn ein Quartier, nicht ein NGO-Quartier, sondern auch ein privates Quartier, wenn ein Quartier eröffnet wird, dann ist es natürlich wichtig, dass man Gespräche mit dem Bürgermeister oder mit der Bürgermeisterin sucht.

Ich habe auch das schon erwähnt, es ist wichtig, dass der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin weiß, wie viele Personen an Asylwerbern in diese Unterkunft kommen und auch, sage ich einmal, die Art der Asylwerber. Das heißt, ich habe das vorhin erwähnt, allein reisende Frauen, allein reisende Männer, minderjährige unbegleitete Flüchtlinge oder ob es sich um Familien handelt.

Das heißt, der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin weiß Bescheid, wie die Kapazität in der Unterkunft ist. Der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin weiß Bescheid, welche Personengruppe kommt. Und dann läuft das Prozedere im Prinzip so ab, dass wir, man kann sich das vorstellen es besteht eine Datenbank, wo der Bund Asylwerber, ich sage es jetzt einmal so, anbietet den Ländern und die Länder können dann die Asylwerber aufnehmen.

Das heißt, wir können dann als Land schauen, wo können wir Asylwerber welchen Quartieren auch dementsprechend zuteilen. Das heißt, das zuständige Referat schaut sich dann die Einteilung der Asylwerber an. Uns ist es immer wichtig, auch das habe ich vorhin betont, dass wir kleine Quartiere wählen, kleine Einheiten, weil es wichtig ist, dass wir auch eine Art von Konsistenz bei den Asylwerbern schaffen.

Dann ist es so, dass der Bund den Transport der Asylwerber zu den Quartieren organisiert und der Quartiergeber uns wiederum informiert, wie viele Asylwerber angekommen sind und eben auch welche Form von Asylwerbern angekommen sind, eben unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, Frauen, Familien, et cetera.

Präsidentin Verena Dunst: Frau Landesrätin! Ich muss Sie leider unterbrechen, Zeitablauf!

Das war die zweite Zusatzfrage. Gibt es zu diesem Thema jetzt noch von jemandem eine Klubfrage? - Das ist nicht der Fall.

Dann darf ich zur nächsten Frage kommen, zur nächsten Fragerunde. Nun ist ein Abgeordneter des Landtagsklubs der SPÖ dran. Wer wird diese Frage stellen?

Jawohl, bitte Frau Abgeordnete Stenger.

Abgeordnete Bed Rita Stenger (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Vor knapp einem Jahr beschloss der Burgenländische Landtag einstimmig das neue Burgenländische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz. Dadurch wurde ein Meilenstein im elementarpädagogischen Bereich gesetzt, der österreichweit in dieser Form einzigartig ist.

Durch den beitragsfreien Gratis-Kindergarten, der Verringerung der Schließtage und durch eine flächendeckende Ferienbetreuung in den Gemeinden, konnten tausende burgenländische Familien entlastet und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf erzielt werden.

Welche Erkenntnisse haben Sie nun ein Jahr nach der Einführung dieser wichtigen familien- und bildungspolitischen Maßnahme?

Präsidentin Verena Dunst: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Vielen Dank für diese für mich sehr wertvolle Frage. Der Gratis-Kindergarten hat für mich einen wesentlichen Beitrag oder Aspekt dargestellt, wenn es um das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht. Es ist ein Meilenstein, wir sind das einzige Bundesland, die hier wirklich ein Bildungssystem haben, wo alle Bildungseinrichtungen, von der Kinderkrippe weg bis zur Fachhochschule beitragsfrei sind.

Für mich ist es auch ein ganz wichtiger Schritt in der Stärkung der Elementarpädagogik. Ich habe auch das schon erwähnt, für mich ist der Elementarpädagogikbereich ein wirklich wesentlicher Bereich in den Bildungseinrichtungen, weil er wirklich den Grundstein bei den Kindern im Bildungsbereich seitens der Grobmotorik, der Feinmotorik, legt. Ich habe das schon oft erwähnt, et cetera.

Und hier leisten wir wirklich einen wertvollen Beitrag auch für Familien, was die Entlastung, also die finanzielle Entlastung betrifft. Wir haben die Schließtage verringert. Das ist enorm wichtig für Familien die auch arbeiten gehen.

Und ein Thema von ganz großer Bedeutung war das Thema der Ferienbetreuung. Hier sind wir auch einzigartig im Bundesland. Der Bedarf wird erhoben seitens der Gemeinden. Ich möchte mich hiermit auch ganz herzlich bei den Gemeinden bedanken, die das wirklich toll umgesetzt haben. Wir haben gemerkt, oder die Gemeinden haben auch gemerkt, wie wichtig es für die Familien in den Gemeinden ist, die Ferienzeiten zu erheben und die Ferienbetreuung auch dementsprechend anzubieten.

Das haben wir nicht nur im Kindergartenbereich gemacht, sondern die Ferienbetreuung gibt es auch für Schülerinnen und Schüler im Volksschulbereich, im Mittelschulbereich.

Wir haben eine Umstellung gemacht bei der Förderung, nämlich von einer Gruppenförderung auf eine Personalkostenförderung. Die Förderung seitens des Landes

beträgt um die 35 Millionen Euro, das heißt, rund 60 Prozent der Personalkosten in den Gemeinden werden seitens des Landes gefördert.

Warum war es uns wichtig, dass wir umstellen auf eine Personalkostenförderung? Weil wir merken, dass natürlich gerade im Bildungsbereich das Personal, das heißt pro Kopf ein ganz ein wesentlicher Faktor ist und umso kleiner, umso wesentlicher ist es natürlich, dass wir hier mehr Personal in den Kindergärten, in den Kinderkrippen investieren, weil die Qualität der Bildung natürlich auch in den Bildungseinrichtungen dadurch steigt.

Ziel ist es natürlich auch den Personalschlüssel in den Bildungseinrichtungen auch demensprechend zu erhöhen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsidentin Verena Dunst: Danke schön. Die erste Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete Stenger.

Abgeordnete Bed Rita Stenger (SPÖ): Danke schön. Wie sehen die Erfahrungswerte und Rückmeldungen aus den burgenländischen Gemeinden und Familien zur Einführung dieses Gesetzes aus?

Präsidentin Verena Dunst: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler (SPÖ): Frau Abgeordnete! Vielen Dank. Wir haben natürlich in Zeiten vor Corona, wie es noch leichter war in die Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen zu fahren und in die Gemeinden zu fahren, wirklich sehr viele Besuche in Kindergärten, in Kinderkrippen, in Gemeinden, aber auch in Schulen durchgeführt. Natürlich ist es wichtig, wenn wir so ein, sage ich einmal, ein neues Gesetz beschließen, dass wir dann auch die Erfahrungen mitnehmen.

Und natürlich habe ich auch bei den einzelnen Besuchen in den Gemeinden, in den Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen Gespräche gesucht. Gespräche natürlich gesucht mit den Verantwortlichen in den Gemeinden, den Bürgermeisterinnen, den Bürgermeistern und ganz wichtig natürlich mit dem Personal vor Ort, mit den Kindergärtnerinnen, mit den Kindergärtnern, den Helferinnen, den Helfern und natürlich auch mit den Eltern.

Das ist ganz wichtig, dass wir diesen Aspekt aus allen Perspektiven betrachten. Natürlich haben alle Personengruppen ihre unterschiedlichen Interessen und dies ist natürlich auch wichtig auch wiederum zu bewerten und einfließen zu lassen in das Gesetz. Am Anfang hat es natürlich auch einige organisatorische Fragen gegeben, das ist klar. Bei so einem neuen Gesetz gestalten sich viele Themen rund um die Ferienbetreuung, rund um die Schließzeiten, et cetera.

Aber, und da möchte ich mich auch ganz herzlich bei meiner Abteilung 7 im Bildungsbereich bedanken, sie haben da wirklich als Serviceeinrichtung viel Wertvolles geleistet. Sie sind mit vielen Fragen konfrontiert worden und haben da wirklich auch tolle Hilfestellungen gegeben.

Ja, wir merken auch viele, sehr viele positive Rückmeldungen von Familien. Vor allem in den Bereichen, wo sie wirklich stark finanziell entlastet wurden von den Gemeinden. Wir haben da wirklich teilweise Entlastungen von rund 3.000 Euro pro Jahr. Jetzt geht es aber auch darum, dass die Gemeindeverantwortlichen aktiv mitgestalten was zu tun ist. Was gehört beim Evaluieren und beim Novellieren dann? Was gehört geändert? Was ist gut? Was läuft vielleicht nicht so gut?

Natürlich bitten wir auch die Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen, Helferinnen und Helfer, dass sie uns sagen was toll läuft, gibt es Dinge, die vielleicht nicht so ganz toll laufen.

Das sind wesentliche Aspekte, die uns jetzt in der Evaluierung auch beschäftigen werden. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsidentin Verena Dunst: Danke Frau Landesrätin. Frau Abgeordnete Stenger, Ihre zweite Zusatzfrage bitte.

Abgeordnete Rita Stenger, BEd (SPÖ): Meine zweite Frage lautet:

Welche Maßnahmen darüber hinaus haben Sie im elementarpädagogischen Bereich gesetzt oder werden Sie in den kommenden Jahren setzen?

Präsidentin Verena Dunst: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete, vielen Dank. Im Kindergartenbereich gibt es sehr viele Themen oder Maßnahmen, die mich interessieren, weil es, wie ich schon erwähnt habe, ein sehr wichtiger Bereich für mich ist. Gerade, wenn es um die Sprache geht, merken wir, dass wir die frühsprachliche Förderung ausbauen möchten, dass wir auch Sprachkompetenzzentren einführen möchten. Alles, was um das Thema Sprache geht, ist sehr wesentlich für unsere Kinder dann auch weiterführend im Bildungsbereich, in der Schule.

Das heißt, wir wollen sie wirklich auf diese Bereiche dann, auf die weiterführenden Aspekte in der Schule und auch auf das Lesen, et cetera vorbereiten.

Natürlich macht es auch vorm Kindergarten nicht halt, die Digitalisierung wird auch im Kindergarten Einzug nehmen. Wir haben eine Kindergarten-App, eine Kinder-Eltern-App, erstellt, wo wir gerade dabei sind, beziehungsweise mit der Testphase bereits am Ende sind und diese dabei sind, gerade die Schulungen der Pädagoginnen und Pädagogen, Helferinnen und Helfer vorzunehmen.

Hier handelt es sich eigentlich um ein Kommunikationstool, wo Nachrichten an die Pädagoginnen und Pädagogen versendet werden können, aber auch an die Eltern.

Ganz wichtig ist mir zu betonen, dass es sich um kein Chat-Tool handeln soll, aber sich eigentlich eine einfachere Verwaltung und Kommunikation mit den Eltern darstellen soll.

Ein nächster Punkt wäre, oder eine nächste Maßnahme wäre natürlich aus wirklich qualitativer Hinsicht auch die Übernahme des Kindergartenpersonals in das Land. Aber hier gibt es natürlich auch noch Verhandlungen, das ist Inhalt des Gemeindepaketes, und da gibt es diesbezüglich noch Verhandlungen mit dem Herrn Landeshauptmann. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsidentin Verena Dunst: Danke Frau Landesrätin. An die Klubs die Frage, wer möchte zu diesem Themenkomplex von den Klubs noch fragen? – Bitte Herr Abgeordneter Handig.

Abgeordneter Gerald Handig (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Wir sind ja jetzt im Kindergartenbereich und haben das Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz angesprochen. Im § 4 Versorgungsauftrag steht unter anderem geschrieben, dass die Kindergartenerhalter biologisches Essen anbieten müssen. Dazu gibt es den 50-prozentigen Anteil bis 2021 und den 100-prozentigen Anteil bis Ende 2024.

Mir fehlt die Konkretisierung 2021. Könnten Sie mir ein konkretes Datum geben, bis wann die Erhalter den 50-Prozent-Anteil stellen müssen?

Präsidentin Verena Dunst: Herr Abgeordneter, hier gibt es natürlich eine Misszuständigkeit. Aber ich nehme an, weil es eben um verschiedene Zuständigkeiten bei Bio geht, Agrar und so weiter, Kollegin Landeshauptmann-Stellvertreterin Eisenkopf. *(Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag.a Astrid Eisenkopf: Ende 2021. Ende!)*

Aber was jetzt die genaue Umsetzung in den Kindergärten ist, wird die Frau Landesrätin Winkler sicher beantworten. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber für das Kindergartengesetz ist sie schon zuständig?)* Alles gut.

Herr Abgeordneter Handig, Sie bekommen Ihre Antwort.

Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wenn ich kurz vorweg auf das Bioessen eingehen darf. Das Bioessen oder das Essen ist ein ganz wertvoller Bestandteil für unsere Kinder, für unsere Jugendlichen auch. Wir wissen aus den Erfahrungen, dass sehr viele Kinder im Kindergarten oder auch in den Schulen fast täglich in Bildungseinrichtungen essen, und daher ist uns das Essen in Bioqualität auch von enormer Bedeutung.

Nun zu Ihrer konkreten Frage. Wir planen natürlich, dies rasch umzusetzen. Der 50-prozentige Anteil an Bioessen wird mit Ende des Jahres 2021 quasi geführt werden.

Präsidentin Verena Dunst: Danke Frau Landesrätin. Hat ein weiterer Klub zu diesem Thema noch eine Frage? - Das ist nicht der Fall.

Ich darf zur nächsten Fragerunde kommen. Nunmehr ist der Landtagsklub der GRÜNEN mit der Hauptfrage an der Reihe.

Frau Klubobfrau, Sie sind am Wort.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Vorweg eine Beruhigung, also ich nehme die Fragestunde wirklich sehr ernst, mit Fragen, die mir halt sonst noch nicht beantwortet wurden. Sie müssen nicht hinter jeder Frage sofort eine Kritik oder eine geheime Attacke hier versuchen, herauszufinden.

Ich habe Informationsfragen an Sie jetzt im Bereich Covid-19 und Schule. Ist Landeskompetenz, Frau Präsidentin.

Im § 25 Abs. 1 und 2 der Covid-19-Schulverordnung - das müssen Sie nicht alles auswendig wissen, deswegen lese ich es vor, ich beziehe mich nur nachher darauf, deswegen lese ich es jetzt vor: Um größere Personenansammlungen zum Unterrichtsbeginn zu vermeiden, kann die Schulbehörde oder die Schulleitung den Unterrichtsbeginn für einzelne Schularten, Schulen, Abteilungen oder Fachrichtungen sowie Klassen unterschiedlich festlegen.

Auch die Pausenzeiten können gestaffelt werden, mit dem Ziel, die Hygienebestimmungen gut einhalten und die Durchmischung so gering wie möglich halten zu können. Das ist sehr sinnvoll, um Ansammlungen an den Eingängen der Schulen und in den Garderoben zu vermeiden.

Werden Sie den gestaffelten Unterrichtsbeginn im Burgenland festlegen? Sie können das ja dann machen - per Verordnung.

Präsidentin Verena Dunst: Bitte Frau Landesrätin. Bitte einfach auseinanderhalten - Bund, Land, aber das können Sie sicher am besten erklären, und dann bitte beziehend auf die Landeszuständigkeit.

Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler (SPÖ): Sie meinen jetzt die Staffelung nach der Zeit, oder? Wann die Beginnzeit der Schule ist? Ja, da gibt es Vorschriften

natürlich seitens des Bundes, wie die Beginnzeiten sind, und diese Regelungen können natürlich auch vor Ort in den Schulen getroffen werden.

Bei einem gestaltet es sich einfacher, bei den anderen Schultypen natürlich schwieriger. Gerade wenn es um das Thema geht, wie komme ich mit dem Transportmittel, also mit dem Bus oder mit dem Zug, hin, dann gestaltet sich das natürlich oft schwierig. Da muss man auf die Zugverbindungen, auf die Busverbindungen schauen. Dann bringt es natürlich auch oft nichts, wenn man dann eine Stunde später den Unterricht startet, weil dann müssen trotzdem die Kinder gemeinsam mit dem Bus oder mit dem Zug zur Schule gebracht werden.

Das heißt, da würde ich keine Ansammlung an Schülerinnen und Schülern vermeiden. Das muss man sich wirklich im Detail vor Ort ansehen. Das müssen sich die Schulen, die Direktionen vor Ort ansehen, wie weit dies möglich ist, wie weit es sinnvoll ist.

Bei den Volksschulen zum Beispiel weiß ich, dass viele Schulen getrennte Eingänge zum Beispiel verwenden. Dass bei dem einen Eingang die Klasse 1 und 2 hineingeht und bei dem anderen Eingang die Klasse 3 und 4, zum Beispiel.

Wie gesagt, das muss man wirklich von Schule zu Schule, von Standort und natürlich von der Region auch unterscheiden, was möglich ist.

Natürlich ist es sinnvoll, in Zeiten wie diesen, dass wir Ansammlungen vermeiden, das ist ganz klar. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsidentin Verena Dunst: Frau Abgeordnete, Ihre erste Zusatzfrage bitte.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Ich habe zitiert aus einem Verordnungstext des Bundes, und da drinnen steht, Frau Präsidentin, dass die Schulbehörde, die Schulleitung den Unterrichtsbeginn festlegen kann. Nur zur Klarheit.

Werden Sie sich offensiv dafür einsetzen, dass überall dort, wo es möglich und sinnvoll ist, in dem Sinne, wie Sie es vorher erläutert haben, werden Sie sich einsetzen dafür, dass es dann gestaffelte Schulen, einen gestaffelten Schulbeginn gibt?

Präsidentin Verena Dunst: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler (SPÖ): Ich habe das, glaube ich, eh schon vorhin formuliert, das werde ich nicht entscheiden, sondern entscheiden werden das wirklich vor Ort die Pädagoginnen und Pädagogen, die Direktionen, wie weit es sinnvoll ist.

Ich möchte mich da wirklich ganz herzlich bedanken, die Direktorinnen und Direktoren, Pädagoginnen und Pädagogen, und das gesamte Schulpersonal hat in den letzten Wochen, in den letzten Monaten, wirklich ganz, ganz Hervorragendes geleistet und haben sich sehr bemüht, dass alle Hygienebestimmungen, et cetera, wirklich bis ins kleinste Detail auch eingehalten werden.

Sie haben sich auch bemüht, wenn es um Staffellungen geht. Wenn es eben darum geht, um die Ein- und Ausgänge. Ich glaube, da muss nicht noch mehr - sage ich einmal - Druck ausgeübt werden, die wissen schon, was gut ist vor Ort in den Schulen, und eine gewisse Schulautonomie vor Ort ist auch notwendig, damit sie - sage ich einmal - mit diesem Thema umgehen können.

Ich glaube, draußen vor Ort - die Pädagoginnen und Pädagogen und die Direktionen - wissen, für was wir uns einsetzen und dass es notwendig ist. Ich glaube, da

braucht es nicht noch zusätzlich einen Appell, den Sie so gerne hätten. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsidentin Verena Dunst: Bitte Ihre zweite Zusatzfrage.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Es geht um Klarheit und Orientierung, das ist der Punkt, auch für viele Schulen. Dem Lob der Pädagoginnen und Pädagogen und Schulleitungen kann ich mich anschließen.

Noch eine Frage zu Covid-19. Es ist ja jetzt auch in vielerlei Hinsicht oft sinnvoll, größere Räumlichkeiten zu nutzen, Gemeindesäle, ein leerstehender Konzertsaal, weil ja dort die Veranstaltungen nicht stattfinden können. Das ist grundsätzlich möglich, bedarf aber auch einer rechtlichen Grundlage des Landes, weil das dann in Landeskompetenz ist. In anderen Landtagen wird das jetzt gerade diskutiert und Anträge gestellt.

Aber mir geht es jetzt gar nicht darum, da jetzt einen Antrag zu stellen, lange zu diskutieren. Sondern ich frage Sie einfach:

Werden Sie auch da eine rechtliche Grundlage schaffen, dass die Gemeinden hier dann mit ihren Schulen vor Ort schauen können, wo kann denn eine Schulklasse auch in einen größeren Saal ausweichen?

Präsidentin Verena Dunst: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Sie haben sich im Prinzip die Frage eh schon selbst beantwortet. Das ist ein rechtliches Thema, um was es sich hier handelt. Und nachdem das eine Aussendung direkt an die Gemeinden auch war, dass sie Räume zur Verfügung stellen sollen, sehr viele Gemeindeverantwortliche sich dann auch sofort mit dem Thema auseinandergesetzt haben, und gleich gesucht haben, nach Räumlichkeiten, wobei da eigentlich keine rechtliche Information mitgeliefert wurde.

Also ich sehe das wirklich sehr - sage ich einmal - kritisch, weil, wenn man jetzt einfach sagt, als Gemeindeverantwortlicher, man nimmt eine Klasse heraus, setzt sie jetzt in einen Gemeindesaal, dann sagt das Pflichtschulgesetz im Prinzip, dass dieser Raum quasi abgenommen werden muss, per Bescheid, von der Bildungsdirektion.

Wie Sie wissen, ist das geregelt in einem Gesetz, und so schnell kann das jetzt nicht abgeändert werden, dass also jetzt am 07. Dezember in einer anderen Räumlichkeit damit gestartet wird.

Man muss dann auch dementsprechend informieren, nicht nur in einem Brief, wo man sagt, bitte stellt Räumlichkeiten zur Verfügung, sondern auch über die rechtlichen Konsequenzen informieren.

Das heißt, wenn etwas passiert, vor Ort, in den Räumlichkeiten, sei es jetzt in einem Gemeindesaal, wo vielleicht ein Kasten nicht ganz befestigt worden ist, dann haftet diesbezüglich der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Deswegen brauchen wir die Verordnung im Land.)* Das möchte ich einmal festhalten.

Dann natürlich ist die Frage, so einfach ist das nicht, es müssen diese Dinge alle abgenommen werden. Die Räumlichkeiten müssen sich angesehen werden. Und dann ist natürlich auch die Frage, wenn man schon irgendeine Verordnung macht, wer haftet dafür?

Das ist auch seitens des Erlasses des Bundes explizit geregelt, dass man sich die rechtlichen Möglichkeiten oder die rechtlichen, gesetzlichen Bestimmungen ansehen soll. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsidentin Verena Dunst: Danke schön. Ich komme zu den Klubfragen. Gibt es zu diesem Schwerpunktthema noch Klubfragen? - Das ist nicht der Fall.

Dann darf ich gleich weitergeben an die FPÖ, an den Landtagsklub der FPÖ. Sie stellen, Herr Abgeordneter MMag. Petschnig, die Hauptfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Danke Frau Präsidentin. Sehr geschätzte Frau Landesrätin! Die Corona-Pandemie stellt für Schülerinnen und Schüler im Pflichtschulbereich eine besondere Herausforderung dar. Die Vorgaben vom Bildungsminister Faßmann haben dazu für zusätzliche Verwirrung gesorgt, wie Sie selbst in einer Presseaussendung beklagt haben.

Dazu stelle ich folgende Frage: Wie wurde im Burgenland dafür Sorge getragen, dass ein Fortbetrieb des Unterrichts auch in Zeiten des Lockdowns reibungslos - oder ich verbessere vielleicht -, möglichst reibungslos möglich ist?

Präsidentin Verena Dunst: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Auch hier möchte ich mich bedanken für diese wirklich schöne Anfrage. (*Heiterkeit bei der ÖVP*) Wir haben im Burgenland wirklich sehr viel geleistet, wenn es um das Thema Covid-19 geht.

Die Kritik habe ich natürlich dahingehend geäußert, vielleicht darf ich die mal erklären. Wir haben in den letzten Wochen, sage ich einmal, alle zwei Wochen einen Abstimmungstermin mit dem Herrn Minister gemacht, per Videokonferenz. Und alle Länder, inklusive das Ministerium und der Herr Minister Faßmann, haben sich dafür ausgesprochen, dass die Schulen offen bleiben, weil es eine Bildungseinrichtung ist und für unsere Kinder essentiell ist, weiter in die Schule zu gehen, auch die sozialen Kontakte dementsprechend mit Gleichaltrigen zu haben.

Einen Tag später, obwohl sich alle Länderverantwortlichen, das Ministerium, auch der Herr Minister für das Offenhalten von Schulen ausgesprochen haben, wurde seitens des Bundeskanzlers das Schließen - wobei geschlossen ist sie ja de facto nicht gewesen, aber das Schließen von Schulen verkündet worden.

Was haben wir im Burgenland alles gemacht? Wir haben auch für den schulischen Bereich und für den Kindergartenbereich eben das Hygienehandbuch erstellt. Wir haben auch wöchentlich Informationsaustausch mit den zuständigen SQMs, den Schulqualitätsmanagern, weil es natürlich wichtig ist, Feedback zu erhalten, was tut sich vor Ort, wie gehen wir damit um.

Wir sind im Digitalisierungsbereich Vorreiter bei dem Thema, wir haben sehr gute Anwendungen mit „Scoolly“ und LMS, wo wir wirklich die Schülerinnen und Schüler auch erreichen können.

Ganz wichtig war es natürlich, um die technischen Möglichkeiten nutzen zu können, dass wir die technischen Endgeräte zur Verfügung stellen.

Das heißt, wir haben sofort seitens der Bildungsdirektion den Bedarf in den Schulen erhoben und dann die technischen Endgeräte natürlich auch an die Schülerinnen und Schüler ausgeliefert. Wir bereiten jetzt auch vor, mobile Teams im Bereich der Antigen-Testungen.

Das heißt, wir werden uns noch weiterhin beschäftigen müssen mit dem Thema Covid an Schulen, und hier müssen wir natürlich vorbereitet sein. Das ist ein ganz ein wesentlicher Faktor.

Das heißt, wir werden hier mobile Teams einsetzen, die Antigen-Testungen, also Schnelltestungen, auch durchführen können. Ganz wichtig ist es mir auch, zu betonen, dass das nicht nur in Schulen passieren soll, sondern hier habe ich auch Zuständigkeiten im Land. Obwohl ich nicht für die Gesundheit zuständig bin, ist es mir auch wichtig, dass es reibungslos in den Kindergärten und -krippen funktioniert. Auch hier haben wir die Anschaffungen von Antigen-Testungen veranlasst.

Wie das weitere Prozedere dann ist, das werden wir dann auch im Laufe der nächsten Woche bekannt geben, wie das dann in den Kindergärten und Kinderkrippen abläuft.

Wir haben uns auch ganz klar für Gripeschutzimpfungen für das Schulpersonal, für das Kindergartenpersonal ausgesprochen. Der Bund hat die Impfstoffe zur Verfügung gestellt. Leider sind sie noch nicht da, versprochen wurden sie mit Anfang Dezember.

Laut Ministerium heißt es jetzt, sie versprechen es jetzt mit 15. Dezember. Wir hoffen, dass sie so kommen. Wir haben im Land die gesamte Organisation der Impfmöglichkeiten in den Schulen für unser Schulpersonal übernommen.

Das heißt, die Impfungen erfolgen von der KRAGES in den Schulen, und gleichzeitig haben wir das natürlich auch übernommen für das gesamte Kindergartenpersonal, obwohl das Kindergartenpersonal nicht bei uns angestellt ist.

Im Land ist es uns wichtig, eben auch einen reibungslosen Ablauf im Kindergarten zu gewährleisten, und daher stellen wir auch das für das Kindergartenpersonal - die Durchführung der Impfung - im Prinzip zur Verfügung.

Ganz stolz sind sie, das habe ich hier schon erwähnt, eben auf unsere Vorbereitung im digitalen Bereich. Also wir merken, auch im Vergleich zum ersten Lockdown, gibt es wesentliche Verbesserungen, was das Unterrichten, das digitale Unterrichten betrifft.

Wir haben sehr viele Schulungen im Sommer mit den Pädagoginnen und Pädagogen durchgeführt, wie das Unterrichten eben auf digitale Art und Weise funktionieren kann, und das merken wir jetzt enorm. Wir haben wirklich, ich meine, positiv ist natürlich diese Art des Unterrichts nicht, aber wir haben positive Rückmeldungen von Familien, dass es echte Qualitätssteigerungen in dem Bereich gegeben hat.

Ich bemerke das auch persönlich, muss ich sagen, bei meinem Sohn, dass Kinder sich eingestellt haben, dass sich die Pädagoginnen und Pädagogen auf diese Art und Weise eingestellt haben.

Trotzdem bin ich natürlich der Meinung, dass ein Präsenzunterricht nicht ersetzt werden kann, weil eben so vieles für die Kinder notwendig ist, auch in der Bildung, dass sie vor Ort sind, aber auch die sozialen Kontakte, die mir persönlich, oder diese soziale Drehscheibe, wie ich sie immer nenne, die von sehr großer Bedeutung sind. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsidentin Verena Dunst: Danke. Ihre erste Zusatzfrage Herr Abgeordneter.

Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Sehr geschätzte Frau Landesrätin! Dennoch gibt es immer wieder kritische Stimmen und Sie vernehmen diese

sicher auch, dass die Ausbildung der aktuellen Schulpflichtigen stark unter den verordneten Maßnahmen leidet.

Können Sie sich über die Aspekte, die Sie uns jetzt bereits zur Kenntnis gebracht haben, noch zusätzliche Unterstützungsangebote des Landes für die Schulen beziehungsweise für die schulpflichtigen Kinder vorstellen?

Präsidentin Verena Dunst: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich meine, das habe ich eh erwähnt. Natürlich kann ein digitales Unterrichten niemals den Präsenzunterricht ersetzen. Das ist ein ganz ein anderer Unterricht und es ist auch natürlich, dessen müssen wir uns bewusst sein, jeder, der Kinder in der Schule hat, weiß, Homeschooling und Homeoffice ist gleich quasi sehr schwer machbar.

Natürlich, umso selbständiger die Kinder sind, umso selbständiger sie Themenbereiche erarbeiten und ihre Hausübungen auch von zu Hause erledigen, umso einfacher ist es. Wir wissen natürlich auch, dass das Thema der technischen Endgeräte eine Schwierigkeit ist. Viele Eltern benötigen ihre eigenen technischen Endgeräte fürs Arbeiten und natürlich, wenn man zwei Schulkinder hat, wird es da schon schwierig.

Wir haben geschaut, dass wir eben wirkliche - wir haben 300, rund 370 Endgeräte, die wir zur Verfügung gestellt haben. Was wir natürlich auch machen werden, damit wir weitere Maßnahmen setzen, dass wir die Serverleistungen ausbauen. Es geht aber auch darum, dass wir Verhandlungen führen beziehungsweise bereits in Verhandlungen sind, um weitere technische Endgeräte anzuschaffen, weil das das A und O von zu Hause ist. Die Kinder brauchen das, um weiter lernen zu können.

Wir setzen ganz stark weiterhin in den Ausbau der Online-Schulungen. Die Up- und Downloadgeschwindigkeiten müssen erhöht werden. Und wir schauen auch darauf, dass wir zusätzliches Lehrpersonal bekommen, weil natürlich durch gewisse Ausfälle, die passieren, auch durch Kontaktpersonenmanagement, es einmal knapp werden kann.

Das heißt, wir haben Lehrerausschreibungen gestartet. Wir haben auch einen kleinen Personalpool zusammengestellt, wenn es wirklich quasi knapp wird. Das sind die Möglichkeiten, die uns zur Verfügung stehen.

Aber nochmals - zusammenfassend: Niemals kann der digitale Unterricht und das Unterrichten zu Hause den Präsenzunterricht ersetzen, und ich hoffe, dass so lange wie möglich die Schülerinnen und Schüler vor Ort in den Schulen unterrichtet werden können. Das ist mir persönlich ein sehr großes Anliegen.

Hier ist es natürlich auch notwendig, dass wir seitens des Bundes wirklich verstärkt darin investieren, dass die Schulen auch sicher gestaltet werden. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsidentin Verena Dunst: Her Abgeordneter Petschnig, bitte ihre zweite Frage.

Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Danke, sehr geehrte Frau Landesrätin, für diese Ausführungen. Eine weitere Zusatzfrage, die jetzt ein bisschen in eine andere Stoßrichtung geht. Sie planen ja, oder die Landesregierung plant, auch im Pflichtschulbereich sukzessive die Umstellung auf Biolebensmittel umzusetzen.

Und da meine Frage, die ich in einer Rede schon einmal thematisiert habe: Können Sie garantieren, dass diese Bio-Lebensmittel aus dem Burgenland oder zumindest aus Österreich kommen, was die Versorgungssicherheit betrifft?

Präsidentin Verena Dunst: Noch einmal ein Hinweis, Herr Abgeordneter, Sie wissen, dass das nicht nur reine Landeszuständigkeiten betrifft, aber die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin zuständig ist dafür.

Frau Landesrätin, möchten Sie dazu etwas sagen?

Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler (SPÖ): Ich möchte schon ein paar Punkte dazu sagen. Für die Umsetzung der Biothematik ist die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Astrid Eisenkopf zuständig - ich muss nur ein Schluckerl trinken, weil jetzt wird es ... (*Landesrätin Mag.a(FH) Daniela Winkler trinkt einen Schluck Wasser.*) - aber ich habe das schon vorher erwähnt in einer Anfragebeantwortung, dass das Thema des Bioessens für mich wirklich eine große Wertigkeit hat, weil eben viele Kinder in den Bildungseinrichtungen auch essen.

Wir haben seitens des Landes sehr viel Aufklärung, sehr viel Information darüber. Es gibt von der Abteilung 6 das GeKiBu, die ja wirklich in diesem Bereich sehr viel machen. Die mit den Verantwortlichen in den Kindergärten, in den Schulen auch sprechen, wie die Umsetzung erfolgen kann. Wie die Bio-Lebensmittel zu beschaffen sind, das ist natürlich von der Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Astrid Eisenkopf dann dementsprechend auch vorzustellen.

Wobei ich schon erwähnen möchte, dass wir sehr viele positive Beispiele in den Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen, auch in den Gemeinden, haben. Ich darf vielleicht ein Beispiel erwähnen, weil ich das wirklich hervorragend gefunden habe.

Das Beispiel in der Gemeinde Breitenbrunn. Hier haben sie eine eigene Küche. Die Köchin kocht in Bioqualität. Sie sagt, das ist kein Problem, die 50 Prozent, die bis Ende 2021 gefordert werden, jetzt zu erfüllen. Man merkt, sie kocht mit Liebe und Leidenschaft. Wir wissen eigentlich als Eltern, dass die Kinder gut ernährt werden.

Ich möchte vielleicht ein anderes Beispiel geben, das ich vor kurzem in einem Bericht gesehen habe, wo man dann wieder merkt, wie wichtig es ist, dass die Kinder mit Biolebensmitteln versorgt werden. Ganz kurz vielleicht erwähnt.

Der Bericht hat um das Putenfleisch gehandelt, das eigentlich als so „gesund“ propagiert wird, auch gesund ist, wenn es von Bioqualität ist, weil wenn nicht, dann haben wir im Bericht gesehen, dass Tiere oder die Puten mit Antibiotika quasi gefüttert werden. Und ich muss Ihnen ehrlich sagen, das ist nicht das, was ich für unsere Kinder haben möchte, dass sie Essen in dieser Qualität bekommen.

Daher Bioqualität in Schulen, in Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen wollen wir das anbieten, um auch unsere Kinder dementsprechend gesund zu ernähren.

Wir sehen auch, dass die Gemeinden hier auch wirklich kreativ werden in diesen Bereichen. Sie haben viele Sozialeinrichtungen wie Betreutes Wohnen. Und da gibt es sehr viele Ansätze in diesen Bereichen.

Vielleicht ist es mir noch wichtig zu betonen, dass wir als Land, weil immer dann da diese Preisfrage kommt „das kostet jetzt so viel das Bio und wir müssen jetzt um so viel mehr anbieten“. Uns ist es wichtig, dass wir die Kinder gesund ernähren. Daher haben wir seitens des Landes auch Fördermöglichkeiten für gesundes Essen geschaffen.

Das heißt, wir fördern die Eltern auch für gesundes Essen, abhängig natürlich vom dementsprechenden Einkommen. So viel zum Bioessen. (*Beifall bei der SPÖ*)

Präsidentin Verena Dunst: Danke Frau Landesrätin. Meine Damen und Herren, gibt es noch Klubfragen zu diesem Hauptkomplex? - Das ist nicht der Fall.

Es ist 10 Uhr 25 Minuten, damit ist seit 10 Uhr 24 Minuten die Fragestunde abgelaufen. Ich bedanke mich im Namen von Ihnen bei der Frau Landesrätin Mag.a(FH) Winkler für die Beantwortung.

Zugesagt ist auch, dass es hier noch eine schriftliche Mitteilung an den Herrn Klubobmann geben wird, da zu einer Frage Zahlen offengeblieben sind.

Ich darf in der Tagesordnung schon weitergehen.

Ich werde nunmehr die Sitzung unterbrechen und habe folgende Bitte. Die Mitglieder der Präsidialkonferenz bitte ich, gleich hier zu bleiben. Wir werden jetzt die Präsidialkonferenz zu mehreren Punkten abhalten, vor allem aber auch zur Zuweisung der offenen Vorlagen und darf dann bitten, dass wir um 11.00 Uhr mit den Ausschüssen weiter fortsetzen. Je nachdem, also 11.00 Uhr bitte Ausschusssitzungen. Das ist ja alles ausgeschickt worden.

Und um 12.15 Uhr, je nachdem wie lange die Ausschusssitzungen dauern, aber 12.15 Uhr wird dann die Landtagssitzung mit den zwei Dringlichkeitsanträgen eröffnet.

Wir sehen einander um 11.00 Uhr. Ich darf bitten, zur Präsidialkonferenz hierzubleiben.

(Die Sitzung wird um 10 Uhr 26 Minuten unterbrochen und um 12 Uhr 19 Minuten wieder fortgesetzt.)

Präsidentin Verena Dunst: Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Natürlich auch an jene gesprochen, die uns heute via Livestream begleiten. Ich darf die unterbrochene Sitzung wieder aufnehmen und wir kommen jetzt zum 2. Punkt der Tagesordnung.

2. Punkt: Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Roland Fürst, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Stopp der Pensionskürzungen und der Arbeitszeitverschlechterungen im Zuge der Covid-19-Krise (Zahl 22 – 286) (Beilage 396)

Präsidentin Verena Dunst: Das ist die Behandlung des Dringlichkeitsantrages der Landtagsabgeordneten Klubobmann Robert Hergovich, Dr. Roland Fürst, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Stopp den Pensionskürzungen und der Arbeitszeitverschlechterungen im Zuge der Covid-19 Krise, Zahl 22 - 286, Beilage 396.

Da die Behandlung geschäftsordnungsmäßig nach Erledigung der Tagesordnung, jedoch frühestens drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung zu beginnen hat, Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Robert Hergovich darf ich Ihnen das Wort zur Begründung der Dringlichkeit des gegenständlichen Antrages geben.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Vielen Dank Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich durfte gestern Vormittag einen sehr sympathischen Südburgenländer kennen lernen. Einen Südburgenländer, der mich ersucht hat, seine Geschichte heute zu erzählen und seine Geschichte darzulegen. Es handelt sich um Oswald Hager.

Oswald Hager ist 60 Jahre alt und er hat mit 15 Jahren eine Lehre als Elektriker begonnen und seit her zahlt Oswald Hager in die Pensionsversicherung ein. Er wollte mit 62 Jahren, mit insgesamt sage und schreibe 47 Arbeitsjahren, abschlagsfrei in Pension gehen.

Seine prognostizierte Pension bezeichnet er selbst mit rund 1.700 Euro brutto, also 1.680 Euro netto. Keine Luxuspension, ganz im Gegenteil. Es ist schwierig, mit dieser Pension auszukommen.

Oswald Hager hat aber die Rechnung ohne die ÖVP und ohne die GRÜNEN gemacht. Er hat nicht mit dem Pensionsraub der ÖVP und den Pensionsraum der GRÜNEN gerechnet. Er wird mit 62 Jahren, so sagt er, trotzdem in Pension gehen. Er wird trotzdem in Pension gehen, weil er seine Gesundheit auch benötigt. Er wird dafür 12,6 Prozent Abschläge seiner Pension verkraften müssen. ÖVP und GRÜNE haben seine Lebensplanung völlig verändert. Von einem Tag auf den anderen völlig auf den Kopf gestellt. (*Abg. Walter Temmel: 2019.*)

Nach eigenen Angaben rechnet er mit rund 200 Euro Einbußen, mit 200 Euro Pensionsraub und das pro Monat sein gesamtes Leben lang.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir wollen mit dieser Sonderlandtagsitzung, mit diesem Dringlichkeitsantrag, den Opfern dieses Pensionsraubes ein Gesicht und eine Stimme geben. Im Burgenland haben wir 1.500 Pensionsoffer zu beklagen. 1.500 Opfer, die den Pensionsraub von Grün und Schwarz, oder Türkis, zum Opfer fallen.

1.500 Personen, das entspricht in etwa einer durchschnittlichen burgenländischen Gemeinde, einer gesamten Gemeinde und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, jährlich, die zu beklagen ist. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Aber, es wurde nicht nur die Hacklerregelung abgeschafft, und hier massiv in ein Pensionssystem eingegriffen, nein, Grün und Schwarz gehen einen Schritt weiter. Sondern, sie haben auch die Schwerarbeiterregelung und sogar, dass muss man sich einmal vorstellen, die Invaliditätspension gekürzt.

Das ist ein Pensionsraub, meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Pensionsraub bei den Leistungsträgern in unserer Gesellschaft, denn das sind jene Menschen, die hart und fleißig arbeiten - und das über 45 Jahre hinweg. In unserem Fall 47 Jahre. Die Leistungsträger in unserer Gesellschaft werden bestraft. Sie werden, oder Teile von Ihnen, Ihrer Pension beraubt.

Durchschnittlich, so sagen die Experten, beläuft sich dieser Pensionsraub auf 360 Euro pro Monat, und das ein gesamtes Leben lang. Experten gehen davon aus, dass die jährliche Einbuße von 5.000 Euro zum Tragen kommt. Ich möchte auch drei Beispiele für burgenländische Opfer nennen.

Nämlich, ein 61jähriger, der an einem Herzinfarkt gelitten hat, der eigentlich mit 62 Jahren in Pension gehen wollte, Abschlagsfrei. Er wird das im Jahre 2022 auch tun, aber mit ordentlichen Abschlägen. All jene, die krank sind, wie hier eine Person mit einem Herzinfarkt, die nicht mehr arbeiten können oder sogar in die Pension gedrängt werden, haben mit Abschlägen zu rechnen.

Im schlimmsten Fall mit Abschlägen von sage und schreibe 13,8 Prozent. Schichtarbeiter, auch auf die hat man es abgesehen. Wenn ein Schichtarbeiter im Jahr 2022 mit 62 Jahren in Pension gehen will, so beklagt er 5,4 Prozent an Abschlägen. Das ist ein Pensionsraub der Sonderklasse.

Oder, ein Fleischhauer in einem Supermarkt hier in Eisenstadt. Er verkauft Fleisch an der Theke. Heute ist er 60 Jahre alt, der Pensionsantritt wäre am 01.12.2022, er verliert 12,6 Prozent seiner Pension. Das ist die Politik der ÖVP und der GRÜNEN, die massiv in die Lebensplanung von Menschen, die hart und fleißig arbeiten, eingreifen.

Das ist aber nicht nur eine persönliche Tragödie für den Einzelnen, der hier auf viel Geld verzichten muss, sondern es ist auch eine politische Fehlentscheidung. Eine derartige politische Entscheidung in der Covid-Krise zu treffen, ist sowohl wirtschaftspolitischer als auch arbeitsmarktpolitischer Unsinn.

Wirtschaftspolitischer Unsinn deswegen, weil die Wirtschaft jetzt die Kaufkraft benötigen würde, jetzt brauchen die Menschen Geld im Börsel, um es auszugeben, um Aufträge zu generieren, um den Wirtschaftsmotor am Laufen zu halten, damit sich etwas tut. Die Kaufkraft wäre jetzt notwendig, die nächsten fünf bis sieben Jahre, also ein wirtschaftspolitisches Eigentor, das hier die Bundesregierung Österreich beschert.

Es ist aber auch ein arbeitsmarktpolitischer Unsinn, denn viele werden es sich nicht leisten können, mit Abschlägen in Pension zu gehen. Sie sind gezwungen, weiter zu arbeiten, im Arbeitsprozess zu bleiben, weil sie diese Abschläge nicht verkraften können.

Was bedeutet das wiederum? Sie bleiben länger im Arbeitsprozess und die jungen und gut ausgebildeten Menschen kommen unter Umständen nicht zum Zug. Ich entlaste die Pensionsversicherung und belaste gleichzeitig die Arbeitslosengeldversicherung. Dieses Rechenbeispiel ist schon ein besonderes Kunststück dieser Bundesregierung. Die hat fleißigen Arbeitnehmern massiv geschadet.

Ich muss ganz offen sagen, mich überrascht das von der ÖVP nicht. Die ÖVP ist immer diejenige Partei, die die Wertschätzung von Menschen, die hart und fleißig arbeiten, vermissen lässt. Da bin ich nicht sonderlich überrascht, aber viel mehr bin ich überrascht, dass die GRÜNEN die Erfüllungsgehilfen dieses Sozialabbaus sind und solche derartigen Maßnahmen mittragen.

Ich habe vor zwei Tagen gelesen: Sind die GRÜNEN schon eine Teilorganisation der ÖVP, oder müssen sie noch ein Bewerbungsgespräch bei der JVP abhalten? Aber, dieser Gesamteindruck, der entsteht, denn alle Grundwerte, die vor der Regierungsbeteiligung hochgehalten wurden, die gibt es nicht mehr, die sind verschwunden, die sind weg.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Tragische dabei ist unser Bundeskanzler. Unser Bundeskanzler, der sich medienwirksam präsentiert und sagt: Koste es was es wolle! Wir haben alle diesen Satz noch gut in Erinnerung, denn er hat sich durchaus eingepreßt. Koste es was es wolle. Dieses gesprochene Wort das gilt bei Konzernen, bei großen Industriebetrieben und das gilt natürlich auch für die Bundesregierung. Aber, koste es was es wolle, gilt nicht bei allen.

Beispielsweise bei Menschen, die hart und fleißig arbeiten und über 45 Jahren hinweg Pensionsbeiträge in ihre eigene Pensionsversicherung einzahlen. Da gilt dieser Satz nicht mehr. Dazu muss man festhalten, dass diese Hacklerregelung, so sagen es die Experten, 30 Millionen Euro pro Jahr kosten würde, 30 Millionen Euro.

Bedauerndwert ist, dass sich diese Bundesregierung ein Körbergeld von 210 Millionen Euro geschaffen hat, um die eigene Regierungspropaganda zu promoten. Das ist schon ein besonderes Kunststück. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Wissen Sie, was man mit diesem Geld machen könnte? Man könnte beispielsweise sieben Jahre lang die Hacklerregelung finanzieren. Man könnte Tablets für alle Schülerinnen und Schüler in ganz Österreich organisieren und sie für das Homeschooling ordentlich vorbereiten. 210 Millionen Euro für ein Marketingbudget sind großartige Leistung.

Ich würde das nicht mittragen, sage ich Ihnen ganz offen. Die Menschen zu bestrafen, keine 30 Millionen Euro zur Verfügung zu haben für diejenigen, die hart und fleißig arbeiten. Denen bei Sonntagsreden applaudiert wird und sie gleichzeitig zu bestrafen und dann unverschämterweise sich noch ein Budget von 210 Millionen Euro für die eigene Regierungspropaganda zu gewähren, das ist ein besonderes Kunststück, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das ist unglaublich! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Besonders bemerkenswert war die Argumentation, warum man die Hacklerregelung abschafft. Da gab es das „Frauen, Männer-Märchen“. Sie alle haben im Kopf, wie Argumentiert wurde und auch hier möchte ich ein Beispiel bringen.

Oswald Hager hat mir erzählt, seine Frau Christine ist 60 Jahre alt. Sie ist Krankenschwester und sie geht mit Ende des Jahres in Pension. 60 Jahre ist die Frau Hager, sie geht in Pension. Sie hat Glück, ihr Mann hat Pech. Wissen Sie warum sie in Pension gehen kann? Weil man als Frau, Gott sei Dank, mit 60 Jahren noch - und die Betonung liegt auf noch - in Pension gehen kann. Männer nicht.

Jetzt sagt die Frau Schwarz, Abgeordnete zum Nationalrat, sinngemäß, die Hacklerregelung muss abgeschafft werden, weil Frauen nicht davon profitieren würden. Das ist ja jetzt ein besonderes Kunststück. Frauen brauchen, Gott sei Dank, noch keine Hacklerregelung, weil sie noch mit 60 in Pension gehen können. Das sind die Fakten, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Darum wundere ich mich, dass man hier so argumentiert. Aber, ab dem Jahr 2024 beginnt das Pensionsantrittsalter der Frauen halbjährlich zu steigen und spätestens mit dem Jahr 2033 sind Frauen den Männern gleichgestellt und beide können mit 65 Jahren nur mehr in Pension gehen.

Das bedeutet, diese Politik ist sowohl männer- als auch frauenfeindlich, weil Frauen nimmt man spätestens zu diesem Zeitpunkt die Möglichkeit, mit der Hacklerregelung in Pension zu gehen. Ein Skandal, wie man hier mit Frauen und mit Männern umgeht. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich war auch verwundert, dass die Klubobfrau der GRÜNEN, Regina Petrik, ähnlich argumentiert hat. Dass das die Frau Schwarz, die Frau Abgeordnete Schwarz, so übernimmt, das war mir klar, denn wenn es der Messias vorgibt, dann wird das heruntergebrochen bis zu den letzten Abgeordneten. Da wird nicht nachgefragt, da wird nicht überlegt, da wird das Märchen erzählt - auch wenn es nicht stimmt.

Aber, dass die GRÜNEN das so unreflektiert zur Kenntnis nehmen und genau damit argumentieren, das hat mich persönlich einigermaßen gewundert. Ich halte das für unglaublich schade. Das zeigt aber auch, dass es kaum einen Unterschied zwischen der ÖVP und den GRÜNEN in der politischen Ausrichtung gibt.

Alles, was davor hochgehalten wurde, ist vergessen, denn jetzt gibt es nur mehr die ÖVP Politik. Die spiegelt sich diesmal in einem Pensionsraub für Menschen nieder, die hart und fleißig über Jahrzehnte hinweg arbeiten und einzahlen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hätte nur einen Wunsch gehabt bevor der Nationalrat dieses unverschämte Gesetz beschlossen hat. Nämlich, dass jeder der Abgeordneten der GRÜNEN und der ÖVP nur 14 Tage, nicht mehr, 14 Tage mit einem Fliesenleger mitgehen arbeiten. Acht beziehungsweise zehn Stunden auf den Knien liegend quasi Fliesen verlegen oder mit einem Pflasterer mitgehen und dort auf den Knien die Pflastersteine in den Sand klopfen.

Das hätte ich mir gewünscht. Wissen Sie warum? Weil, glauben Sie mir, keiner dieser Abgeordneten, die dieses Gesetz beschlossen haben, hätte dann zugestimmt, wenn sie wissen würden, was Menschen leisten, die hart und fleißig jeden Tag arbeiten und auch ordentlich einzahlen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist unsere Botschaft ganz klar, 45 Jahre sind genug! Nach 45 Jahren harter und fleißiger Arbeit soll es jedem Menschen möglich sein, abschlagsfrei in Pension gehen zu dürfen. Das haben sich diese Menschen auch verdient, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir brauchen also eine neue Diskussion um ein gerechtes Pensionssystem, das brauchen wir, und wir brauchen auch einen Schutzschirm für fleißige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegen einen weiteren Sozialabbau. Ich befürchte, der steht nämlich an. Wenn man sich dieses Gesetz von der ÖVP und den GRÜNEN anschaut, dann wird mir angst und bange, was noch auf die Menschen zukommt, die die Leistungsträger in unserer Gesellschaft sind.

Leistung soll sich lohnen, meine sehr geehrten Damen und Herren. ÖVP und GRÜNE schauen darauf, dass sich Leistung nicht lohnt und das ist extrem bedauerlich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben heute eine Riesenchance. Wenn wir es zusammenbringen, ein deutliches Zeichen nach Wien zu schicken, dann hat das Gewicht. Denn sie müssen wissen, der Bundesrat hat gestern am Abend dieses Gesetz abgelehnt. Das wurde gestern im Bundesrat nicht beschlossen und es gibt noch eine Chance, dieses unverschämte Gesetz zu verhindern, denn, ich höre, es gibt in allen Landtagen Österreichs Initiativen, dieses Gesetz zu verhindern.

Niederösterreich hat das heute kundgetan. Die wollen denselben Beschluss fassen, den wir im Burgenland machen. Es gibt eine Solidaritätskundgebung der Bundesländer, denn der Bundesrat hat sich hier klar ausgesprochen. Wir könnten die Ersten sein, die ein klares Zeichen nach Wien senden und sagen, Leistung soll sich lohnen, 45 Jahre sind genug, da soll man abschlagsfrei in Pension gehen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Thema liegt mir noch am Herzen. Jetzt höre ich, die ÖVP und leider auch die GRÜNEN, denken darüber nach, am Sonntag die Geschäfte aufzusperren. Ich halte das COVID mäßig für einen Unsinn, aber ich halte es unverschämt, den Menschen gegenüber, die dort arbeiten müssen. Wenn die Sonntagsöffnung kommt, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann bin ich nur auf eines neugierig, nämlich, wie ÖVP und GRÜNE der Handelsangestellten folgendes erklärt:

Eine Handelsangestellte, die seit Monaten hinweg am Limit arbeitet, am Monatsletzten ein Gehalt bekommt, das so genug ist, das es sich gerade ausgeht, über die Runden zu kommen. Die Handelsangestellte mit Homeschooling zu Hause bei ihrem Kind noch belastet wird und wie man der und ihrem Kind erklärt, dass die Mama jetzt auch am Sonntag im Geschäft stehen soll. Nicht von Montag bis Samstag, sie soll jetzt auch am Sonntag im Geschäft stehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ein Funke des Anstands und der Solidarität mit jenen, die hart und fleißig arbeiten noch vorhanden ist, dann ersuche ich Sie, stimmen Sie diesem Dringlichkeitsantrag zu, denn das müssen wir geballt verhindern. So etwas darf ich Österreich nicht stattfinden. Das wäre eine reine Katastrophe.

Ich ersuche Sie daher um einen Schulterchluss, einen burgenländischen Schulterchluss im Sinne der Menschen, die hart und fleißig arbeiten mitzugehen und Wien auszurichten, wir wollen diesen Sozialabbau, wir wollen diese ungerechten

Maßnahmen nicht. Wir wollen, dass sich Leistung lohnt, 45 Jahre sind genug! Herzlichen Dank! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsidentin Verena Dunst: Geschäftsordnungsgemäß gehen wir nun in die Verhandlung des Dringlichkeitsantrages ein. Meine Damen und Herren! Daher darf ich als ersten Redner den Herrn Landtagsabgeordneten MMag. Alexander Petschnig ans Rednerpult bitten.

Bitte Herr Abgeordneter. *(Abg. Mag.a Regina Petrik zum Abg. MMag. Alexander Petschnig: Ich habe dich jetzt nicht verwirrt. – Abg. MMag. Alexander Petschnig: Doch! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Danke Frau Präsidentin. Entschuldigen Sie die andächtige Minute, mich hat das Schweigen der Kollegin Petrik verwirrt, weil ich doch gedacht hätte, nachdem man eine derartige Regelung mitbeschließt, dass man wenigstens Frau genug ist, hier herauszugehen und das in irgendeiner Weise zu erklären. Aber, gut, es sei dahingestellt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann mich in den allermeisten Ausführungen meinem Vorredner, dem Klubobmann Hergovich, voll inhaltlich anschließen. Es gibt ja unterschiedliche Regelungen. Wir haben gehört, die Invaliditätspension, die Schwerarbeiterregelung, insbesondere natürlich die Hacklerregelung, die unlängst über einen Beschluss des Nationalrates abgeschafft werden sollte und gestern vom Bundesrat noch einmal von rot-blau - interessanterweise auch mit einer Stimme von den NEOS, was ich persönlich nicht erwartet hätte, aber ich bin jetzt einmal freudig überrascht, vorübergehend verhindert worden ist, denn es ist ja nur ein suspensives Veto.

Das heißt, der Nationalrat kann natürlich einen Beharrungsbeschluss fassen, das hat aber der Klubobmann Hergovich bereits ausgeführt, und darum gebeten, das Signal aus den diversen Bundesländern, in unserem Fall halt aus dem Burgenland, möglichst laut erscheinen zu lassen, dass es so nicht geht.

Wenn man sich kurz die Genese der Hacklerregelung anschaut, dann war das im Jahr 2000, wenn ich mich recht erinnere, dass der damalige Bundesparteiobmann der FPÖ, Jörg Haider, und der damalige Sozialminister Herbert Haupt genau diese Regelung eingeführt haben. Sie ist mehrmals modifiziert worden, angepasst worden.

Manche Gesetze brauchen immer wieder Novellen, das ist keine Frage, aber es war schon damals unser zutiefst empfundene Überzeugung genau das was ja auch der Fokus Deiner Rede war, nämlich, das 45 Jahre genug sind und 45 Jahre abschlagsfrei genug sind beziehungsweise sein müssen.

Das waren damals schwierige Verhandlungen, wir haben es aber durchgedrückt. Wir haben es auch 2004 in einer für uns nicht ganz so einfachen Zeit bewahrt. Das wurde dann von SPÖ Bundeskanzler Gusenbauer und Faymann verlängert und wurde dann im Jahr 2013 nicht mehr verlängert. Ich nehme an, im Zuge der Regierungsbildung von rot und schwarz auf Druck der ÖVP. *(Abg. Walter Temmel: Pensionserhöhung.)*

Ich kann mich auch erinnern, dass es bei der Regierungsfindung 2017 zwischen ÖVP und FPÖ entsprechende Anträge von uns gegeben hat, entsprechende Beiträge von uns gegeben hat. Dem wollte man nicht nähertreten und es musste erst das Jahr 2019 mit einer Übergangsregierung und ohne ÖVP in der Bundesregierung kommen, das wiederum auf Antrag von SPÖ und von FPÖ, die ÖVP ist dann mitgegangen, weil es stand ja eine Nationalratswahl zwei Wochen später vor der Tür, noch schnell vor

Torschluss mitgegangen ist, damit man sich ja nicht die Wahlchancen zusammenzuhaut, damit man diese Regelung wiedereinführt. 2022 läuft sie jetzt wieder aus. Soviel zu bestimmten Begriffen, die heute bei der Geschäftsordnungsdebatte zu Beginn, aber auch sonst immer wieder fallen. Da ist viel von Ehrlichkeit die Rede gewesen, da ist immer wieder die Rede nach der Wahl soll das gelten, was vor der Wahl versprochen wird. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Hier sieht man, dass genau das nicht gilt, denn im September 2019 ist den Menschen versprochen worden, wir könnten mit 45 Jahren abschlagsfrei in Pension gehen.

Heute oder zumindest in diesen Wochen, richtet ihr und die GRÜNEN, teilweise auch die NEOS, da ist mir noch nicht ganz klar, auf welcher Seite die dastehen, den Menschen aus, nein, das gilt nicht mehr, das war eben zufälligerweise vor einer Wahl. Wer weiß, vielleicht kommt wiedermal eine Nationalratswahl, da können wir es wieder für ein Jahr oder auch nicht einführen.

Das ist keine ehrliche Politik, das ist keine nachhaltige Politik, das ist, aus meiner Sicht, ein widerliches Spiel mit Schicksalen einzelnen Menschen und zwar von jenen Menschen, die die Unterstützung von uns, nämlich von der Politik, am allermeisten nötig haben. Nämlich diejenigen, die 45 Jahre oder sogar mehr hart mit ihren eigenen Händen gearbeitet haben und das muss aufhören. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Das Ganze bekommt dann noch die Krone aufgesetzt. Da gibt es einen sogenannten Frühstarterbonus, die Abschläge also von diesen 4,2 Prozent pro Jahr, von denen Du gesprochen hast, werden wiedereingeführt. Dafür gibt man aber jenen, die zwischen 15 und 20 schon gearbeitet haben, das Arbeiten begonnen haben, 60 Euro pro Monat dazu.

Das ist natürlich eine relativ einfache Rechnung, denn Du hast richtig gesagt, die 60 Euro habe ich von meinen Informationen. Wenn ich den Leuten auf der einen Seite 350 Euro wegnehme und auf der anderen Seite 60 Euro wieder zurückgebe, dann ist das ein schlechtes Geschäft, zumindest für die Betroffenen, und kostet sie rund 300 Euro im Monat oder rund 5.000 Euro, netto im Übrigen, im Jahr.

Das bei Pensionen, die zum Teil nicht einmal in die 4-Stelligkeit gehen, schon eine jede Menge Geld und das haben sich diese Menschen wirklich nicht verdient.

Was ich persönlich eine besondere Frechheit finde, und diese persönliche Ansage möchte ich mir nicht nehmen lassen, dass sich die „Hackler“ von jemanden, von einem Bundeskanzler gefallen lassen müssen, der, ich hoffe ich tu ihm da nicht unrecht, aber mit Mitte 30 noch nie einen einzigen Tag mit seinen eigenen Händen wirklich etwas geschaffen hat.

Der eine politische Kunstfigur aus der Raabakademie ist oder wie auch immer das heißt, das mag sein, auch sowas braucht man immer wieder, aber es kann nicht sein, dass Leute, die 45 oder 47 Jahre gearbeitet haben, sich so etwas gefallen und so etwas ausrichten lassen müssen, auch so etwas braucht man immer wieder.

Aber, es kann nicht sein, dass Leute, die 45 oder 47 Jahre gearbeitet haben, sich so etwas gefallen und so etwas ausrichten lassen müssen. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)* Das finde ich nicht in Ordnung.

Zu dem, wie man liest, grünen Feigenblatt, das die Frauen bevorzugt, dazu hat der Robert Hergovich schon etliches gesagt. Dieses gegenseitige Ausspielen von Frauen und von Männern finde auch ich nicht in Ordnung. Hier muss man halt ein bisschen das

Gesetz sinnerfassend in der Gesamtheit lesen. Du hast gesagt, es ist frauen- und männerfeindlich. Wenn ich das verallgemeinern darf, das ist in dem Sinn menschenfeindlich. Betrifft nämlich alle Geschlechter. Betrifft alle, die in irgendeiner Form vor ihrem 20. Lebensjahr schon zu arbeiten begonnen haben, die Leistungsträger dieser Gesellschaft. Daher kann dieser Frühstarterbonus auf gar keinen Fall als eine Abfederung, sondern bestenfalls als eine Verkohlung der betroffenen Menschen bezeichnet werden.

Es wurde auch viel gesagt zu den wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen. Ich darf da das WIFO zitieren. Zitat, nicht gerade vertrauenserweckend. Zitat: In unsicheren Zeiten ständig kurzfristige Reformen zu machen. Es ist eine Umverteilungswirkung von unten nach oben.

Es ist natürlich richtig, dass der private Konsum gerade in konjunkturell schwierigen Zeiten, COVID-Krise, aber auch andere, wichtig ist, insbesondere bei jenen, die relativ niedrige Einkommen haben, daher einen hohen Anteil ihres Einkommens ja konsumieren müssen. Die können das ja gar nicht sparen.

Ökonomisch spricht man von der sogenannten Konsumquote, die ist bei diesen „Hacklern“ oder ehemaligen „Hacklern“ ja an die 100 Prozent. Und genau die sollte man aus meiner Sicht, auch aus wirtschaftspolitischen Überlegungen heraus, fördern, um ihnen dieses Konsumverhalten überhaupt zu finanzieren und zu ermöglichen, anstatt ihnen das zu nehmen.

Der Robert Hergovich hat einen weiteren Punkt noch erwähnt, der ebenfalls aus meiner Sicht ein absolutes No-Go ist. Kanzler Kurz hat gesprochen, hat das begründet mit den Kosten der Krise.

Das ist eine Regelung, die meiner Information nach zwischen 20 und 50 Millionen pro Jahr einsparen soll. Aus meiner Sicht lächerlich gering. Wir haben ein Budgetdefizit im Bund, wie man hört, von 40 Milliarden Euro, nur zur Erinnerung. Wir sprechen hier von 30 oder 20 bis 50 Millionen Euro. Also von 40 Milliarden Budgetdefizit. Wir haben durch Kurz Verhandlungsgeschick höhere EU-Beiträge, Nettobeiträge von 400 Millionen Euro pro Jahr. Und wir haben ein 400 Milliarden-Geschenk mitbeschließen müssen, das irgendwo nach Südeuropa, nach Italien oder Spanien oder sonst wohin geht, ein Geschenk wohlgemerkt, das die uns nicht einmal zurückzahlen müssen.

Ob sie es dann tun oder nicht, das ist dann wieder eine andere Frage. Aber nicht einmal müssen, sondern das wird ihnen sowieso nachgeworfen. Da sind wir schon der Meinung, dass es hier wesentlich wichtigere Aufgaben im eigenen Land zu erfüllen gibt, nämlich die eigenen Menschen zu unterstützen, die diese Unterstützung notwendig haben. Was überhaupt nicht geht, auch das hast Du erwähnt, ist, diese 30 Millionen, wenn man schon mit den Kosten der Krise argumentiert, nicht einmal ins Budget fließen zu lassen, sondern im Handumdrehen in die Medien, in die Öffentlichkeitsarbeit und in die eigene Propaganda zu stecken.

Das ist eine Veräppelung der Leute und ich kann mir nicht vorstellen, dass sich die Menschen das gefallen lassen. *(Beifall bei der FPÖ und der SPÖ)* Daher kann man nur mit zwei Sätzen enden. Du hast gesagt, Leistung muss sich lohnen.

Ich darf das umdrehen. Wenn sich Leistung lohnen soll, dann darf man nicht Kurz wählen. Dann kommt genau so etwas raus. Weitere Sozialabbaumaßnahmen schreien ja schon, das pfeifen ja schon die Spatzen von den Dächern.

Auch ohne COVID-Pandemie muss klar sein, 45 Jahre sind genug. 45 Jahre müssen genug sein! *(Beifall bei der FPÖ und der SPÖ)*

Präsidentin Verena Dunst: Ich darf zum nächsten Redner überleiten. Das ist der Herr stellvertretende Klubobmann Patrik Fazekas, BA.

Abgeordneter Patrik Fazekas, BA (ÖVP): Danke Frau Präsidentin. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Geschätzter Herr Kollege Petschnig! Ich darf Ihre Aussagen in Bezug auf unseren Bundeskanzler Sebastian Kurz aufs Schärfste zurückweisen. Ein Bundeskanzler Sebastian Kurz leistet wichtige Arbeit für Österreich. Ich werte Ihre Aussage von vorher als Ausdruck Ihrer Frustration, dass Sie nicht mehr der Bundesregierung angehören.

Das haben Sie sich aber selber zu verantworten, denn während Kanzler Kurz gearbeitet hat, geschätzter Herr Kollege Petschnig, waren Ihre Parteifreunde in Ibiza und haben die Regierung gesprengt. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir erleben heute eine Sondersitzung, wo viele gar nicht wissen, was der eigentliche Zweck dieser Sondersitzung ist.

Hört man heute auf die SPÖ, dann ist der Grund dieser Sondersitzung die Rückführung einer Regelung, die unter dem damaligen SPÖ-Sozialminister Hundstorfer und dem SPÖ-Bundeskanzler Faymann ausverhandelt und beschlossen wurde. Hört man auf die FPÖ, dann ist der Grund dieser heutigen Sondersitzung die Verlegung von Asylwerbern aufgrund der Corona-Pandemie.

Schaut man aber genauer hin, meine geschätzten Damen und Herren, und das sollte man heute machen, dann hat diese Sitzung, diese heutige Sonderlandtagssitzung nur einen wahren Grund. Die SPÖ inszeniert hier heute einen Sonderlandtag, um, geschätzter Herr Kollege Hergovich, über die Hintertür höchst umstrittene Gesetzesänderungen einlaufen zu lassen, um sie dann nächste Woche im Budgetlandtag durch den Landtag zu peitschen.

Das, meine sehr geschätzten Damen und Herren der SPÖ, ist ein Verstecken hinter dem Landtag. Diese Sitzung heute dient ausschließlich dazu, und ich möchte das betonen, Gesetze mit weitreichenden Folgen für die Burgenländerinnen und Burgenländer durch den Landtag zu peitschen! Da wird einem so richtig bewusst am heutigen Tag, was es heißt, wenn ein Land von einer absoluten Mehrheit geführt wird.

Es ist für mich wieder einmal die Erkenntnis, dass es dem Land schlecht tut, eine absolute Mehrheit vorzuwinken, dass es dem Land schlecht tut, dass nur einer das Sagen hat im Burgenland, meine geschätzten Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP)*

Liebe SPÖ! Um es in den Worten der geschätzten Landtagspräsidentin Dunst zu sagen: Das, was Sie heute hier machen, ist eine reine Politshow. Wir sagen Ja zu demokratischen Verhandlungen auf Augenhöhe. Dazu sagen wir Ja. Aber wir sagen ein ganz klares Nein zum Durchpeitschen von so wesentlichen und wichtigen Gesetzen durch die Hintertüre, so wie wir es erleben. Gesetze, die verfassungswidrig sind, Gesetze, die eine Vielzahl an Stellungnahmen bekommen haben, die man alle in die Schublade legt. Diese Art und Weise, meine geschätzten Damen und Herren, wie Sie hier Gesetze durch den Landtag peitschen, das ist einer Demokratie unwürdig! *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Ein weiterer Grund, meine sehr geschätzten Damen und Herren, liegt offenbar im Commerzialbank Mattersburg-Skandal. Die bisherigen Befragungstage haben ja eines ganz klar gezeigt, die SPÖ hat hier die volle Verantwortung. Erst gestern wurde klar, dass SPÖ-Finanzlandesräte politisch verantwortlich waren für die Revision, für die Kontrolle und Aufsicht der Kreditgenossenschaft.

Mittlerweile habe ich das Gefühl, hat sich dieser ganze Mattersburger Bankskandal zu einem SPÖ-Skandal weiterentwickelt. Sie lenken mit dieser heutigen Sitzung von diesem Thema ab und dieses Verhalten, meine sehr geschätzten Damen und Herren, ist wirklich fragwürdig. Kommen wir zu Ihrem Dringlichkeitsantrag. Es ist ein Entschließungsantrag, meine geschätzten Damen und Herren, und zwar wie im Landtag, im Burgenland so oft der Fall, ein Entschließungsantrag an den Bund, der gefühlt hundertste in diesem Jahr. Es geht um die Langzeitversichertenpension. Aber dazu muss ich jedoch zehn Jahre zurückspringen, und zwar in das Jahr 2010. Es war das Jahr, Herr Kollege Hergovich, wo die SPÖ noch eine staatstragende Partei war.

Wo die SPÖ sich ihrer Verantwortung gegenüber dem Land noch bewusst war. Wo damals Bundeskanzler Werner Faymann das Land regiert hat. Sozialminister Rudolf Hundstorfer. Ich darf außerdem auch speziell dem Kollegen Erwin Preiner an dieser Stelle erinnern, er ist heute leider nicht hier. Das dürfte wohl nicht unbegründet sein. Wenn er an das Jahr 2010 denkt, denn die SPÖ hat im Jahr 2010 das Budgetbegleitgesetz 2011 zur Neuregelung der Hacklerregelung mit den Abschlägen mitbeschlossen.

Meine geschätzten Damen und Herren! Erwin Preiner, Erwin Kaipel, waren damals Nationalratsabgeordnete. Sie haben den Beschluss im Dezember 2010 mitgetragen und die Abschlagsfreiheit bei Frühpensionen abgeschafft, meine geschätzten Damen und Herren!

Wenn Sie heute, Herr Kollege Hergovich, von einer Fehlentscheidung reden, von Unsinn reden, von Sozialabbau reden, heißt das, dass der Kollege Preiner im Jahr 2010 einen Unsinn beschlossen hat? Heißt das das? Ich verstehe den Kollegen Preiner, warum er der heutigen Sitzung ferngeblieben ist, meine sehr geschätzten Damen und Herren! *(Abg. Wolfgang Sodl: Was Du alles weißt!)*

Norbert Darabos war damals Verteidigungsminister, auch Teil der Bundesregierung. Ich darf Ihnen heute kurz aus einem Artikel aus der Zeitung Standard zitieren, aus dem Jahr 2011, vom 16. Mai, wo der damalige Minister für Soziales und Konsumentenschutz Hundstorfer ein Interview gab. Hundstorfer sagte damals, ich zitiere: Wir müssen alles daransetzen, ältere Menschen länger im Erwerbsleben zu halten.

Wenn die Österreicher um ein Jahr später in Pension gehen, erspart sich der Staat eine Milliarde. Es gibt Systemfehler, die wir nun beheben, wie zum Beispiel der Zulauf für die sogenannte Hacklerregelung. Es wird sich Dank unserer Eingriffe ab 2014 halbieren. Und es stimmt natürlich, der Name, diese Langzeitversichertenregel ist ein Schmäh. Es wird mühsam und kompliziert, die Menschen länger im Erwerbsleben zu halten. Aber die Masse hat kapiert, dass gewisse Spielregeln eingehalten werden müssen. Zitat Ende.

Das, meine geschätzten Damen und Herren bei der SPÖ, hat der damalige SPÖ-Sozialminister Hundstorfer gesagt. Er wusste, wie ein sicheres, wie ein nachhaltiges Pensionssystem in Österreich ausschauen muss. Er wusste, dass es so wie damals nicht weitergehen konnte. Er hatte Verantwortung gegenüber der nächsten Generation übernommen, da hatte die Sozialdemokratie offenbar noch echte Werte vertreten. Die haben Sie, meine geschätzten Damen und Herren, mittlerweile über Bord geworfen. Das ist traurig. Dass was Sie hier machen, das machen Sie auf dem Rücken der nächsten Generation.

Meine geschätzten Damen und Herren! Die abschlagsfreie Frühpension wurde von SPÖ und FPÖ in populistischer Art und Weise vor der Nationalratswahl 2019 als Wahlzuckerl durchgesetzt. Gebracht hat es ihnen nichts, wenn man sich das Ergebnis anschaut.

Gegen die Stimmen von ÖVP und NEOS. Ohne Begutachtung. Ohne Ausschussberatung. Und ohne Abschätzung der finanziellen Auswirkungen, die sind Ihnen, so wie auch hier im Burgenland, offensichtlich „wurst“.

Um es noch einmal deutlich zu sagen, wir sind nicht für eine Abschaffung, meine geschätzten Damen und Herren, der Hacklerregelung, sondern dafür, dass sie wieder in ihre ursprüngliche Form zurückgeführt wird.

Unser Ziel ist es, als Volkspartei ein ungerechtes System zu reparieren. Die Bonus-Malus-Regelung von Bundesminister Hundstorfer vom Jahr 2010 wiedereinzusetzen, mit entsprechenden Übergangsfristen und einen Frühstarterbonus zu etablieren, von dem besonders Frauen profitieren, meine geschätzten Damen und Herren.

Derzeit zahlen Österreicher im Durchschnitt, das ist sehr spannend, im Laufe ihres Erwerbslebens für ihre Pension nur so viel ein, dass es durchschnittlich acht Jahre in der Pension reicht. Tatsächlich betragen die Pensionsjahre im Durchschnitt 23 Jahre. Da muss einem klar sein, dass dieses System, meine geschätzten Damen und Herren, nicht leistbar ist. Der Bund muss den Pensionen einen Zuschuss geben, dies ist in den vergangenen Jahren dramatisch angestiegen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich darf noch einmal wiederholen, worum es Ihnen heute wirklich geht. Es geht Ihnen heute nicht um die Hackler, so wie es der Kollege Hergovich betont hat, sondern es geht Ihnen darum, von Ihren Versäumnissen abzulenken, von den Versäumnissen der SPÖ, von den Versäumnissen des Landeshauptmannes. Sie lenken ab vom Mattersburger Bankskandal. Sie inszenieren hier heute einen Sonderlandtag, um über die Hintertür Gesetze in den Landtag einlaufen zu lassen, damit Sie es nächste Woche durchpeitschen können, obwohl die SPÖ allein regiert.

Das ist schon faszinierend, schafft sie es nicht, Gesetze rechtzeitig einlaufen zu lassen, jetzt hat ein Sonderlandtag her müssen, damit man den Machtrausch von Doskozil befriedigen kann. Wenn Sie abschließend, Herr Kollege Hergovich, ein Zeichen setzen wollen, dann sollten Sie vielleicht einmal überlegen, ob Sie nicht für den Nationalrat kandidieren.

Der Landtag hat in dieser Frage keine Kompetenz, aber es ist der Klassiker, wie wir es das ganze Jahr über mittlerweile erleben. Es werden hier Themen diskutiert, wo der Landtag keine Kompetenz hat, um die eigenen Versäumnisse im Land zu überdecken. Um über die eigenen Versäumnisse im Land abzulenken. Wir werden diesem Antrag unsere Zustimmung nicht erteilen. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Präsidentin Verena Dunst: Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Mag. Dr. Roland Fürst. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Dr. Roland Fürst (SPÖ): Danke Frau Präsidentin. So schnell habe ich gar nicht gerechnet, dass ich schon am Wort bin. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht nur eine kleine Vorbemerkung. Eigentlich müsste man eine tatsächliche Berichtigung machen. Nur für die, die jetzt auch zuhören.

Am Vormittag hat es ein bisschen eine Diskussion darum gegeben, weil ich ein Sprichwort gebraucht habe. Ich lese es auch kurz vor: "Was juckt die Eiche, wenn sich die Sau daran kratzt." Weil mir vorgeworfen worden ist, diesen Generalsekretär, den bis dato im Burgenland niemand gekannt hat von der ÖVP, der den Herrn Landeshauptmann, das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen, als Querulant bezeichnet hat. Herr Kollege Steiner schauen Sie einmal, wo das Wort Querulant herkommt.

Weil Sie ja historisch so bewandert sind oder auch nicht, weil das werden wir auch gleich feststellen, wer wenig Ahnung hat. Wissen Sie auf was sich das bezogen hat von Eurem Generalsekretär, den bis dato niemand gekannt hat? Und der sich offensichtlich an den Herrn Doskozil gerieben hat um offensichtlich bekannt zu werden, weil der Herr Landeshauptmann die Massentests kritisiert hat.

Dort wo wir jetzt sind, wo ein Tohuwabohu ist, ein Chaos sondergleichen. Ihr lasst mit dem jetzt die Gemeinden sterben. Groß angekündigt und jetzt ist das Chaos beieinander. Das ist von einem Bundeskanzler, der eben, wie der Kollege Petschnig richtig sagt, noch nie in seinem Leben, (*Zwischenruf des Abg. Mag. Thomas Steiner*) im richtigen Leben etwas gemacht hat.

Zweitens, das ist eine Metapher, ein Sprichwort ist eine Metapher, das lernen sie in der JVP leider nicht, so etwas. Ein bisschen mehr von dieser Bildung auch zu haben, ist eine Metapher, ganz klar. Der Kollege Steiner hat mir Nazi-Diktion vorgeworfen. Das muss man sich einmal vorstellen! Wenn man sich damit ein bisschen beschäftigt, das Zitat wird zurückgeführt auf 1933.

Kollege Steiner, ich glaube schon, dass Sie wissen was 1933 war. Da war ein Ständestaat, nämlich ein christlichsozialer, faschistischer Ständestaat unter der Führung von Dollfuß. Der hat das Parlament ausgeschaltet und auf Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten geschossen. Das ist von 1933. Das heißt, es ist keine Nazi-Diktion, wenn schon, sondern maximal eine Dollfuß-Diktion.

Und ich sage ganz offen, was kann ein Sprichwort dafür, ein harmloses, in welcher Zeit es entstanden ist. Also das noch einmal als Vorbemerkung. Also bitte auch hier historisch exakt zu sein (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Da redet der Richtige!*) und nicht nur irgendetwas vorzuwerfen. Mir Nazi-Diktion vorzuwerfen, also Kollege Steiner, das ist... (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Dann schauen Sie einmal nach!*) Schauen Sie nach, ich habe gerade nachgeschaut. (*Beifall bei der SPÖ*)

Zum eigentlichen Thema. Habe ich mir eigentlich nicht vorbereiten müssen oder auch nicht wollen, auch deswegen, weil ich sozusagen von der Hacklerregelung unmittelbar betroffen bin. Einige hier, dass weiß ich, aber wahrscheinlich nicht alle, haben mit 15 zu arbeiten begonnen, so wie ich auch. Und insofern ist mir das Thema sehr nahe. Herr Kollege Fazekas, ich sage Ihnen jetzt ganz offen und ehrlich, in welcher Arroganz und Ignoranz Sie hier von Menschen reden, von einer Politshow reden, also das ist gewaltig. (*Abg. Patrik Fazekas, BA: Ich habe von Ihnen geredet!*)

Sie sind 1990 geboren, (*Abg. Patrik Fazekas, BA: Ich habe von Ihnen geredet, Herr Kollege!*) da habe ich ein Jahr schon die Lehrabschlussprüfung gehabt. Wissen Sie, da habe ich schon vier Jahre in einer Fabrikhalle gearbeitet. Ich habe als Betriebsschlosser schwer gehoben, und um mich geht es jetzt gar nicht, ich stehe stellvertretend für viele Kolleginnen und Kollegen, die das genauso gemacht haben.

Sie können sich offensichtlich gar nicht vorstellen wie das ist, wenn man schwer arbeitet, Kollege Fazekas. Und jetzt herzugehen und zu sagen, uns eine Politshow und Inszenierung vorzuwerfen, das wirft ein Licht wie Ihr die Politik versteht. Das ist kein Spiel hier. Da geht es ganz konkret um Menschen. (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie machen das Spiel!*) Da geht es konkret um Menschen, denen Ihr einen schweren Pensionsraub zumutet. Ich war vor kurzem auf einem Begräbnis von einem Freund von mir, der mit mir Betriebsschlosser gelernt hat. Ist mit 52 Jahren an Krebs gestorben. Da habe ich wieder meine Freunde von damals getroffen, nämlich mit denen ich auch gelernt habe oder die eben in diesem Bereich auch gelernt haben. Und die sind alle sozusagen in verschiedene Berufe gegangen.

Manche sind noch dabei, manche sind auf Montage. Der eine ist Installateur und vieles mehr, die sind jetzt alle Mitte 50 oder Anfang 50, so wie ich. Da war niemand dabei, da war ich fast noch der Fitteste, mit keinem kleinen Gebrechen. Da war niemand dabei, der physisch noch intakt war. Zwei Kollegen haben eine neue Hüfte bekommen vor einigen Wochen, die seit dem 15. Lebensjahr schwer arbeiten. Auf der Baustelle, auf der Montage sind oder sonst irgendwo, bei Wetter und Wind. Und die haben für Ihre Politik überhaupt kein Verständnis!

Das muss man sich schon zu Gemüte führen, da geht es um Menschen. Da geht es ganz konkret um Lebensplanungen die Sie durcheinanderwerfen. Auf die GRÜNEN gehe ich nicht ein, das hat der Kollege Hergovich, glaube ich, schon zu Genüge gemacht und auch ganz richtig gesagt.

Ist natürlich ein harter Schlag ins Gesicht bei arbeitenden Menschen. Wenn man sich anschaut, Kollege Petschnig hat es auch zugespitzt, um was geht es eigentlich? Wissen Sie eigentlich wieviel die Hacklerregelung des Gesamtbudgets ausmacht, was der österreichische Staat für Pensionen ausgibt? 1,8 Prozent! Da geht es um 1,8 Prozent!

Das heißt, es ist Ihnen wirklich nicht um das Geld gegangen oder um die Jugend fit zu machen. Also wir machen Schulden. Das ist das Narrativ, ein neoliberaler Pluralismus, mit dem Ihr uns schon seit Jahrzehnten quält und eigentlich nur soziale Einschnitte macht und die Schere zwischen arm und reich in Österreich immer mehr auseinanderklafft. Also es geht um 1,8 Prozent, um nichts!

Ich möchte das Bild jetzt nicht bedienen, aber schauen Sie sich einmal oder googeln Sie und schauen Sie, und geben Sie ein "Kurz Biografie". Kleiner Wortwitz. "Kurz Biografie" von unserem Bundeskanzler. Da gibt es politische Aktivitäten oder Funktionen. Da gibt es zehn oder 12 Zeilen beim Bundeskanzler. Dann steht beruflicher Werdegang. Eine Zeile. Seit 2017 ist er Bundeskanzler.

Der Herr Kurz steht für alle im Parlament, im Nationalrat die aufgestanden sind und für die Abschaffung dieser Hacklerregelung gestimmt haben. Die haben von den Themen, die die Menschen draußen berühren und bewegen, absolut keine Ahnung mehr. Das ist ganz weit weg von den Lebensrealitäten der Menschen.

Ich bin zuversichtlich, dass sich die Menschen das merken bis zur nächsten Wahl, denn die kommt bestimmt. Und ich bin auch zuversichtlich, dass sie sich erinnern, wer ihnen das angetan hat.

Ich möchte sozusagen noch einen kleinen Schwenk machen. Ihr habt kein Problem gehabt, jetzt glaube ich im Sommer war das, bei den Bauern die Pensionen zu erhöhen, um 450 Euro pro Monat. Ich sage dazu, wenn Ihr jetzt erwartet, dass ich dagegen Stellung nehme, im Gegenteil, ich denke, das haben sich die Bauern verdient. (*Zwiesgespräche in den ÖVP-Reihen*) Das haben sich die Bauern verdient. Horch mir zu. Und ich stehe auch dahinter.

Also, soll Ihnen „wurscht“ sein, ob der Fürst dahinter steht oder nicht, mir gefällt das ja. Weil ich die Arbeit der Bauern auch schätze. Das ist ja keine Frage. Umso mehr und in diesem Lichte muss man auch diese Pensionskürzung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sehen, die 45 Jahre, können sich bei Euch wahrscheinlich ganz wenige vorstellen, 45 Jahre hart und schwer gearbeitet haben.

Weil es dazu passt und weil es so aktuell ist, da hat es eine Architektur gegeben, eine Pensionsarchitektur, Grasser/Schüssel, 2004. Die zukunftssichere Pensionsvorsorge. Oder die prämienbegünstigte Zukunftsversicherung. Die dritte Säule, sensationell. Genau

mit den gleichen Argumenten, wo Du jetzt gestanden bist, mit Generationen fit zu machen, Schulden zu befreien. 2008 ist alles weg gewesen nach der Finanzkrise.

Und ich sage jetzt nicht dazu, aber vielleicht habt Ihr es in den Medien gelesen, dass genau dieser Zugang zur Politik, wo man nämlich Politik verwechselt mit den realen Lebensbedingungen der Menschen, dazu führt, dass man Jahre später für acht Jahre ins „Häfen“ gehen muss und heute auch bestraft worden ist. Auch wenn das Urteil natürlich nicht rechtsgültig ist. Das heißt der Herr Grasser, der der Superstar der ÖVP gewesen ist, Finanzminister, der uns genau das, wie Ihr da vorbetet, auch vorgebetet hat, ist heute mit einem Urteil von acht Jahren bestraft worden! Ich denke auch, dass in weiterer Folge es auch eine Gerechtigkeit geben wird, zumindest auch eine politische Gerechtigkeit und dass sich das irgendwann auch einmal einstellt.

Weil es ganz klar ist, und das schließe ich jetzt schon, Kollege Fazekas, wenn Du Dich da herstellst und uns vorrechnest oder vorsagst, was wir 2010 abgeschafft haben, ja ich hätte es nicht gemacht. Ich sage es ganz offen. Und für das hat die Sozialdemokratie natürlich auch ihren Preis gezahlt. Mich wundert es, dass so ein junger Mensch so rückwärtsgewandt ist. Mich hat es gewundert, dass Du jetzt nicht mit der Konsumpleite oder sonst etwas kommst.

Das bringt den Menschen jetzt und in den nächsten Jahren überhaupt nichts. Gar nichts. Weil die verlieren jetzt viel Geld. Auch die Frauen, die damals Kellnerinnen, Köchin und so weiter gelernt haben, genau die, haben natürlich, wie es der Kollege Hergovich vorgerechnet hat, einen Verlust. Weil Sie genau dann in Pension gehen wollen, wo diese Hacklerregelung, diese Abschaffung, voll trifft.

Das heißt, abschließend gesagt, das ist ein schwerer Pensionsraub. Ein schwerer Pensionsraub! Ich denke, dass die Wählerinnen und Wähler auch wissen, wen sie dann bei den nächsten Wahlen bestrafen werden. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsidentin Verena Dunst: Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich die Frau Klubobfrau Mag.a Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön Frau Präsidentin. Danke schön fürs Desinfizieren. Herr Kollege Petschnig, Sie sind immer wieder verwirrt, weil ich irgendwie anders reagiere oder agiere als Sie sich das vorher erwarten.

Ich habe mir heute für diese Diskussion vorgenommen und es auch so gehalten, zuerst einmal zuzuhören was alle Kollegen und Kolleginnen, es haben bis jetzt nur Männer gesprochen, hier dazu sagen. Ich werde sonst einfach vorne immer an erste Stelle gestellt, wenn es um die Wortmeldungen geht. Deswegen habe ich mir gedacht, heute höre ich mir einmal an was da so kommt und dann erst kommentiere ich dazu.

In einer Sache bin ich ganz einer Meinung mit der ÖVP. Heute geht es eigentlich hier darum, den Landtag als Bühne zu benutzen, um hier die eigene politische Inszenierung darzulegen. Das ist ein parlamentarisches Recht, das kann die SPÖ schon machen.

Aber es liegt auf der Hand, dass das hier die eigentliche Motivation für diesen Landtag ist, weil, auch darauf wurde vorher schon hingewiesen, wenn es um diese Langzeitversicherungsregelung, die abschlagsfrei ist, geht, hat tatsächlich Ihr Parteifreund und der leider viel zu früh verstorbene Sozialminister Hundstorfer 2011 schon gesagt, dass die „Hacklerregelung“ ein Auslaufmodell ist.

Ein Auslaufmodell und das war damals klar, und die SPÖ war viele Jahre in der Regierung, in der Verantwortung für die Pensionen, für die Arbeitnehmerinnen, für die Arbeitnehmer, dass die SPÖ damals in der Regierungsverantwortung gesagt hat, wir müssen hier ein anderes System finden. Das jetzige System ist ein Auslaufsystem. Was ist dann gekommen?

Im September 2019 wurde im Nationalrat mit den Stimmen der ÖVP, der SPÖ, der FPÖ und jetzt die abschlagsfreie Langzeitversicherungsregelung beschlossen. Die GRÜNEN waren damals nicht im Nationalrat. Wir waren nie ein Fan dieser Abschlagsfreiheit, aber okay, wir waren damals gar nicht dabei. Aber was war von der Dynamik her?

Kurz vor der Nationalratswahl waren sich plötzlich alle im Nationalrat einig, die selber gewusst haben, jetzt müssen sie es nicht mehr umsetzen, wir wollen alle, dass hier etwas beschlossen wird und schauen wir halt wer nachher in der Regierung ist.

Also Fakt ist, dass hier die SPÖ immer wieder so einen Rollenwechsel vollzieht. Entweder ist sie in Regierungsverantwortung, dann schaut sie Lösungen zu verhandeln. Jetzt im Burgenland braucht Ihr nichts verhandeln, Ihr seid in der Alleinregierung und habt hier die absolute Mehrheit. Aber wenn die SPÖ in der Regierungsverantwortung im Bund ist, dann wird hier sozusagen versucht, an Lösungen zu arbeiten und zu verhandeln.

Bin nicht immer einer Meinung, aber das ist eigentlich der Weg, dass man hier schaut Lösungen zu finden. Und wenn die SPÖ in der Opposition ist, dann schießt sie halt gegen etwas, was eigentlich ein Kollege in Regierungsverantwortung genauso haben wollte. Dieser Rollenwechsel ist schon sehr deutlich. Interessant ist, dass die SPÖ im Burgenland die Regierungspartei ist. Und anstatt sich hier die Regierungspartei ist und anstatt sich hier als SPÖ-Landtagsklub der Regierungspartei zu profilieren, spielen Sie lieber Oppositionspartei im Bund. Ist eh lustiger, kann ich mir vorstellen, aber das ist das, was wir heute hier in der Inszenierung genauso miterleben.

Eine Rolle haben Sie nicht gewechselt, dass Sie sozusagen ein gutes rotblaues Team sind, das erleben wir hier ja sehr häufig, lieber Robert da, lieber Kollege Robert, und er hat eh schon gesagt und wir sind uns in allem einig. (*Abg. Mag. Thomas Steiner: SPÖ-Vorfeldorganisation.*) Das ist mir heute schon während der Fragestunde aufgefallen, dass es hier noch eine ganz enge Teamarbeit offensichtlich von Rot-Blau im Burgenland gibt. (*Abg. Johann Tschürtz: Ich weiß von nichts.*)

Ich will jetzt eigentlich auf die Polemik nicht eingehen und ich mag eigentlich auch nicht darauf eingehen, dass zunehmend, dass es leider auch ein bisschen ein Rollenwechsel der SPÖ im Burgenland hier zunehmend damit argumentiert wird, dass man andere Leute persönlich herabwürdigt und diskreditiert und dass man irgendwie so herablassend über andere als Person redet.

Das finde ich, muss nicht sein, wir können inhaltlich sehr unterschiedlicher Meinung sein, sehr heftig diskutieren, aber es sollte doch bitte auf der sachlichen Ebene bleiben.

Das heißt, was ist jetzt sachlich tatsächlich hier auf dem Tisch? Es gibt natürlich weiter eine Langzeitversicherungsregelung, die einen vorzeitigen Pensionsantritt nach 45 Beitragsjahren ermöglicht. Die Möglichkeit bleibt bestehen und sie wird nicht abgeschafft.

Allerdings gibt es hier und das, glaube ich schon, dass das einige auch juckt und denen es nicht so gut gefällt. Was hier stattfindet ist eine Umverteilung. Es ist eine Umverteilung der vorhandenen Mittel und da kann man unterschiedlicher Meinung sein darüber. Wie sollen den die Mittel jetzt eingesetzt und verteilt werden?

Und es ist tatsächlich so, wenn wir uns die Zahlen anschauen und zwar die aktuellen Zahlen anschauen, dass die Abschlagsfreiheit ein absolutes Minderheitenprogramm ist und den Gendergap bei den Pensionen verstärkt. Das sehen wir anhand der Zahlen. Im ersten Halbjahr 2020 nahmen 7.256 Männer die abschlagsfreie Langzeitversichertenregelung in Anspruch.

Wie viele Frauen? - Eine. 2019 betrug die durchschnittliche Alterspension bei Frauen 1.035 Euro, die durchschnittliche Alterspension insgesamt 1.313 Euro. Die durchschnittliche Alterspension von Langzeitversicherten, die Sie meinen, mit der Hacklerregelung noch mit Abschlägen 2.425 Euro. Das heißt, wir sehen hier wirklich einen Gap zwischen Pensionen von Frauen und Männern.

Und die bisherige Regelung bringt den Frauen, wie wir gesehen haben, nichts. Einer im ersten Halbjahr 2020! *(Abg. Johann Tschürtz: Wieso einer!)*

Im ersten Halbjahr 2020 ... *(Abg. Johann Tschürtz: Welche ist denn die Eine?)* Ich habe nicht nachgefragt, weil die eine Frau war die, die Hacklerregelung in Anspruch genommen hat im ersten Halbjahr 2020. Ich habe auch nicht gefragt, wer die 7.256 Männer waren. *(Abg. Johann Tschürtz: Passt schon.)* Im ersten Halbjahr 2020 und das sind nun einmal die aktuellsten Zahlen, die wir haben.

Es geht ja nicht darum, zu sagen, wäre alles so gekommen wie wir uns das vorgestellt haben in dem einen Monat vor der Landtagswahl, dann wäre in drei Jahren dieses und jenes gewesen.

Es geht ja darum, was jetzt ist und da gibt es natürlich eine Übergangsregelung, wir haben das in verschiedenen Fällen durchgerechnet. Auch mich rufen Leute an, auch Hackler aus dem Südburgenland, und denen rechnen wir das dann durch und die kriegen dann von uns auch die Antwort.

Also im ersten Halbjahr 2020, das sind die aktuellsten Zahlen. Also im ersten Jahr der Abschlagsfreiheit, wir haben ja das erste Jahr der Abschlagsfreiheit, vorher gab es das noch nicht, ja, erhöhten sich die Langzeitversichertenpension durchschnittlich auf 2.845 Euro im Monat. Sie stiegen also nochmal um 420 Euro im Monat, und das ist jetzt schon ein Punkt, wie gesagt, man kann politisch inhaltlich unterschiedlicher Meinung sein, aber der für uns GRÜNE die Frage der Verteilungs- und Geschlechtergerechtigkeit aufwirft, weil da geht es auch um die Bekämpfung von Altersarmut, insbesondere bei Frauen, und das ist ein Mittelpunkt der Pensionsdebatte. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Robert Hergovich: Ein Wahnsinn.)*

Die Abschlagsfreiheit bei der Langzeitversicherungsregelungen entspricht keinem dieser Ziele. Wir stehen allerdings auch nicht für Kürzungen im Pensionssystem insgesamt zur Verfügung, sondern wir wollen auf falsch eingesetzte Mittel umschichten, um mehr Fairness und Geschlechtergerechtigkeit im Pensionssystem herzustellen. Das finden manche einen Wahnsinn, wie ich jetzt gerade gehört habe, aber das ist unser Hintergrund. *(Abg. Robert Hergovich: Sie machen das Gegenteil.)*

Also was ist jetzt neu? Der Frühstarterinnen-/der Frühstarterbonus, der kommt. Anstelle der Abschlagsfreiheit wird nun - und das war schon auch schon auf Grund Druck der GRÜNEN innerhalb der Regierung und im Nationalrat - der FrühstarterInnenbonus eingeführt. *(Abg. Robert Hergovich: Gratuliere.)*

Von dem sind Menschen betroffen, die bereits früh ins Erwerbsleben einstiegen. *(Abg. Robert Hergovich: 60 Jahre.)* Sie werden davon profitieren, weil es gibt einen Anspruch auf diesen FrühstarterInnenbonus, wenn man zwischen dem 15. und dem 20. Lebensjahr gearbeitet hat und Beitragsjahre geleistet hat. Wer zumindest 25

Versicherungs- oder Beitragsjahre erworben hat und das auch unabhängig vom Zeitpunkt des möglichen Pensionsantritts. Der FrühstarterInnenbonus wird als monatlicher Fixbetrag an alle Anspruchsberechtigten ausbezahlt und erhöht dadurch damit die monatliche Pension.

Und wir haben uns das ausgerechnet. Von den FixstarterInnenbonus profitieren mindestens, es gibt unterschiedliche Zahlen, ja, natürlich, weil es ist ja immer die Frage, wer geht wann in Pension und es ist nicht alles prognostizierbar und es gibt unterschiedliche Expertenberechnungen. Die einen zitieren jene, die anderen zitieren die anderen, aber ich bleibe einmal an der unteren Grenze, mindestens vier Mal so viele Menschen profitieren von diesem FrühstarterInnenbonus. Vier Mal so viele wie von der derzeitigen Abschlagsfreiheit.

Das heißt, der FrühstarterInnenbonus hat einen deutlich größeren Bezieherinnen- und Bezieherkreis als die Langzeitversicherungsregelung.

Das ist eine Regelung, die nützt tatsächlich einigen und denen viel, aber wenn man will, dass es vielen dient, dann gibt es hier eine Umverteilung. Und ja, einige werden nachher weniger haben, viele werden nachher mehr haben.

Dieser neue FrühstarterInnenbonus stärkt vor allem untere und mittlere Pensionen und führt dadurch nicht nur zur mehr Verteilungsgerechtigkeit im Pensionssystem, sondern stärkt auch die Konjunktur. Und das ist ja auch etwas, was der Kollege Hergovich vorher so betont hat. Herbst war im Zusammenhang jetzt mit der Covid-Krise betont, was jetzt nichts damit zu tun hat, wann welche Pensionen ausbezahlt werden in ein paar Jahren, aber okay, wenn er das schon so vermischt hat, möchte ich hier auch darauf hinweisen, dass wird die Konjunktur bestärken.

Und ja, es ist wirklich so, Frauen profitieren besonders, und es geht auch darum, dass die Fixbeträge nicht nur den Vorteil haben, dass sie leichter administrierbar sind, was wieder Verwaltungskosten einspart. Sie erhöhen sowohl, absolut, also in Geldbeträgen, sie erhöhen absolut und prozentuell niedrige Pensionen deutlich stärker als hohe.

Das ist schon ein ganz wichtiger Punkt, und ich nehme an, dass da auch andere mitkönnen. Frauen profitieren damit überproportional, da können vielleicht nicht alle mit, und überhaupt das erste Mal von einer Hacklerregelung, wenn man sie schon so nennen will, auf jeden Fall, wenn man sie so nennen will, dann wird es eine Hacklerinnenregelung auch.

Damit profitieren endlich auch die Frauen, die gar nie die Chance hatten, 45 Beitragsjahre zu erreichen, weil sie beispielsweise den Job wechseln, oder sich längere Zeit haben umschulen lassen müssen, weil sie längere Phasen von Arbeitslosigkeit hinnehmen mussten, weil sie ihre Erwerbsphasen wegen Pflege, Kinderbetreuung, Krankheit et cetera länger unterbrechen mussten.

Die profitieren auch davon, weil jetzt viel mehr angerechnet wird als früher. Schauen Sie sich das genauer an, Sie haben vielleicht nur Ihr Wording und nicht die genauen Unterlagen dazu, also in diesem Sinn, bitte, schauen wir uns das genau an.

Es geht hier um eine Umverteilung, es geht hier um eine gerechtere Verteilung der Pensionen, und Frauen werden davon profitieren.

Diesem Dringlichkeitsantrag werden wir natürlich nicht zustimmen. Danke. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsidentin Verena Dunst: Als Nächstes hat sich Herr Klubobmann Hergovich Robert zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Klubobmann. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich hoffe, es dauert nicht lange, oder? - Abg. Robert Hergovich: Ein bisschen haben wir noch Zeit.)*

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen! Geschätzte Kollegen! Es war schon ein durchaus mutiger Versuch zu sagen, die SPÖ hat quasi die Hacklerregelung abgeschafft. Ich möchte nur die Fakten und die Wahrheit skizzieren. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Rudi Hundstorfer. Ein aufrechter Sozialdemokrat. - Abg. Mag.a Regina Petrik: Der Hundstorfer wollte es. Bleiben wir bei den Fakten!)*

Es waren die SPÖ und die Freiheitlichen, die den Antrag im Parlament eingebracht haben. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Fragt Eure Sozialdemokraten im Bund!)* Übrigens, Kollege Preiner war damals Abgeordneter und hat für die Hacklerregelung, für die Menschen gestimmt. Also gerade das Gegenteil von dem, was Sie jetzt die ganze Zeit beschrieben haben. Es war die SPÖ mit der FPÖ, nur um das einmal klarzumachen, die den Antrag eingebracht hat.

Aber wissen Sie, was interessant ist? Der Kollege Fazekas hat gesagt, ja, sie haben eh nicht zugestimmt. Oja, Herr Kollege Fazekas, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja, in dritter Lesung. - Abg. Patrik Fazekas, BA: Bleiben Sie bei den Fakten!)* das Gegenteil war der Fall. Die ÖVP hat da natürlich zugestimmt! *(Abg. Patrik Fazekas, BA: Bleiben Sie bei den Fakten, Herr Kollege!)*

Wissen Sie warum? Das hat der Kollege Petschnig sehr gut beschrieben, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Weil es um die Pensionen geht. - Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen)* weil zwei Wochen darauf Wahlen waren. Und vor der Wahl, da hat man alles noch schnell darüber gebracht. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Den Schmääh kannst Du unter Wasser erzählen. Den glaubt Dir niemand. Geh bitte!)*

Da haben die GRÜNEN und die ÖVP so getan, als ob man eh für die Leute da wäre, nur nach der Wahl zeigt die ÖVP immer ihr wahres Gesicht. Das ist die Wahrheit, das sind die Fakten. Jetzt sind die, die damals zugestimmt haben, die haben es jetzt abgeschafft.

ÖVP und GRÜNE, das sind die Fakten. Die können Sie hin und her schieben, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wie die Pippi Langstrumpf. Ich mache mir meine Welt wie sie mir gefällt. Das ist unglaublich.)* das sind die Fakten. Und dann waren diese blumigen Worte der Kollegin Petrik, die haben mir besonders gut gefallen.

Blumige Worte zu finden über einen Pensionsraub, der unglaublich ist für Menschen, die hart und fleißig arbeiten. *(Abg. Walter Temmel: Wir schauen schon drauf.)* Und Kollegin Petrik, Sie können erzählen was Sie wollen, Frauen brauchen Gott sei Dank im Moment keine Hacklerregelung, sie brauchen es nicht, weil sie mit 60 Jahren in Pension gehen können.

Das ist super. Sie sind Gott sei Dank privilegiert. Sie sollten auch weiter privilegiert bleiben, aber Ihre Partei sorgt dafür, dass das abgeschafft wird und spätestens im Jahr 2033 werden Frauen und Männer bestraft, weil die Hacklerregelung nicht mehr vorhanden ist. Noch ein Beispiel. Ich weiß nicht, wie viele Versicherungsjahre Sie zusammenbringen. Ich weiß es nicht. Sie werden es wissen, vielleicht 40, ja, ich weiß es nicht. Aber ich frage Sie, ist es gerecht, dass andere, die zum Beispiel Elektriker lernen, 50 Jahre einbezahlen müssen? 50 Jahre einbezahlen müssen und die erst dann in Pension gehen können, sonst werden sie Abschlüge verkraften müssen.

Und Sie? Sie können wahrscheinlich nach 40 Jahre schon abschlagsfrei in Pension gehen? Ist das wirklich gerecht? Aber eines hat mich sehr beeindruckt. Sie sagen, ich

weiß schon, Sie sind keine Frau des Details. (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*) Aber eines hat mich jetzt wirklich beeindruckt, ja. Sie haben vorhergesagt, auch bei Ihnen rufen so viele Leute und Sie rechnen das den Leuten aus. Das hat mich wirklich beeindruckt, weil ich kann Ihnen sagen, ich habe einen beruflichen Werdegang in der Arbeiterkammer. Sie werden keinen Juristen finden, der das kann. Sie werden keinen Experten finden, der das kann, was Sie vorher behauptet haben. Weil das ausschließlich Mitarbeiter der PVA machen können. Sie werden keinen Experten in ganz Österreich finden, der das kann, was Sie vorher beschrieben haben, außer die MitarbeiterInnen der PVA.

Entweder sind Sie jetzt wirklich so gut und können das alles, oder Sie haben schon wieder ein bisschen geflunkert, ja, oder es ist schon wieder ein bisschen nur halb wahr, dass Sie das wirklich für die Leute ausrechnen, weil, sonst ist es keinem möglich. Niemandem, wir können nur was annehmen, wir können schätzen, aber die Daten hat ausschließlich die PVA. Also, ob das wirklich so stimmt, wie Sie uns das beschrieben haben, das wage ich zu bezweifeln.

So. Und dann habe ich gemerkt, gibt es noch Informationsbedarf. Kollege Fazekas hat nämlich davon gesprochen, dass der Staat bei den Pensionen so viel dazuzahlen muss. Ja, da muss man sich nur anschauen für wen?

Da muss man sich nur anschauen für wen. Der Zuschuss bei den Bauern, der beträgt staatlich, also der Staat schießt bei den bäuerlichen Pensionen 84,3 Prozent zu. (*Abg. Mag. Thomas Steiner: ... das könnt Ihr immer am besten. – Abg. Walter Temmel: Glaubst, warum?*) Ich weiß schon, dass Euch das unangenehm ist, aber der Kollege Fazekas hat mich ja provoziert, der wollte ja, dass ich das jetzt thematisiere. Also 84,3 Prozent schießt der Staat bei den Bauern zu.

Bei den Selbständigen, bei den Unternehmen ist es schon ein bisschen anders, Sie sehen das hier. (*Abg. Robert Hergovich zeigt ein Plakat mit einem Balkendiagramm.*) Da schießt der Staat, aber immerhin, aber doch schon deutlich weniger, nur mehr 36,2 Prozent - „Statistik Austria“, nicht „Statistik Robert Hergovich“ - „Statistik Austria“

Dann gibt es den Zuschuss für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wissen Sie wie viel das ist? Keine 84 Prozent, keine 36 Prozent - zwölf Prozent. Und die Menschen, die am meisten einzahlen, die sich das hart erarbeiten, die bestrafen Sie mit dieser Regelung. (*Abg. Walter Temmel: Glaubst, warum der Staat zahlt?*)

Und nicht der Staat zahlt irgendwo ein, irgendwo. Diese Menschen zahlen sich selber ein und Sie bestrafen sie. Wenn Sie von Gerechtigkeit reden, dann gehen Sie es einmal bei den anderen an! Dann versuchen Sie einmal, dort eine Gerechtigkeit zu schaffen. (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Spalter.*) Das machen Sie nicht, weil es Ihr Klientel ist und die anderen müssen bluten. Das ist die Wahrheit! (*Beifall bei der SPÖ*)

Und noch etwas. Warum gehen Sie nicht endlich her und besteuern Konzerne? Warum gehen Sie nicht endlich her und besteuern die Superreichen, die nichts dazu beitragen? Wir sind am Schlusslicht in ganz Europa. Warum gehen Sie nicht her, und kann das etwas zu tun haben mit dem, dass das die großen Spender der ÖVP sind? Die immer auftauchen als große Gönner der ÖVP? Kann es mit dem zu tun haben?

Viel schlimmer finde ich, dass die GRÜNEN da überall mitmachen. Das ist ja noch viel ärger. Die haben nämlich was davon, nämlich ordentliche Spenden, aber was die GRÜNEN davon haben, weiß kein Mensch. (*Heiterkeit bei der FPÖ*)

Also, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die PensionistInnen, (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Was die NOVOMATIC gespendet hat an wem? Schauen wir uns das mal*

an? - *Zwiesgespräche in den Reihen - Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen*) die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zahlen die Zeche, dass die Superreichen in Österreich, die Konzerne, keine Steuern zahlen. Die müssen bluten für Ihre Politik, meine sehr geehrten Damen und Herren! Und in diesem Sinne, und ich versuche es trotzdem noch einmal, ich bin Optimist.

Stimmen Sie diesem Antrag zu, es zahlt sich aus! Es wäre ein kräftiges Zeichen aus dem Burgenland. Viele andere Länder werden folgen. Glauben Sie mir. Das hätten sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verdient. Herzlichen Dank. (*Beifall bei der SPÖ*)

Präsidentin Verena Dunst: Als Nächstes hat sich nunmehr noch einmal die Frau Abgeordnete Mag.a Petrik gemeldet.

Bitte Frau Klubobfrau Petrik. (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Ich bin sehr wohl eine Frau des Details. Ich mag das sehr genau anschauen - alles. Und weil ich das natürlich jetzt nur in Reaktion habe, habe ich nur den Mailverkehr jetzt rausgesucht und werde das hier vorlesen.

Ein Beispiel von einem Anruf, um auch zu zeigen, wie das läuft. Ich weiß jetzt nicht, wie das bei Euch gelaufen ist, wie Ihr in der Regierung wart, aber bei den GRÜNEN ist das so, dass da die einzelnen Abgeordneten verhandeln, dass alles ausgerechnet und vorbereitet wird von den Referentinnen und Referenten, die das gemeinsam mit den Abgeordneten durchdenken. Das heißt, die kennen sich dann wirklich genau aus, wie es ist.

Und wenn ich eine Frage habe, dann rufe ich an oder schreibe ich einem zuständigen Abgeordneten oder einer Abgeordneten oder der Klubobfrau, und dann kriege ich meistens binnen kürzester Zeit eine Antwort, gerade bei diesen sehr konkreten Dingen auch.

Und ich schreibe da also eine Mail, das war am 17. November, an unseren Abgeordneten Markus Koza im Nationalrat: Lieber Markus, mich ruft ein verzweifelter Mann aus dem Südburgenland an. Er arbeitet seit 1975, also 46 Jahre, ununterbrochen. Am 1. 4. 2022 geht er in Pension. Und er hat jetzt Angst, dass er durch den Wegfall der Hacklerregelung Geld verliert, weil ihm das ja dauernd auch gesagt wird von der SPÖ, dass jetzt jeder viel Geld verliert.

Ich habe dann die Antwort bekommen vom entsprechenden Referenten, dem das gleich weitergeleitet wurde: Liebe Regina, wenn er am 1. 4. 2022 46 Beitragsjahre aus ununterbrochener Erwerbsarbeit hat, dann hat er im Verlauf des Jahres 2021 bereits mehr als 45 echte Jahre, echte Beitragsjahre, als Anspruch, der im Verlauf des Jahres 2021 entstanden ist, der geht ja gar nicht mehr verloren. Auch wenn die Abschlagsfreiheit für neuere Jahrgänge abgeschafft wurde.

Also es gibt eine Übergangsfrist. Vieles, was man sich bis jetzt erarbeitet hat, geht gar nicht verloren.

Wenn du dann zwischendurch auch noch ein paar, zum Beispiel, Jahre hast, Kinderbetreuungszeiten, das trifft jetzt die männlichen Hackler weniger, dann wird nochmal was anders angemeldet.

Also, so läuft das dann, wenn Sie sich das nicht vorstellen können. Es wird also im Detail nachgefragt. Jetzt, nach der neuen Regelung, wie schaut das jetzt aus? Und wann gilt was? Und der Mann war auch ganz begeistert und hat mir dann auch

zurückgeschrieben, er hat das noch nie erlebt, bei keiner anderen Partei, dass man anruft, eine Abgeordnete, und man kriegt innerhalb von zwei Stunden eine sachliche Auskunft zu der ganz konkreten Frage, die man hat.

Also, Sie sehen, ja, es ist gut, wenn man sich auf die Details genau konzentriert und dort hinschaut. (*Abg. Robert Hergovich: Sie haben aber zuvor etwas anderes behauptet.*) Und genau das ist es.

Das nächste Mal hören Sie halt einfach besser zu! Dann passiert Ihnen dieser Irrtum nicht. Danke.

Präsidentin Verena Dunst: Von der Regierungsbank hat sich der Herr Landesrat Dr. Schneemann gemeldet.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Dr. Leonhard Schneemann (SPÖ): Frau Präsidentin! Geschätzte Regierungskolleginnen! Werte Abgeordnete zum Burgenländischen Landtag! Ich möchte natürlich auch als zuständiges Regierungsmitglied kurz zu dieser Hacklerregelung Stellung nehmen und kann natürlich (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Keine Ahnung.*) als Sozial- und Wirtschaftslandesrat (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich muss direkt schauen - in die Referatseinteilung -, wer für Pensionen zuständig ist. – Heiterkeit des Abg. Mag. Thomas Steiner*) nicht den Verschlechterungen, die hier im Raum stehen, zustimmen, weil es als Soziallandesrat natürlich auch mein Bestreben ist, die besten Regelungen für unsere Burgenländerinnen und Burgenländer, die es gibt, von der Gesetzgebung her, aufrecht zu erhalten.

Als Wirtschaftslandesrat, und das ist auch angeklungen in der Diskussion, ist es auf jeden Fall auch wichtig, die Pensionen in einer entsprechenden Höhe aufrecht zu erhalten, weil ich glaube, da sind wir uns auch alle einig, dass Pensionen in diesem Bereich, von denen wir hier reden, in der Hacklerregelung mit Sicherheit direkt in den Konsum und somit in den Wirtschaftskreislauf gehen und den Wirtschaftsstandort Burgenland damit stärken.

Es ist angeklungen in der Diskussion, Kollege Petschnig hat das sehr ausführlich dargelegt, wie diese Hacklerregelung im Laufe der Jahre und Jahrzehnte entstanden ist und welche Verläufe es dazu im politischen Diskurs gegeben hat.

Ich muss dazu sagen, es wäre jetzt gerade die Chance gewesen, diesen Beschluss vom September 2019, der, glaube ich, bis auf die NEOS ja einstimmig ausgefallen ist, oder wo alle Zustimmung gegeben haben, dass man diesen Beschluss aufrechterhalten hätte.

Pensionsleistungen zu kürzen, da kann ich als Soziallandesrat natürlich nicht zustimmen. Es hat ja im Laufe der Zeit immer wieder von ÖVP-dominierten Regierungen das Bestreben gegeben, am Pensionssystem zu rütteln. Jetzt wissen wir alle, das Pensionssystem, ja, es bedarf da großer Überlegungen, damit dieses Pensionssystem, dieses tolle Pensionssystem, auch weiterhin finanzierbar bleibt, das ist überhaupt keine Frage und unbestritten.

Aber, es ist auch ein Faktum, dass das Pensionsantrittsalter laufend erhöht wurde. Es ist auch ein Faktum, dass der Durchrechnungszeitraum angepasst wurde, damit in weiterer Folge eben im Durchschnitt weniger an Pension herauskommt. Es hat Abschlagszahlungen gegeben. Und es hat auch immer wieder Bestrebungen gegeben, dieses, glaube ich, gute Pensionssystem, das wir in Österreich haben, auch zu privatisieren.

Dazu gibt es auch von mir als zuständigem Regierungsmitglied der Burgenländischen Landesregierung keine Zustimmung, und ich würde auch ersuchen, vor der Abstimmung, dass man sich das noch einmal überlegt, ob diese, ob man nicht dieser Hacklerregelung auch, ob man diese nicht beibehalten kann.

Es gibt in Österreich bekanntlich über 3 Millionen, 3,5 Millionen unselbständig Erwerbstätige. Und es sind sehr, sehr viele von dieser Hacklerregelung betroffen. Und es ist angeklungen, im Durchschnitt über 300 Euro brutto zu verlieren, mit denen man jetzt wieder hoffnungsfroh gerechnet hat, ist für manche sicher oder für viele sicher eine große Enttäuschung.

Das ist nicht der Weg, dem ich mich anschließen kann. Die Leute müssen sich auf ein System verlassen können. Ich glaube, im Burgenland kann man sich auf die Regierung verlassen, und wir würden dem nie die Zustimmung erteilen.

Warum wird das Ganze gemacht? Ja, die Vermutung liegt auch auf dem Tisch, dass man eventuell damit auch einen Teil der Krise finanzieren möchte. Als Soziallandesrat würde ich davon abraten. Es ist nämlich, die Relationen sind genannt worden, die möchte ich nicht wiederholen, es geht hier um Millionenbeträge, um große Beträge.

Aber auf der anderen Seite werden auch Krisen bewältigt, die zig Millionen, hunderte Millionen und Milliarden verschlingen. Und deshalb würde ich davor warnen, dass man diese Aufrechnung durchführt.

Und ja, ich bekenne mich auch dazu, man müsste auf der anderen Seite hier sich anschauen, ob man bei den Vermögenden in Österreich, ob man hier die auch in dieses Sozialsystem miteinbindet, dass man auch die Vermögenden hier in diese Solidaritätsgemeinschaft hineingibt, damit die Vermögenden auch über Vermögenssteuern, über eine Vermögensbesteuerung entsprechend auch hier einen Beitrag in das Sozialsystem leisten, und dann bräuchte man nicht über die Abschaffung der Hacklerregelung reden. *(Beifall bei der SPÖ)*

Nur kurz noch zum Druck am Arbeitsmarkt. Ich glaube, die Burgenländische Landesregierung tut alles auch Nötige dazu, um hier in dieser Corona-Krise die Menschen zu begleiten, die von dieser Krise betroffen sind, das ist auf der einen Seite die Wirtschaft, auch dort versuchen wir, mit bestimmten Förderprogrammen entsprechend der Wirtschaft unter die Arme zu greifen. Ist aber jetzt nicht das Thema.

Aber auch auf der anderen Seite den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, das sind über 100.000 im Burgenland, genauso zur Seite zu stehen.

Und ich glaube, es passiert jetzt ein sehr großer Druck, vor allem auf die älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, und die Statistiken kennen wir alle, dass von der Arbeitslosigkeit in erster Linie die Leute mit über 50 Lebensjahren betroffen sind. Und hier steigt der Druck noch mehr. Weil, die werden mit diesem Alter keinen Job mehr bekommen und jetzt war für viele eben der Anker schon, dass sie früher, nach 45 Jahren und mehr, abschlagsfrei in Pension gehen können. Viele überlegen sich das jetzt, weil sie sagen, 300 Euro, ein Leben lang, das ist wirklich sehr, sehr viel Geld. Und das sind nicht Pensionen, wo man sich das leisten kann, einfach auf 300 Euro brutto oder 200 Euro netto zu verzichten.

Das sind meistens kleinere Pensionen, wie man auch an Beispielen gehört hat. Die brauchen diese 200 Euro netto, weil sie wirklich sagen, damit ich meine Miete, mein Auto und diesen Standard, den ich mir eben erarbeitet habe, auch in der Pension erhalten

kann. Da braucht man das. Und denen das jetzt wegzunehmen, da kann ich als Landesrat nicht zustimmen.

Noch ein letzter Satz: Einsatz für die Arbeitnehmer. Ja, wir als Burgenländische Landesregierung, wir stehen dazu, wir stehen auch hinter unserem Mindestlohn. Wir glauben auch, dass es legitim ist, zehn Euro netto, egal in welchem Bereich jemand tätig ist, dass jemand zehn Euro netto für seine Arbeit bekommt, dass diese Arbeit das wert ist, egal in welchem Bereich, ob das von der Reinigungsdame bis hin zu den Betreuerinnen und Betreuern in der mobilen Hauskrankenpflege, denen ich auch einmal sehr herzlich danken möchte, die vergisst man manches Mal bei diesen Dankesworten. Es leisten alle hier hervorragende Arbeit, sowohl im stationären Bereich, aber auch die vielen Fachkräfte und die vielen Kräfte, die in der mobilen Krankenpflege tätig sind. Auch denen gebührt der Dank, genauso wie allen anderen, die hier hervorragende Arbeit in dieser Corona-Krise leisten. *(Beifall bei der SPÖ)*

Wir stehen dazu, dass alle diesen Mindestlohn bekommen sollten, weil eben diese Arbeit das wert sein muss.

In diesem Sinne würde ich als zuständiges Regierungsmitglied *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wofür? Für die Hacklerregelung sind Sie zuständig? - Abg. Mag. Dr. Roland Fürst: Für die Abschaffung sind Sie zuständig.)* auch ersuchen, sich das noch einmal zu überlegen und diese Hacklerregelung, wie sie eben hier vorliegt, nicht abstimmen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsidentin Verena Dunst: Meine Damen und Herren! Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Ich darf Sie bitten, sich auf die Abstimmung zu konzentrieren.

Ich lasse daher über den Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Roland Fürst, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Stopp der Pensionskürzungen und der Arbeitszeitverschlechterungen im Zuge der Covid-19-Krise abstimmen und ersuche jene Damen und Herren, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit.

Der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Roland Fürst, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Stopp der Pensionskürzungen und der Arbeitszeitverschlechterungen im Zuge der Covid-19-Krise, Zahl 22 - 286, Beilage 396, ist somit mehrheitlich angenommen.

Dringlichkeitsantrag des Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend „Keine neuen Asylzentren im Burgenland“ (Zahl 22 - 300) (Beilage 410)

Präsidentin Verena Dunst: Meine Damen und Herren! Wir kommen nun zur Behandlung des Dringlichkeitsantrages des Landtagsabgeordneten Klubobmann Johann Tschürtz, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend „Keine neuen Asylzentren im Burgenland“, Zahl 22 - 300, Beilage 410.

Da die Behandlung geschäftsordnungsgemäß nach Erledigung der Tagesordnung, jedenfalls frühestens drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung, zu beginnen hat, erteile ich nunmehr Herrn Klubobmann Johann Tschürtz das Wort zur Begründung der Dringlichkeit des gegenständlichen Antrages.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ): Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Präsidentin! Vielleicht noch kurz eine Bemerkung zur vorigen Debatte. Was man auch nicht vergessen darf, liebe ÖVP und liebe GRÜNE, Ihr seid gerade drauf und dran die NoVA so stark zu erhöhen, (*Abg. Mag.a Regina Petrik, die freudig die Hände in die Höhe reißt: Ja!*) dass es wahrscheinlich für manche Familien 3.000 mehr kostet, oder 5.000 mehr kostet. (*Abg. Mag.a Regina Petrik: Für Neuanschaffungen.*)

Genau diese SUVs, die vielleicht Familien brauchen, und genau das ist halt auch das Problem. Das ist der nächste Anschlag auf die Familien und auf unsere Bürger.

Aber zum heutigen Dringlichkeitsantrag. Anfang 2020, jetzt, 2020, wurden bereits im März 300 oder über 300 Illegale aufgegriffen. Oder im Burgenland sogar dann registriert. Das heißt, im Schatten von Corona hat man diese Geschichte natürlich nicht mehr so beobachtet.

Wenn man bedenkt, dass 2018, 2018 im gesamten Jahr im Burgenland 534 aufgegriffen wurden, und jetzt, 2020, schon die ersten zwei Monate 300, dann ist das wirklich bemerkenswert.

Es ist auch so, dass die große Verschwiegenheit bezüglich der Aufgriffe in dieser schwierigen Zeit, so kann man das ruhig nennen, Corona ist eine schwierige Zeit, natürlich, man vergisst auch, der Bevölkerung zu erklären, was sich eigentlich im Hintergrund abspielt.

Und es ist so, dass bis dato natürlich, es auch nicht nachvollziehbar ist im Bereich des Flüchtlingswesens, wie wird das insgesamt dann vollzogen. Kommen die jetzt ins Burgenland? Kriegen die einen COVID-Test? Sind die negativ? Sind die positiv? Werden die sofort abgeschoben? In der Regel werden sie behandelt, einen Tag, oder eineinhalb Tage, und dann werden sie natürlich weiter transportiert. (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Bis jetzt schaut es nicht so aus, dass irgendwelche COVID-Testungen gemacht werden oder Corona-Tests, man arbeitet einfach dahin. Genau das ist das Problem, das wir heute natürlich ansprechen wollen.

Das heißt, ein zusätzliches Asylzentrum oder zusätzliche Asylzentren haben natürlich für das Burgenland keinen Mehrwert, das muss man definitiv so sagen, denn es ist auch so, dass wir im Burgenland uns schon seit Jahren vehement dagegen aussprechen, dass es Asylzentren oder Großquartiere gibt.

Die Frau Landesrätin hat es heute schon gesagt, es ist ganz wichtig, auf Kleinstquartiere zu setzen. Noch wichtiger ist es natürlich, auch die Prozente, die Prozentzahl zu berücksichtigen.

Das heißt, wir haben damals in unserer Regierungsverantwortung eine Prozentzahl von einem Prozent der Bevölkerung festgelegt. Das ist jetzt auch nicht der Fall. In manchen Ortschaften ist es so, dass man weit über der Ein-Prozent-Marke ist. (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Es ist auch sogar so, dass im neuen Regierungsprogramm da auch die Möglichkeit besteht, wenn Bürgermeister ab einer gewissen Einwohnerzahl, wenn Bürgermeister dafür sind, dass das auch natürlich auch mehr werden können. Das heißt, es gibt nicht mehr die Ein-Prozent-Regelung, sondern es gibt abgestufte Regelungen, wo sehr viel möglich ist.

Es ist dann auch so, wenn man das insgesamt vergleicht, dass 2020 bis dato etwa 12.000 Flüchtlinge über die Grenze gekommen sind und jetzt auch in Österreich sind.

Dieses Jahr wird es wieder sehr viel mehr werden, als voriges Jahr, denn wir werden dieses Jahr an die 15.000 wieder nach Österreich bekommen.

Wenn man sich jetzt die Stadt Eisenstadt ansieht, dann hat Eisenstadt 15.000 Einwohner. Sie brauchen nicht den Kopf schütteln, das ist so, Herr Abgeordneter. Selbstverständlich ist das so, denn Sie brauchen jetzt nur schnell sofort googeln und dann werden Sie es sehen. Wenn man bedenkt, dass Eisenstadt 15.000 oder vielleicht 16.000 Einwohner hat, und dieses Jahr kommen wieder 15.000 nach Österreich, dann muss man sich das einmal wirklich vorstellen.

So, wie die gesamte Stadt Eisenstadt, mit der gesamten Bevölkerung, mit der gesamten Infrastruktur, alles, was man dazu braucht, kommt da in einem Jahr nach Österreich. Das muss man sich wirklich vorstellen. Das heißt, wenn man da nicht den Riegel verschiebt und auch, und da habe ich das letzte Mal schon darüber gesprochen, daran denkt seitens der EU „Kulturnahe Flüchtlingsstädte“ einzurichten. Weil, warum funktioniert es in Saudi-Arabien, dass 100.000 Pilger in Zelten versorgt werden können, in Zelten, wo es Wasser gibt, wo es alles gibt, Spitals ähnliche Ärztezentren? Warum sollte das also nicht auch seitens der EU oder sollte das nicht auch seitens der EU möglich sein?

Wir haben an sich, noch einmal zurückkommend auf COVID, es wurde heute natürlich auch schon angesprochen, wenn man sich vorstellt, dass in Eisenstadt alleine im Grundversorgungsquartier 63 Asylanten positiv waren, na dann kann man natürlich auch davon ausgehen, dass das auch ein Cluster ist, das aber niemals erwähnt wird.

Das heißt, das hört man niemals. Es wird alles Mögliche geschlossen, man darf nur eine Person bis jetzt besuchen, und dort gibt es ein Asylquartier, wo 63 positiv sind. Also, das muss man auch einmal ansprechen. Niemand spricht das an. Das ist genau das Problem.

Es wurde auch, ich glaube, das war vor drei Wochen, da habe ich das in einem deutschen Nachrichtensender gehört, dass man dort auch gesagt hat, es sind junge Migranten, welche zum Teil auch schwere Straftaten verüben.

Das heißt, in der Migrationsbewegung ist es so, dass nicht ältere Migranten die Straftaten verüben, sondern hauptsächlich die jungen Migranten. Das getraut man sich natürlich auch nicht ansprechen. Aber, genau das muss man ja auch sagen.

Denn Faktum ist natürlich, dass, wenn man immer davon spricht, dass Minderjährige aufgenommen werden sollen, ohnehin klasse, wenn manche Minderjährige mit einem Vollbart daherkommen, aber das ist natürlich genau das Problem, das man definitiv nicht ansprechen darf und über das darf man nicht reden. (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Wenn man sich jetzt das EU-Recht ansieht, und das hat damals, als der Herbert Kickl noch Innenminister war, wirklich bekrittelt.

Der hat wirklich gesagt, das gehört sofort verändert oder geändert. Das EU-Recht sagt, und das ist ja nicht ohne, das EU-Gericht hat dann entschieden, der Status als Flüchtling schützt bei schweren Straftaten vor einer Abschiebung. Das muss man sich einmal vorstellen. Das ist EU-Recht. Daher ist es immer schwieriger und schwieriger, Abschiebungen voranzutreiben.

Wenn man sich auch die Situation in den Gefängnissen anschaut, dann ist es so, dass 2019 in Österreich 43 Prozent der Verurteilten und 58 Prozent der Inhaftierten „Nicht-Österreicher“ waren, um das vorsichtshalber so auszudrücken.

Das muss man sich einmal vorstellen. Wenn man die Gesamtbevölkerungszahl vergleicht, wie viele „Nicht-Österreicher“ es in Österreich gibt und wie viele Österreicher es in Österreich gibt, und davon sind aber 58, also knapp 60 Prozent sind inhaftierte „Nicht-Österreicher“.

Das muss man sich wirklich alles vorstellen. Das kann man nicht einfach wegwischen und sagen, das gilt ohnehin alles nichts, oder, das gibt es ohnehin alles nicht, sondern, ich glaube, dass es sehr wichtig ist, dass man hier die Dinge klar anspricht.

Deshalb ist es auch wichtig, dass hier wirklich Akzente gesetzt werden.

Denn wir können uns alle noch erinnern, als Eberau im Burgenland das große Thema war. Also, da hat es ja wirklich, das möchte ich fast so irgendwo bezeichnen, Massendemonstrationen gegeben. Das war echt arg. Das heißt, da hat die ÖVP-Innenministerin über die Köpfe der Burgenländer hinweg gehandelt. Genau das ist das Problem, das man in der ÖVP hat. Das heißt, da gibt es keine Handschlagqualität. Das gibt es einfach in der ÖVP nicht.

Da komme ich noch einmal auf das zurück, weil wir heute kurz drüber gesprochen haben, dass der Herr Innenminister gehen hat müssen, weil der damalige Vizekanzler Strache ja wirklich etwas getan hat, das mit nichts zu entschuldigen ist, der ist zurückgetreten aus allen Funktionen. Warum? Das soll mir wirklich einmal jemand erklären, warum hat Kurz damals den Innenminister sozusagen entlassen? Das ist eine Hinterlist der ÖVP, eine Hinterlist, die unbeschreiblich ist, ohne Handschlagqualität. Also so etwas von hinterlistig, das kann man sich gar nicht vorstellen.

Es war nämlich vorher noch geplant, dass es eine Pressekonferenz gibt, mit dem Kurz, mit dem Innenminister und mit dem Norbert Hofer, wo der Bevölkerung mitgeteilt wird, ja, da hat es einen Kriminalfall - ist jetzt noch nicht bestätigt -, aber da hat es wirklich ein Vergehen gegeben, vom damaligen Vizekanzler, er legt alles zurück, er geht, aber wir führen die Regierung weiter.

Nein. Zwei Stunden später war das anders. Das ist die ÖVP. (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Da kann man jetzt über die SPÖ sagen was man will, aber diese Zusammenarbeit im Burgenland war geprägt von Zusammenarbeit ohne Streit. Da kann man jetzt sagen was man will. Vielleicht war etwas schlecht. Vielleicht war etwas nicht schlecht.

Aber diese Hinterlist, diese Hinterlist, die tut mir heute im Magen weh. Dafür sage ich das auch.

Wenn man zum heutigen Antrag noch einmal zurückkommt, dann ist es natürlich glasklar für mich, und ich glaube auch, dass die Sozialdemokratie hier mitgeht, dann glaube ich auch, dass es wichtig ist, keine neuen Asylzentren im Burgenland zu errichten, dass es wichtig ist, mit Kleinstquartieren zu arbeiten, dass es wichtig ist, mit der Bevölkerung zu sprechen.

Dass es auch wichtig ist, in aller Offenheit und Ehrlichkeit mit der Bevölkerung über dieses Thema zu sprechen, denn desto ehrlicher man damit umgeht, desto mehr wird man natürlich auch an Vertrauen in der Bevölkerung gewinnen. (*Beifall bei der FPÖ*)

Präsidentin Verena Dunst: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Klubobfrau Mag.a Regina Petrik. Bitte ans Rednerpult.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Ich möchte noch kurz replizieren, Herr Kollege Tschürtz, denn ich bin Ihnen so dankbar. Sie bringen hier in einem Sonderlandtag mit einem Dringlichkeitsantrag der SPÖ und Ihrem eigenen Dringlichkeitsantrag das Thema Klimaschutz auch noch herein.

Das war jetzt wirklich sehr nett, weil ich jetzt auch darauf replizieren kann, weil Sie ja von der NoVA gesprochen haben. Wir wissen, dass der Verkehr, der große Klimasünder in Österreich ist. *(Abg. MMag. Alexander Petschnig: Das stimmt doch nicht. Das stimmt nicht!)* Bei der NoVA geht es um eine Zulassungssteuer. Das heißt, jeder der sich ein Auto neu anschafft, zahlt diese NoVA. Es ist ein großer Hebel, zu schauen, die Stinker und diejenigen, die besonders viel CO₂ in die Luft stoßen, teurer im Vergleich zu jenen zu machen, die umweltfreundlich sind. *(Abg. Johann Tschürtz: Welcher Stinker? Kann ja auch ein Elektroauto sein.)*

Da sind wir natürlich unterschiedlicher Meinung. Aber, das ist ein großer Hebel, da haben sich die GRÜNEN auch in der Bundesregierung durchgesetzt. Der ÖVP- Wirtschaftsbund schreit schon auf. Also, Sie sehen, da gibt es ein großes Gerangel, aber wenn es um Klimaschutzfragen geht, dafür sind wir gewählt, da sind wir sehr hart dran.

Deswegen ist es gut, dass diese NoVA kommt, und dass eine ökosoziale Steuerreform kommt, dass Ihnen das nicht so gefällt, das ist dem geschuldet, dass wir einfach da unterschiedlicher Meinung sind. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Aber, hier sei das durchaus auch gesagt.

Nun aber zum Dringlichkeitsantrag. Das ist jetzt eine spannende Angelegenheit. Weil, wenn wir jetzt einmal davon absehen, dass, wie er kommentiert wurde, da ist sozusagen jeder in seinem „Wording“ offensichtlich, und wenn wir jetzt schauen, was wirklich im Text steht, dann muss ich sagen, ja, da steht viel Sinnvolles. Ja.

Es wirkt ein bisschen so, wie die Ankündigung kam, da bringt die FPÖ einen Dringlichkeitsantrag ein betreffend keine neuen Asylzentren im Burgenland. Ein bisschen etwas vom Inhalt wurde ja auch schon verlautet.

Also, manches an Formulierungen, die ich da gehört habe, nein, das ist wirklich schwer zu ertragen.

Jetzt habe ich den Eindruck, vielleicht haben Sie sich mit der SPÖ vorher abgesprochen, wie soll er denn formuliert sein, damit auch alle mitgehen können, *(Abg. Robert Hergovich: Du kannst auch mitgehen.)* weil es sind sogar Formulierungen wie Zusammenhalt, also sogar grüne Diktion haben Sie da übernommen. Wenn man sich das jetzt genau anschaut, was also steht da? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es steht da, wir haben im Burgenland genug Quartiere, wo wir Asylwerber und Asylwerberinnen unterbringen können. Ja. Dem stimme ich zu. Es ist ja auch dadurch, dass die Zahlen ja zurückgegangen sind, haben wir ja wirklich vorhandene Quartiere, wo es klug ist, die wieder zu reaktivieren, wenn wir sie brauchen, und wo es klug ist, diesen auch einen guten Standard zu geben.

Weil es geht ja bei den Asylwerberinnen und Asylwerbern um Menschen, um Schutzsuchende, denen wir vorübergehend einen Platz gewähren und dann sollen sie nach menschenrechtlichen Standards und in aller Würde hier ihre Betreuung finden.

Ob diese vorübergehende Zeit dann in eine längere Dauer übergeht, das weiß man erst nach Ende des Asylverfahrens.

Das heißt, was steht noch? Die FPÖ sagt, also keine Massenquartiere, also was auch immer Masse ist, sondern kleine Einheiten, und, und das finde ich ja etwas, was wir früher immer wieder schon gesagt haben, es geht darum, dass man das in der Gemeinde auch gut implementieren kann, also nicht um irgendein Haus draußen in der Pampa, wo die Leute dort sind, keinerlei Kontakt haben können und nur abgeschottet sind, sondern so, wie sie hier schreiben, der Größe der jeweiligen Gemeinde angepasst und sichergestellt, also auch auf die Gemeinde bezogen.

Sie verlangen, dass die burgenländischen Angelegenheiten des Asylwesens, welche die burgenländische Bevölkerung betreffen, vorab mit dem Land und mit der betroffenen Gemeinde inhaltlich da Rücksprache gehalten wird.

Ja, das finde ich gut, weil man soll miteinander reden und nicht die anderen einfach vor irgendwelche vollendete Tatsachen stellen.

Das heißt, wenn ich jetzt einmal von der Abschreckung absehe, die jetzt sozusagen im ersten Moment da ist, FPÖ-Dringlichkeitsantrag „Keine neuen Asylzentren im Burgenland“, und dem, was Sie sich alles noch dazu denken, wenn ich jetzt einfach auf den Text dieses Antrages schaue, dann kann ich sagen, dem kann ich zustimmen. Danke.

Präsidentin Verena Dunst: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Landtagsabgeordnete Walter Temmel. (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Johann Tschürtz: Ich habe keine VIP-Karte.*)

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Landesräte! Werte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuseher und Zuhörer an den diversen Geräten. (*Abg. Johann Tschürtz: Diverse Geräte?*) Ich glaube, man muss bezüglich Pensionen etwas ausholen. Rudolf Hundstorfer, Sozialminister, wir haben ihn alle sehr geschätzt, auch die Fraktion der ÖVP, bei uns war er nur der Rudi, und ich kann mich gut erinnern, wie er immer wieder zitiert hat, oder so ähnlich schon wie in der Universität, von links nach rechts, von der SPÖ über Freiheitliche, GRÜNE, bis zu der ÖVP, oder auch umgekehrt, also er war wirklich humorvoll und mit viel Verständnis, und alle haben ihn wirklich sehr geschätzt.

Was er gesagt hat, er wollte natürlich langfristig diese Pensionen absichern, schon im Jahre 2010, und ich glaube, daran sollten wir auch alle festhalten, weil wir ganz genau wissen, dass es auch die nächste Generation verdient, und dass wir eine Enkel taugliche Politik in diesem Lande machen. (*Beifall bei der ÖVP*)

Der Dringlichkeitsantrag der FPÖ versucht, wie immer, so oft, Hans Tschürtz, Ängste zu schüren.

Hier geht es nicht um eine Gefahr oder Angst, die es überhaupt nicht gibt. Wir als Volkspartei wollen keine Ängste schüren.

Zuerst möchte ich aber die Vorgangsweise des Landes und des Bundes beim Thema Asyl skizzieren. Dazu müssen wir zuerst einmal in den Mai dieses Jahres gehen. Wir haben es am Vormittag schon gehört, bei einer Nacht- und Nebelaktion kommen 49 Asylwerber nach Wörtherberg. Anschließend einige wieder nach Stinatz. Verantwortlich für diese Aktion das Land Burgenland.

Wie ist das passiert? Heimlich und ohne etwas vorher zu sagen oder anzudeuten. Also, keine Information. Dann müssen wir auch jetzt in den Zeitraum Ende November dieses Jahres gehen. Im November wurden in einer Nacht- und Nebelaktion sieben Asylwerber nach Aschau, einem Ortsteil von Oberschützen, gebracht. Wieder ist das Land

Burgenland für die Aktion verantwortlich. Was ist da passiert? Heimlich, ohne Information, ohne Information der Bürger, ohne Information des Bürgermeisters. Das ist eine Art, die einer Landeshauptmann-Partei wirklich unwürdig ist. *(Beifall bei der ÖVP)*

Es war nicht nur eine Nacht- und Nebelaktion, sondern die sieben Asylwerber waren auch noch Corona-positiv. Wenn wir jetzt zuständig sind, in der Regierung, vorher haben wir Dr. Schneemann gehört, der ist für die Pension zuständig, aber ich glaube, für die Corona-positiv, also für diese heimtückische Krankheit, für diesen Virus ist er zuständig. Das muss man sich einmal vorstellen. Jetzt bringe ich als Land sieben Corona-positiv Asylwerber in dieser Hochphase der Pandemie in eine Gemeinde und sage niemandem etwas. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das ist keine Art, liebe SPÖ! In Oberschützen ging es sogar soweit, dass die Bürger den Bürgermeister informiert haben. In diesen kleinen Orten weiß man ganz genau, wer kommt und wer geht. Denn das Land hat dazu wieder einmal geschwiegen. Der Bürgermeister versuchte dann auch Nachforschungen anzustellen, wie es dazu kommen konnte. Ich habe heute noch einmal mit ihm gesprochen. Er sagte auch, er hat es auch der Polizei gemeldet. Er hat es der Bezirkshauptmannschaft gemeldet.

Von der Bezirkshauptmannschaft hat er bis heute noch keine Antwort erhalten. Leider vergeblich, wie so oft. Und, was blieb? Die Menschen in Aschau, da sind wir wieder bei der Angst, haben natürlich Angst. Obwohl die sieben Personen Corona-positiv sind und eigentlich unter Quarantäne stehen müssen, sind sie natürlich im Ort auf und ab gegangen.

Oberschützen hat sich von Ihnen, Frau Landesrätin Winkler, schon eine Information erwartet, oder eine Nachinformation, wenn es schon keine Vorinformation gibt. Genauso wenig, wie die Menschen in Wörterberg oder anschließend in Stinatz. Stinatz muss ich bei dieser Gelegenheit erwähnen, ist eine Gemeinde, die wirklich schon Jahrzehnte lang Asylwerber beherbergt und wo es an und für sich kleine Probleme gibt.

Probleme gibt es natürlich überall beim Zusammenleben, aber keine größeren. Das ist wirklich eine Vorzeigegemeinde. Der Bürgermeister hat sich natürlich auch zu Recht beschwert, Mag. Andreas Grandits, dass er keine Information erhalten hat.

Jetzt schauen wir auf das Beispiel Klingebach. Da hat nämlich der Bund, das haben wir ja schon vor vierzehn Tagen oder drei Wochen gehört, aufgrund der Entwicklungen, aufgrund der Covid-19 Situation, weil es natürlich wichtig war, weitere Unterbringungsmöglichkeiten für Asylwerber im Rahmen der Grundversorgung des Bundes zu schaffen versucht.

Hier haben sie ein ehemaliges Versorgungszentrum praktisch wieder erneuert. Die Bewältigung der Covid-19-Lage im Bereich der Grundversorgung stellt ebenso eine Krisensituation dar. Deshalb ist die Reaktion, wie eben vorgehaltene Kapazitäten zu verbessern. *(Abg. Robert Hergovich: Was ist damit jetzt gemeint?)* Die Unterkunft in Klingebach bietet grundsätzlich eine Kapazität für maximal 80 Personen.

Laut Innenministerium wird dort ein lockeres Belegungsmanagement umgesetzt, um den Corona-Maßnahmen zu entsprechen. Also, weit weniger als 80 Personen. Auch verstärkte Hygienemaßnahmen und die Tragepflicht von Mund-Nasen-Schutz werden vorgeschrieben. Zudem darf angemerkt werden, dass Asylwerber vor jeder Überstellung getestet werden.

Ich glaube, das hast Du auch in Deiner Rede erwähnt. Also, die werden immer, egal wohin sie überstellt werden, vorher einem Test unterzogen. Land und Gemeinden wurden und werden über diese Schritte auch rechtzeitig informiert. Ich glaube zwei, drei

Wochen vorher sind wirklich ein richtiger Zeitpunkt, weil man natürlich nie genau weiß, wie viel Asylwerber in unser Land beziehungsweise nach Österreich kommen.

So macht es der Bund. (*Abg. Robert Hergovich: Das wäre schön, wenn es der Bund so machen würde.*) Es wurde begründet, warum dieser Schritt gemacht wurde, es wurde die Vorgangsweise genau erläutert. Das ist eine Vorgangsweise, wie es sich gehört. (*Beifall bei der ÖVP – Abg. Ewald Schneckner: Jetzt hast es!*)

Hier wurde lediglich eine Unterkunft reaktiviert, und nicht wie das Land Corona-Infizierte Flüchtlinge einfach in eine Unterkunft steckt und niemandem etwas sagt. Der Bund informiert und hilft. Das Land schaut zu und lässt die Gemeinden im Stich. Ich darf noch einmal zusammenfassen. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Es gibt kein neues Asylzentrum im Burgenland. Es geht um bestehende Kapazitäten. Es geht um eine sichere Unterbringung in Covid-Zeiten. Es geht um schnellere Verfahren, das bedeutet auch eine schnellere Abschiebung, wenn kein Recht auf Asyl besteht. Das, was SPÖ und FPÖ hier machen, ist Ängste schüren. Sie wollen die Bevölkerung verängstigen. Sie haben Angst, dass sie in den Medien nicht mehr vorkommen.

Sie haben Angst, weil die Bundesregierung eine gute Arbeit leistet, mit der grünen Partei, mit der Volkspartei. Weil Sie so viel Angst haben, versuchen Sie, von eigenen Fällen abzulenken und andere schlechtzumachen. Gleichzeitig verunsichern Sie die Menschen mit Ihren falschen Aussagen im Asylbereich. Bitte unterlassen Sie diese Vorgangsweise, denn die Menschen sind, gerade in diesem Jahr, von Corona und den Folgen schon hart genug geplagt.

Hören Sie auf, zusätzliche Ängste zu schüren. Ich lade Sie alle ein, geschätzte Kolleginnen und Kollegen von der SPÖ und FPÖ, arbeiten wir endlich gemeinsam daran, dass wir diese Krise bestmöglich überstehen und dass wir rasch zur Normalität zurückkehren. Das wünschen wir uns alle. (*Beifall bei der ÖVP*)

Präsidentin Verena Dunst: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Ewald Schneckner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ewald Schneckner (SPÖ): Geschätzte Frau Präsidentin, danke! Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Kollege Temmel! Ich schätze Sie an sich sehr, aber was Sie vorhin einige Minuten überhaupt einleitende, ich muss es so sagen, „daher geschwafelt“ haben, ich denke, viele haben sich hier im Saal nicht ausgekannt. Aber, sei es darum.

Vielleicht eine Begrifflichkeit, die heute schon, oder immer wieder öfters verwendet wird, es wird immer wieder gesagt, die SPÖ-Alleinregierung. Das klingt immer so abwertend, wenn Sie das sagen. Ich denke, dass, ich habe da überhaupt keinen negativen Zugang dazu. Sie wissen schon, dass die Alleinregierung aufgrund eines demokratischen Wahlergebnisses zustande gekommen ist, das Sie mit Ihrer Politik verursacht haben, sonst würden Sie dort nicht so verhärtet da sitzen. (*Beifall bei der SPÖ und FPÖ*)

In diesem Zusammenhang ist es mir auch ein Anliegen, mich bei einem zu bedanken, der auch dazu beigetragen hat, dass wir diese 50 Prozent oder 49,9 Prozent erreichen konnten. Der Herr Abgeordnete Tschürtz hat es ansatzweise angesprochen. Es hat einen TV-Auftritt des Innenministers Nehammer im Jänner gegeben, wenige Tage

oder einige Wochen vor der Landtagswahl, wo er davon gesprochen hat, *(Abg. Johann Tschürtz: So ist es.)* Asylzentren grenznah im Burgenland einrichten zu wollen.

Ich denke, daraufhin haben die Menschen des Burgenlandes erkannt, was da abläuft und was da geplant ist. Der hat uns vermutlich diese eineinhalb Prozent, die zu diesem Zeitpunkt noch gefehlt haben, dann auch gebracht. *(Abg. Robert Hergovich: Jetzt hast es.)* Es ist wirklich Verlass auf den Herrn Innenminister. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ)*

Vielleicht einige Zahleninhalten zu den Fakten. Es gab 2018 insgesamt 1.034 Aufgriffe und 16 Schlepper. Der Abgeordnete Tschürtz hat es in einem Drei-Monats-Zeitraum angeführt. 2019 gab es im Burgenland 1.563 Aufgriffe mit 44 Schlepperfestnahmen und 2020, da ist das Jahr noch nicht fertig, aber bis 30. November hat die Polizei und das Bundesheer 2.709 Aufgriffe und 93 Schlepper schon zu bearbeiten.

Warum sage ich das? Ich weiß nicht, irgendetwas stimmt da nicht. Ihr Bundeskanzler, der, wie wir heute gehört haben, der noch keinen einzigen Tag wirklich gearbeitet hat, sagt immer, er hat die Schlepperroute geschlossen. *(Allgemeine Unruhe – Abg. Patrik Fazekas, BA: Geh bitte, Herr Kollege!)* Die Balkanroute. Das hat er mindestens 25 Mal gesagt. Wenn er die Balkanroute tatsächlich geschlossen hätte, dann dürfte keine einzige illegal aufhältige Person in Österreich sein. Also, irgendetwas stimmt hier nicht. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist eine Frechheit! Was soll das? Ein Parteiangestellter traut sich das zu sagen! – Allgemeine Unruhe)*

Präsidentin Verena Dunst *(das Glockenzeichen gebend)*: Herr Abgeordneter Schnecker, Ihre Rede wollen sicher alle hören. Warten Sie, bitte.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ewald Schnecker (SPÖ) *(fortsetzend)*: In diesem Zusammenhang möchte ich mich auch bei der Polizei und beim Österreichischen Bundesheer wirklich bedanken, für den Einsatz, der hier geleistet wird. Die Polizei und das Bundesheer arbeiten hier ganz hervorragend an der Grenze zusammen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Einer, der in der Arbeiterkammer sitzt, redet vom Arbeiten! Lächerlich! Er hat wenigstens ein Studium gemacht.)*

Ich konnte mich in den letzten Nachtdiensten davon überzeugen, wie hier auch seitens des Bundesheeres, es wird nichts nützen, ich habe ein lauterer Mikro. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Es hört Dir eh keiner zu!)* Sie brauchen ohnehin nicht zuhören. Lassen Sie es!

Präsidentin Verena Dunst *(das Glockenzeichen gebend)*: Herr Abgeordneter! Ich kann auch gerne unterbrechen. *(Abg. Robert Hergovich: Bis sich der Steiner beruhigt hat.)* Geister kühlen sich ab und wir setzen in einigen Minuten fort oder wir versuchen es. Zwischenrufe sind ein wichtiges demokratisches Mittel. Dazu stehe ich. Aber es wird dann schwierig, wenn man die Rede überhaupt nicht mehr versteht. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Manchmal ist es besser.)*

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ewald Schnecker (SPÖ) *(fortsetzend)*: Ich denke, es ist auch eine Frage des Benehmens. Aber, wie auch immer. Also, die Balkanroute sollte geschlossen sein. Herzlichen Dank an das Bundesheer und an die Polizei. Ich habe das bereits ausgeführt. Das ist wirklich eine großartige Leistung. Inhaltlich zuständig ist das

Bundesministerium für Inneres. Jetzt für die Zuweisung nach Klingenbach, das stimmt, die Abteilung V/9 - Bundesbetreuungsquartier, soll in Klingenbach entstehen.

Das ist so ein Quartier, wie es in Traiskirchen und wie es in Thalham bereits gegeben ist. Dass das bei den Menschen natürlich etwas auslöst, das ist doch klar. Weil ein jeder die Bilder im Kopf hat, wie es in Traiskirchen vor einiger Zeit noch ausgesehen hat. Bei den Asylwerbern, das hängt davon ab, der Herr Abgeordnete Temmel hat gesagt, das führt zu schnelleren Abschiebungen. Das führt weder zu schnelleren, noch zu langsameren Abschiebungen.

Das führt zu Abschiebungen, dann, wenn das Asylverfahren aufgrund des rechtsstaatlichen Verfahrens in Österreich, und wir sind ja, Gott sei Dank, noch ein Rechtsstaat - auch wie wir heute gesehen haben, beim Grasser Prozess -, wenn das Asylverfahren entschieden ist und die Leute dann eben abgeschoben wurden oder werden oder ihnen ein Status zuerkannt wird.

Also, eindeutig eine Bundeskompetenz. Die ganzen Ablenkungsmanöver, die da gestartet worden sind, mit all den Verständigungen, wer wen was gesagt hat, das interessiert die Leute draußen überhaupt nicht. Die Leute wollen Lösungen. Faktum ist, dass der Bürgermeister der Gemeinde nicht angerufen worden ist, sondern er angerufen hat.

Das Land schon informiert wurde, aber informiert wurde, nachdem es schon bekannt war und informiert wurde. Informiert wurde, und das war es. Man hat keine Möglichkeit gehabt, da mitzubestimmen, mitzureden, wie machen wir das, wann machen wir das, wie teilen wir das auf, und so weiter.

Also, der Informationsfluss war nicht gegeben. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Natürlich!)* Eine Verhandlung auf Augenhöhe hat es nicht gegeben. Die Kommunikation, man könnte so sagen, ist eine Frechheit. *(Abg. Patrik Fazekas, BA: So wie bei der Frau Kollegin. Die hat auch nicht die Bürgermeister verständigt. Oberschützen! Wörterberg! Keiner wurde informiert. Ohne etwas zu sagen. Ja, das ist doch die Wahrheit. Die Wahrheit.)*

So, warum wäre das wichtig? Wir haben das, schauen Sie, es interessiert die Leute nicht, wer wann etwas gesagt hat. Es geht um Lösungen. Warum wäre das wichtig? Warum ist das wichtig? Weil es für die Akzeptanz wichtig ist. Weil es für die Integration wichtig ist.

Das hat die Frau Landesrätin heute in der Fragestunde schon ausgeführt. Es ist wichtig für die Vorbereitungen, für den Bürgermeister. *(Abg. Patrik Fazekas, BA: Ja, genau! Sagen Sie das doch der Landesrätin Winkler.)* Infos wer kommt. Allein reisende Frauen, allein reisende Männer, Familien, unbegleitete Minderjährige, weil dann müsste der Bürgermeister ja auch Einrichtungen vorhalten, wie den Kindergarten oder die Schule, wenn es so wäre.

Natürlich ist es ein Thema, wenn die Leute auch Covid getestet sind, aber nachdem jetzt ohnehin alle getestet werden, glaube ich, vor allem in dessen Rahmen, und das ist dann auch nichts Außergewöhnliches mehr und das ist so, denke ich, vorauszusehen. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Nochmals zum Herrn Innenminister, denn der liegt mir heute ganz besonders am Herzen. Ich denke, es ist tatsächlich so, die Zeit, die uns allen zur Verfügung steht, ist endlich. Gerade in der Politik ist das so. Man muss daher Prioritäten setzen. So geht es uns allen. Man kann, wenn man Verantwortung trägt, wie es da der Fall ist, die Menschen

auch auf Parkbänken strafen, wie man es gemacht hat im Frühjahr. Man kann sein Haus in Ordnung bringen.

Ich denke da an die Versäumnisse vor dem Anschlag in Wien. Man kann Wahlkampf machen. Man kann Wien-Bashing betreiben, man kann sich Gemeinheiten gegen das Burgenland ausdenken. Eine solche Gemeinheit passiert gerade und ist passiert. Sie verteidigen das noch. Das ist unredlich. Eigentlich ist es eine Schande. *(Beifall bei der SPÖ - Abg. Mag. Thomas Steiner: Schon fertig? - Abg. Johann Tschürtz: Echt ein Wahnsinn.)*

Präsidentin Verena Dunst: Von der Regierungsbank hat sich die Frau Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler gemeldet. Bitte.

Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler (SPÖ): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein paar Worte, was das Asylverfahren betrifft. Ich habe, glaube ich, das in der Früh schon sehr eindeutig in meiner Fragestunde beantwortet, wie das Prozedere funktioniert. Und zwar werden Asylquartiere vorab mit dem Bürgermeister oder Bürgermeisterin abgestimmt. Das habe ich ganz eindeutig und ich glaube, drei Mal wiederholt.

Das heißt, die zuständigen Gemeindeverantwortlichen vor Ort wissen ganz genau, wie viele Leute, wie viele Kapazitäten in den Asylquartieren vorhanden sind. Sie wissen auch, welche Art von Asylwerbern kommt. Ich glaube, mehr kann man nicht sagen.

Es wird auch die dementsprechende Anzahl an Personen gemeldet. Und zu diesem Thema, *(Abg. Patrik Fazekas, BA: Das ist ja nicht die Wahrheit, Frau Kollegin!)* wegen Corona, ich habe das auch in der Fragestunde schon gesagt, dass das eindeutig ein gesundheitsrelevantes Thema ist, und es ist alles richtig gemacht worden. Der Herr Bürgermeister hat die Polizei verständigt, der Herr Bürgermeister hat die Gesundheitsbehörde, nämlich die BH, verständigt, und die Personen haben sich dann um die Thematiken gekümmert.

Natürlich, wenn ich informiert werde als zuständiges Regierungsmitglied für die Grundversorgung, bitte aber nur für die Grundversorgung, und nicht für das Thema der Gesundheit, dann habe ich natürlich alle Mittel in Bewegung gesetzt und habe den Landespolizeidirektor angerufen, dass er alles weitere in Bewegung setzen muss, dass natürlich die Quarantänebestimmungen eingehalten werden. Das ist ja selbstverständlich.

Also, von dem her ist eigentlich alles gemacht worden, wie gesagt, bezüglich der Quarantäne-Quartiere, die von der Gesundheit festgelegt wurden, da bin ich außen vor. Da wurde aber alles auch eingehalten, was es zum Einhalten gibt. Für die Quarantänekontrollen sind die zuständigen Behörden dann eben zuständig.

Also, von daher verstehe ich im Prinzip nicht, warum da irgendeine Aufregung dahingehend in diesen Bereichen kommt. *(Abg. Patrik Fazekas, BA: Fragen Sie die Bürger in den Gemeinden!)*

Ich stimme dem zu, was ich schon am Vormittag in der Fragestunde beantwortet habe, dass es wichtig ist, dass wir kleine Quartiere haben und dass wir keine neuen Quartiere dementsprechend eröffnen. Was die Kommunikation betrifft, das habe ich, glaube ich, auch schon eindeutig erwähnt. Es ist eben genau wichtig, dass - was passiert im Land -, dass es vorab Verhandlungen gibt, mit den Bürgermeisterinnen, den Bürgermeistern vor Ort. *(Abg. Patrik Fazekas, BA: Haben Sie den Bürgermeister angerufen?)*

Über Asylquartiere, aber bei den Verhandlungen... (Abg. Patrik Fazekas, BA: Haben Sie ihn angerufen?) Am Anfang über ein Asylquartier, lassen Sie mich einmal ausreden... (Abg. Patrik Fazekas, BA: Haben Sie ihn angerufen? – Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen) Wenn es bereits verhandelte Quartiere gibt, dann steht die Anzahl fest, wie viele Asylwerber in die Quartiere kommen können.

Bitte einfach zuhören, es hilft manches Mal wirklich. Noch einmal, es gibt Verhandlungen, die werden am Anfang festgelegt und dann steht es fest. Dann gibt es einen Vertrag mit dem Asylgeber, und da wird alles weitere eingehalten. Es gibt auch... (Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie verstehen es einfach nicht!) Man muss innerhalb von drei Tagen auch melden, welche Asylwerber gekommen sind.

Also, der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin wissen de facto Bescheid, was funktioniert. (Abg. Patrik Fazekas, BA: Was heißt de facto?)

Beim Asylzentrum Klingenbach ist das ganz etwas anderes, (Abg. Patrik Fazekas, BA: Ja, genau!) weil da bin ich nach wie vor das zuständige Regierungsmitglied und habe nach wie vor keine einzige Information. (Abg. Patrik Fazekas, BA: Fragen Sie den Landeshauptmann, der ist informiert worden! Er ist persönlich kontaktiert worden!)

Ich habe noch keine persönliche Information.

Präsidentin Verena Dunst (das Glockenzeichen gebend): Meine Herren! Die Frau Landesrätin hat sich zu Wort gemeldet. Dann ist sie auch am Wort. Bitte.

Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler (SPÖ) (fortsetzend): Sie sagen die ganze Zeit, ich bin das zuständige Regierungsmitglied. (Abg. Mag. Thomas Steiner: Sind Sie ja!) Also ich habe noch keine einzige Information bezüglich des Asylzentrums Klingenbach erhalten und da war keine einzige Verhandlung. Da war keine einzige Abstimmung! Nichts ist vorhanden und die Kommunikation kritisiere ich. (Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist armselig!)

Das habe ich im Prinzip schon in der Fragestunde gesagt, wir handeln es im Land Burgenland anders. (Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist wirklich armselig!) Wir reden vorab, bevor ein Asylquartier eröffnet wird und legen alle Bestimmungen fest.

Präsidentin Verena Dunst: Gut, ich darf weiter fortfahren. Meine Damen und Herren! Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr, daher kommen wir zur Abstimmung.

Ich lasse vorerst über den Antrag des Landtagsabgeordneten Klubobmann Johann Tschürtz, Kolleginnen und Kollegen abstimmen. Jene Damen und Herren, die diesem Antrag zustimmen wollen, ersuche ich, sich von den Plätzen bitte zu erheben. -

Das ist die Mehrheit. Der Antrag des Landtagsabgeordneten und Klubobmann Tschürtz, Kolleginnen und Kollegen ist damit mehrheitlich angenommen.

Meine Damen und Herren! Die Tagesordnung ist erledigt.

Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden schriftlich bekannt gegeben werden. Sie wissen aber, dass die nächste Sitzung schon avisiert ist.

Das sind die zwei Budgetlandtage am 9. und 10. Dezember 2020. Eine Bitte an die Präsidialkonferenz, an die Mitglieder, auf eine kurze Stehpräsidiale gleich hier im Landtagssitzungssaal am Ende und ja, die Frau Landtagsdirektorin macht mich auf den Abstand aufmerksam.

Meine Damen und Herren, noch Abstand, nicht Anstand, den haben wir ja alle, Hohes Haus.

Ich erkläre damit die heutige Sitzung für **g e s c h l o s s e n**.

Schluss der Sitzung: 14 Uhr 21 Minuten